

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Anzei-  
 gelle oder deren Raum 50 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Besammlungs-Anzeigen 30 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste Zeit-  
 gedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere  
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Gesell-  
 schaften-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,  
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

erschiet täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. Januar 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die sozialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>1. Wahlkreis:</b><br/>         Stadtverordneter <b>Dr. Leo Arons</b>, Berlin.</p> <p><b>2. Wahlkreis:</b><br/>         Geschäftsführer <b>Richard Fischer</b>, Berlin.</p> <p><b>3. Wahlkreis:</b><br/>         Rechtsanwalt <b>Wolfgang Heine</b>, Berlin.</p> | <p><b>4. Wahlkreis:</b><br/>         Stadtverordneter <b>Paul Singer</b>, Berlin.</p> <p><b>5. Wahlkreis:</b><br/>         Arbeitersekretär <b>Robert Schmidt</b>, Berlin.</p> <p><b>6. Wahlkreis:</b><br/>         Schriftsteller <b>Georg Ledebour</b>,<br/>         Zehlendorf bei Berlin.</p> |
|---|---|
- Für Nieder-Barnim: Stadtverordneter **Artur Stadthagen**, Berlin.  
 Für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter **Fritz Zubeil**, Berlin.

### Der Kampf um die nationale Ehre!

Der politische Kampf in Deutschland ist an einem Wendepunkt angelangt. Die deutsche herrschende Klasse fühlt den Zeitpunkt gekommen, um noch einmal mit aller Rücksichtslosigkeit den Kampf für die brutalen, alles Idealismus baren kapitalistischen Ausbeuterinteressen gegen die humanitären und sozialen Ideale des zum Selbstbewusstsein erwachten Proletariates zu führen. Nach echter Züßstierstille hat dabei das kapitalistische Freiweibertum eine falsche Flagge gehißt: die des Nationalismus.

Im Namen der „nationalen Ehre“ führt man Ausrottungskriege gegen Eingeborene, die eine strapellose Politik der Ausplünderung in den Verzweiflungskrieg getrieben hat. Im Namen der „nationalen Ehre“ vergebend man Milliarden für eine koloniale Gründer- und Spekulantepolitik, die nur einer Handvoll von Reedern, Kaufleuten und Kolonialagrariern die Taschen füllt. Im Namen der „nationalen Ehre“ treibt man eine Politik des weltpolitischen Abenteuerertums und der Provokationen, die über kurz oder lang zur Katastrophe furchtbarster internationaler Zusammenstöße führen muß.

Das persönliche Regiment hat auch dieser neuesten Phase des Kampfes seinen Stempel aufgedrückt. Aber der Absolutismus vermag sich nur durchzusetzen, weil die besitzende Klasse sich ihm willfährig untergeordnet hat. Wie bei der Flottenpolitik hat sie sich jetzt auch bei der Kolonialpolitik dem Absolutismus in die Arme geworfen. Die Weltpolitik, der Flottenpolitik wie Kolonialpolitik dienen, ist das Objekt, wie die Form, die Kampfpapole, um die und unter der der Kampf gegen die demokratischen und sozialistischen Bestrebungen der Arbeiterklasse geführt wird.

Der leichteste und rücksichtslose Hülfsling der Börse, Erzengel Dornburg, ist der eigentliche Führer im Kampfe der vom kapitalistischen Vereicherungsstau und Größenwahn befallenen Bourgeoisie gegenüber dem machtvollen Kulturringen des Proletariates. Seine pompösen Zahleninsinuen und Gründerprospekte berauschen die ganze herrschende Klasse, benebeln selbst die Vertreter der „Intelligenz“, die kapitalistische Akerkunst und die offizielle Wissenschaft. Haben sich nicht goldene Segensströme über das deutsche Volk ergossen, hat sich nicht das „Nationalvermögen“ in zwanzig Jahren um mindestens 30 Milliarden vermehrt? Haben nicht die Zippel und Rod 135 Prozent verdient? Was bedeuten dieser Fülle kapitalistischen Segens gegenüber die paar Milliarden, die für die Kolonien und die Flotte verausgabt worden sind. Nur neue Milliarden ausgestreut, und die Ernte der deutschen Kapitalistenklasse wird eine noch viel üppigere sein!

Aber das deutsche Proletariat läßt sich durch diese Sirenenklänge des weltpolitischen Vörsenritzes nicht locken. Es weiß, daß von den 30 Milliarden des Zuwachses des „nationalen“ Vermögens nichts in seine Tasche geflossen ist. Es hat es am eigenen Leibe zu deutlich gefühlt, daß das agrarisch-industriell-börsenamtische Kartell nur dadurch zustande gekommen ist, daß sich alle Schichten des Ausbeuteriums in gleicher Weise auf seine Kosten bereichern! Es weiß, daß es die Lasten für die Flotten- und Kolonialpolitik zu tragen hat, während die Bourgeoisie sich in die Beute teilt!

Aber das deutsche Proletariat bekämpft nicht allein aus diesen Gründen die Weltpolitik. Es weiß, daß es kein schlimmeres Hemmnis der wahren nationalen Kulturpolitik gibt als diese Weltpolitik mit ihrer Heranzüchtung eines übermächtigen Militarismus und Marinismus, mit ihrer Abstumpfung aller humanitären Regungen, mit ihrer Entfesselung der strapellosten kapitalistischen Raubbegierden, mit ihrer

Geraufbeschwörung der verhängnisvollsten internationalen Konflikte, mit ihrer Zusammenschweißung des ganzen kapitalistischen Ausbeuteriums und ihrer Bedrohung aller freiheitlichen und sozialen Regungen!

Während die von weltpolitischen Macht- und Vereicherungsgeilüsten entbrannte Bourgeoisie in fremden Ländern lockender Beute — oft freilich auch nur äffenden Phantomen — nachjagt, will das deutsche Proletariat, wie das sozialistische Proletariat aller Länder, im Heimatlande kulturelle Heimatpolitik treiben. Es will jener Masse des Volkes, die mit ihrer Hände Arbeit alle Werte schafft, auf deren frongebogenen Schultern die ganze Welt der kapitalistischen Herrschaft ruht, endlich faktisch jene Bürgerrechte erobern, die ihm das liberale Bürgertum bereits seit einem Jahrhundert verheißend hat! Das Volk der Arbeit will sich selbst regieren, selbst seine Geschicke, d. h. die Geschicke der Nation regeln, sich nicht länger von einer dünnen Schichte Privilegierter vermittels des „Degens Bonapartes“ beherrschen lassen!

Das Proletariat will nicht länger Millionäre züchten und den „Nationalreichtum“ mehren, auf daß er von ein paar hunderttausend Besitzenden usurpiert wird, sondern diesen Reichtum der Nation selbst, den 88 Proz. Besitzlosen zu teil werden lassen! Das Proletariat heischt aber nicht nur vollen Anteil an allen materiellen Gütern, sondern auch als sein unveräußerliches Menschenrecht vollen Anteil an den geistigen Schätzen unserer modernen Kultur!

Das Proletariat will nicht länger Kulturdänger sein, sondern selbst Träger und Teilhaber der Kultur!

Die Bourgeoisie sucht dem Proletariate vorzuschwären, daß sich ja auch seine Lage bessere, erhöhe sich doch auch sein Einkommen. Nun, noch immer besitzen 65 Prozent des Volkes ein Einkommen von weniger als 900 Mark, und weitere 15 Prozent besitzen ein Einkommen von kaum 1000 Mark jährlich! Und soweit sich das Geldeinkommen der Arbeiter vermehrt hat, ist diese Lohnvermehrung wieder reichlich ausgeglichen worden durch die Verteuerung der Lebensmittelpreise. Dagegen ist das Vermögen der Besitzenden, dieser paar Prozent der Gesamtbevölkerung, in zwei Jahrzehnten in der Tat um 30 Milliarden gewachsen!

Und wenn nun gar die Klopfflechter der Bourgeoisie erklären, eine sozialistische Organisation der Produktion, eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel sei unausführbar, so beweist schon die kapitalistische Gesellschaft das Gegenteil. Sind nicht die größten Betriebe, die Eisenbahn, die Post, schon heute verstaatlicht? Und funktionieren diese Betriebe nicht tadellos? Würden sie vielleicht schlechter funktionieren, wenn die Post- und Eisenbahnproletarier wüßten, daß aus den Riesenüberschüssen dieser Betriebe nicht Militarismus und Marinismus gemästet würden, sondern ihr eigenes Einkommen aufgebessert werden würde?

Dem Proletariat glaubt man einreden zu können, daß die Interessen der Gesamtheit Schaden erleiden würden, wenn die Kontrolle über die Betriebe der Gesamtheit selbst übergeben würde. Von der besitzenden Klasse jedoch, die doch aus demselben Stoffe getnetet ist, wie die Masse des Volkes, soll das Volk glauben, daß sie nicht nur ihre eigenen Betriebe zu verwalten befähigt sei, sondern obendrein auch noch die des unmündigen Volkes!

In dem Kampfe um die Weltpolitik kulminiert der Kampf um die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Herrschaft über die Masse des Volkes!

Das Volk soll auch künftig entrechtet bleiben. Ja, ihm sollen zur größeren Sicherheit neue Ketten angelegt werden! Schon ist der Ueberzahl der Herrschenden selbst das Reichstagswahlrecht ein Dorn im Auge! Schon will man auch, wie das Antigenewerkschaftsgesetz bewies, dem gewerkschaftlich koalitierten Proletariate Knebel anlegen!

Das Volk der Arbeit steht an einer politischen Wende. Es hat darüber zu entscheiden, ob es reif ist für eine vernünftige Vertretung seiner Interessen. In seinen Händen liegt die Entscheidung darüber, ob der Weg des Proletariates auch fernhin ein Aufstieg zu politischer Freiheit, zu kultureller Hebung sein soll, oder eine Sackgasse, deren Ausgang die Kapitalistenklasse ein für allemal gesperrt hat!

Nicht mit einem Schlage kann die Entscheidung fallen. Es gilt langen, schweren, opfermühtigen Kampf. Aber es handelt sich darum, ob das Proletariat eine neue Schanze erkämpfen oder aus seiner bisherigen Position zurückgeworfen werden will!

**Darum hinein in die Wahlschlacht!  
 Vorwärts für die wahre nationale Idee!  
 Vorwärts für Volksfreiheit, für den großen Kulturkampf  
 der Menschheit im Zeichen des Sozialismus!**

### Wahlkampf.

**Wahlresultat-Telegramme**  
 erfuchen wir die Wahlkomitees der einzelnen Wahlkreise am Freitagabend bis spätestens 11 Uhr abzusenden an die Adresse:  
**Dringend. Sozialdemokrat, Berlin.**  
 Teilresultate bitten wir nur dann zu senden, wenn bis 11 Uhr das Gesamtergebnis nicht zu erhalten ist.  
 Spätere Telegramme finden in der Extraausgabe von Sonnabend mittag Aufnahme. Sie müssen spätestens 7 Uhr morgens abgesandt werden. —

**Wahlrechtsfeinde sind sie alle!**  
 Die bürgerlichen Parteien nämlich. Das konservative „Chemnitzer Tageblatt“ schrieb dieser Tage:  
 „Wie die Nationalliberalen im innersten Herzen über das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht denken, geht aus einem soeben erst veröffentlichten Leitartikel der (Chemnitzer) „Allgemeinen Zeitung“ hervor. Da heißt es hinsichtlich des vom Zentrum eingebrachten Antrages, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auch für den preussischen Landtag einzuführen, wörtlich:  
 „Daß der Antrag, in Preußen das Reichstagswahlrecht einzuführen, ein Schlag gegen die ruhige, feste Entwicklung des Staates ist, weiß das Zentrum sehr wohl, für die Konservativen aber ist ein solcher Antrag Gift.“  
 Abgesehen davon, daß dieser Antrag für die Nationalliberalen und Freisinnigen in gleicher Weise Gift ist, wie für die Konservativen, muß man hier die Erkenntnis hervorheben, daß das Reichstagswahlrecht ein Schlag gegen die ruhige, feste Entwicklung des preussischen Staates ist. Ist dem Deutschen Reich eine ruhige, feste Entwicklung nicht ebenso zu gönnen, wie dem preussischen Staate?!

Nur aus Rücksicht für die politischen Unreifelemente der Wählerschaft machen viele Liberale aus ihrem Herzen eine Würdegrube und preisen öffentlich das Reichstagswahlrecht, während sie in Wahrheit für die Schattenseiten desselben keineswegs blind sind. Auch vielen Freisinnigen ist es innerlich nicht recht wohl dabei, wenn sie mit schwankender Stimme programmgemäß ihren Ohnmut auf das Reichstagswahlrecht anstimmen müssen. Wie kommt es denn, daß diese Partei in den Städten, wo sie eine große und sehr radikale Mehrheit in der Stadtverwaltung hat, wie z. B. in Berlin, ein durchaus pluresokratisches Klassenwahlrecht dem Reichstagswahlrecht wohlweislich vorzieht?!

Ganz recht! Feinde des Reichstagswahlrechts sind sie alle. Arbeiter und Kleinbürger, denkt daran, wenn Ihr wegen zur Wahlurne schreitet!

### Ein Erlass gegen Wahlfälschungen.

In einem Erlass, den der preussische Minister des Innern, um Wahlfälschungen vorzubeugen, an die Kreis- und Kommunalbehörden gerichtet hat, heisst es wörtlich:

Nach den Reichstagswahlen von 1903 haben zahlreiche (?) Strafverfolgungen wegen Wahlfälschung gegen Personen durchgeführt werden müssen, die auf einen falschen Namen oder mehrfach in verschiedenen Wahlbezirken gewählt hatten. Die Wahlvorsteher sind berechtigt, von den zur Wahl erschienenen Personen bei Zweifel über ihre Identität eine Legitimation zu verlangen, und erscheinende Wähler, die neu zugezogen sind oder von denen sonst anzunehmen ist, daß sie auch anderwärts in die Wählerliste eingetragen sind, in geeigneter Weise darauf aufmerksam zu machen, daß jedermann nur in einem Wahlbezirk und bei der Haupt- und Stichwahl je nur einmal wählen darf. Jede Zuwiderhandlung ist zur Verurteilung anzuzeigen.

Die Wähler werden aber gut tun, sich mit ausreichender Legitimation — Militärpapiere, polizeilicher Anmeldezettel, Invalidenversicherungskarte und dergleichen mehr — zu versehen, damit sie der Zweifel eines Wahlvorstehers wegen nicht das Wahlrecht einbüßen. Denn wer bis 7 Uhr seinen Stimmzettel nicht abgegeben hat, darf nicht mehr wählen, selbst wenn er schon längere Zeit im Wahllokal anwesend gewesen wäre! Gehe daher niemand ohne Legitimation zum Wahllokal!

Ob übrigens Herr Bethmann-Hollweg auch die Wahlfälschungen gewisser Wahlvorsteher erwähnt hat, die bei den Wahlen von 1903 festgestellt wurden, und hat er die Wahlvorsteher auch angewiesen, ordentliche Forder-Verordnungen und Wahlurnen zu beschaffen? Und hat er ihnen die Pflicht zur strengen Achtung des Wahlschweigens in Erinnerung gebracht? Nötig wär's schon!

### Eisenbahnrückfahrten und Reichstagswahl.

Die Eisenbahndirektion Berlin hat folgende Bestimmung über die Benutzung der Eisenbahnrückfahrten am Wahltag erlassen:

Am 25. Januar ds. J. finden die Reichstagswahlen statt. Aus diesem Anlaß dürfen die Arbeiterrückfahrkarten am 25. Januar zur Rückfahrt nach dem Wohnort benutzt werden. Ebenso dürfen neue Arbeiterrückfahrkarten ausgegeben werden:

- a) am 25. Januar zur Fahrt vom Arbeitsort nach dem Wohnort;
- b) am 25. oder 26. Januar zur Fahrt vom Wohnort nach dem Arbeitsort.

Die unter a) genannten Arbeiterrückfahrkarten berechtigen zur Rückfahrt nach dem Arbeitsorte am 25. oder 26. Januar.

Aus gleichem Anlaß dürfen Arbeiterwochenkarten am 25. Januar zur zweimaligen Hin- und Rückfahrt benutzt werden.

### Der Freisinn beschämt durch einen Mag Lorenz.

Der Freisinn ist bekanntlich ganz auf den Reichstagsverband gekommen. In vielen seiner Flugblätter war in Reichsverbandsmanner zu lesen: „Unsere vor dem Feinde stehenden Jungen lassen wir nicht im Stich!“ Ueber ein Flugblatt des Reichsverbandes, das in ähnlicher Manier abgefaßt war, schrieb Mag Lorenz, der erbitterte Sozialistenvernichter, in seiner „Antisozialdemokratischen Korrespondenz“:

„Wenn es z. B. in ihrem Flugblatt heißt: „Noch stehen Tausende deutsche Soldaten fern von der Heimat im Kampfe gegen einen Feind, der an Grausamkeiten keinesgleichen in der Weltgeschichte nicht aufzuweisen hat! Sollen wir sie schuldlos sich selbst überlassen? Deutschlands Ehre, Deutschlands Größe, Deutschlands Ruhm, errungen durch die glorieichen Siege von 1870/71, stehen auf dem Spiele“ — so ist das eine höchst schändliche und abgeschmackte, von Unwahrscheinlichkeit strotzende Uebertreibung, auf die der biedere und immerhin realpolitisch genug empfindende deutsche Wähler nicht anders als mit dem Worte „Stuß“ reagiert.“

„Ganz richtig! Was aber sagt der Freisinn zu dieser Kennzeichnung?“

### Die Verkommenheit des Freisinn

tritt besonders grell bei der Wahlogitation im Wahlkreis Rarn-Berg zutage. In den letzten Tagen wurde ein großes Unternehmen ins Werk gesetzt, um die Arbeiter der Sozialdemokratie abspenstig zu machen. Der Freisinn verteilte an die Arbeiterwähler ein besonderes Flugblatt, in dem versucht wird, die Arbeiter gegen ihre Führer aufzuheizen durch die Beschuldigung gegen die letzteren, daß sie die Polizeischlägereien in der Regensburger Straße veranlaßt hätten. Der Freisinn traut den Rarn-Berger Arbeitern ein kurzes Gedächtnis zu, wenn er ihnen solches zu bieten mag. Seit Jahrzehnten hat er die Arbeiter mit den schädlichsten Mitteln von der Vertretung in der Gemeinde ausgeschlossen, ihnen die allgemeine Ortskrankenkasse vorenthalten, sie auf jede Weise unterdrückt. An die Vorgänge des letzten Jahres hätte er am besten gar nicht erinnert, denn da war es die freisinnige Presse, die fortgesetzt gegen die streikenden Arbeiter hetzte, die Polizei gegen sie scharf machte, die in der Stadtverwaltung sitzenden freisinnigen Parteihäuptlinge waren es, die den Arbeitern das Koalitionsrecht durch das Streikpostenverbot raubten. In dem letzten Aufzehrungsprozess mußte der Staatsanwalt selbst anerkennen, daß sich die organisierte Arbeiterschaft den Madanjanzen in der Regensburgerstraße ferngehalten, aber trotzdem mag man es jetzt, diese Vorgänge gegen die Sozialdemokratie auszusprechen.

### Gegnerisches Zeugnis für die Sozialdemokratie!

Im nationalliberalen „Leipziger Tageblatt“ vom 20. Mai 1904 erschien eine Besprechung der vom Genossen Göhre herausgegebenen „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen eines Arbeiters, von Karl Fischer.“

Verfaßt ist sie von Eduard Goldbeck (Berlin). Es heisst darin: „Auf Tausenden von Seiten erzählt uns Fischer von seinem Dienst als Erdarbeiter, von seinem Kampf mit dem lehmigen, quelligen, breiigen Boden, für den er immer neue Objektiv findet, von der Arbeit in der Steinfabrik. Wir sehen, wie nötig rechtlos und ohnmächtig das Leben, vor einem Menschenalter, der Arbeiter war, wie die Kameraden mit vierzig Jahren als mährische, morische Leute gesten, deren der Unternehmer sich struppelnd entsetzt, wie keine Forderung der Humanität geachtet wird, kurz, wir erkennen, wie notwendig die sozialdemokratische Bewegung war. Ohne sie hätte die industrielle Entwicklung zu der entsetzlichen Verelendung des Volkes geführt, mit der in letzter Linie auch der Industrie schlecht gedient gewesen wäre. Die revolutionären Forderungen wären nicht ausgesprochen, und wir ständen da, wo heute Rußland steht.“

Karl Fischer tritt jahrelang als Erdarbeiter von Arbeitsstätte zu Arbeitsstätte. Einmal erkrankt er schwer und kann trotz aller Fleißens keine Aufnahme im Spital finden. Ein unheimlicher Gendarm gibt ihm den Rat, zu reiten, und nun erst wird er aufgenommen. Dann hält er sechs Jahre in einer Fabrik aus. Aber schließlich will ihm die schwere Arbeit nicht mehr recht von der Hand, er verdient sein Existenzminimum nicht mehr. Da muß er auf — so heißt es in bischöflichen Unternehmungen — ein Sentimentaler würde sagen: dem Bewußtsein entringt sich ein Schrei der Verzweiflung, und er wird entlassen. Unter der Entlassung steht der Satz: „einmal, das er —“ gesehen

## Die Verteilung des Nationalvermögens.

Herr Dernburg und mit ihm die kapitalistischen Kopfstecher weisen stets auf die

### Sparfahncinlagen

hin, die beweisen sollen, daß auch die nichtbesitzende Klasse am Nationalvermögen stark beteiligt sei.

Ende des Jahres 1901 besand sich (vergl. die amtliche Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Landesamts 1906, IV S. 247 ff.) in sämtlichen preussischen Sparcassen eine Einlage von

7762 Millionen Mark.

Dadon entfielen, sofern man alle Spareinlagen bis zu 600 M. und die Hälfte aller Spareinlagen von 600—3000 M. als proletarische Spareinlagen rechnet, auf die

nichtbesitzende Klasse 2962 Millionen Einlagen bestehende Klasse. . . 1800 „ „ 1

Auf jede der 8 300 000 proletarischen Spareinlagen entfiel also im Durchschnitt die Summe von

356 Mark!

Das ist das „Vermögen“ der arbeitenden Klasse!

Dagegen besaßen 384 000 preussische Rentiten (vergl. das amtliche Statistische Jahrbuch für den preussischen Staat 1905, S. 287) ein Vermögen von

58 786 Millionen Mark.

Jeder dieser Besitzenden besaß also im Durchschnitt ein Vermögen von

153 000 Mark!

Fürwahr, eine göttliche Weltordnung!

hat. Seine wirren, kindischen Versuche, mit den Arbeitgebern Abrechnung zu halten, schleichen den ersten Band mit pöblicher Tragik ab. Ich empfehle die Letztere allen Scharfmachern; die Aufständigen unter ihnen werden sich, wenn sie ihn gelesen haben, vielleicht noch die Frage stellen: Wo soll, wenn Familie, Schule und Kirche nur knechtet, wenn die Fabrik nur ausbeutet, der Staat nur drückt, wo, beim Teufel, soll da der Patriotismus herkommen? . . .“

So Herr Goldbeck unter dem Eindruck der erschütternden Schilderungen der Fischer'schen Erinnerungen. Und das national-liberale „Leipziger Tageblatt“, das jetzt um alles in der Welt nicht zugeben würde, daß die Sozialdemokratie Verdienste um die Arbeiterchaft habe, nahm damals im Gefühle, daß Herr Goldbeck recht habe, die Besprechung mit dieser Stelle auf. Wenn die Gegner ehrlich sind, können sie eben nicht anders als die Tätigkeit der Sozialdemokratie für die Arbeiterchaft anerkennen.

### Geschäftstreisende, wählt Sozialdemokraten!

Von einem Geschäftstreisenden wird uns geschrieben: Die bürgerlichen Blätter fordern die Firmen-Chefs, die Reisende beschäftigen, auf, ihren Angestellten am Wahltag durch Urlaubsgewährung Gelegenheit zu geben, ihrer Wahlpflicht zu genügen; hoffentlich leisten die Geschäftsinhaber dieser Aufforderung zahlreich Folge.

Wir Geschäftstreisenden werden mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, für die uns durch Regierung und Reichsparteien auferlegte Separatabgabe in Form der Fahrkartensteuer und der noch bevorstehenden Fahrvertenerung, die „Personentarif-Reform“, durch Abgabe entsprechender Stimmzettel zu quittieren.

Diese Vertenerung beträgt für uns Reisende, die wir nahezu das ganze Jahr unterwegs sind, allein durch die bisherige Steuer mindestens 80 bis 100 Mark pro Jahr. — Dagegen wurden weder unsere Dänen noch unsere Probitionsjäger erhöht, so daß wir diese Steuer aus unserer eigenen Tasche bezahlen. — Ich bitte Sie, wenn Sie bei Einführung dieser Steuer sich nicht genug über dieselbe entsetzt konnten, ein bißchen das Gedächtnis aufzufrischen.

Auch seien die Geschäftstreisenden an das Verbot des Detailreisens und an die geltenden demütigenden und beleidigenden Bestimmungen — die Leipziger Polizei z. B. verlangt die ärztliche Untersuchung — erinnert, denen sie unterworfen sind! —

Geschäftstreisende, wählt sozialdemokratisch!

## Die Schicht der Ausgebeuteten.

Immer größere Schichten der Kleinbürger und Bauern kommen zur Erkenntnis, daß sie zu den Ausgebeuteten gehören; ihre Lage wird immer ähnlicher der der Proletarier, und das einzige, was sie vom Proletariat noch trennt, ihr bisheriger Besitz, schwindet dahin wie der Schnee vor der Sonne. Und selbst wo es ihnen gelingt, ihren Besitz noch notdürftig zu erhalten, verliert er immer mehr die Fähigkeit, ihnen ein Dasein zu gewähren, das, nach dem Maßstab unserer Kultur gemessen, ein menschenwürdiges genannt werden könnte. Ebenso sinken die Arbeiter der Intelligenz immer mehr und mehr auf die Stufe eines proletarischen Daseins herab. Nur vereinzelten Glücksbögen unter ihnen gelingt es noch, sich zu einer behaglichen Stellung emporzuschwingen. Den Meisten winkt nur Not und Elend, die gerade in diesen Kreisen am drückendsten empfunden werden, wo eine höhere, bürgerliche Lebenshaltung zu den Lebensbedingungen gehört.

Gleich den Proletariern sehen Bauern, Kleinbürger und besitzlose „Gebildete“ sich ausgeschlossen von all den glänzenden Errungenschaften der modernen Produktion, die einzig und allein den Kapitalisten und Großgrundbesitzern, den Monopolisten der großen gesellschaftlichen Produktionsmittel zugute kommen und die nur durch die Verwandelung dieses Privateigentums in Gemeineigentum allen zugänglich gemacht werden können. Die Vorteile, die dem Bauern und Kleinbürger sein Privateigentum bietet, verschwinden immer mehr gegenüber den Vorteilen, die ihm die Aufhebung des Privateigentums an den großen Monopolen in Aussicht stellt.

(Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie. Erläuterungen zum Erfurter Programm.)

### Stimmzettel für die Beamten!

Ein Beamter schreibt uns:

„Von größter Wichtigkeit ist es, daß jedem Wähler ein Stimmzettel brieflich oder sonstwie in die Wohnung gebracht wird; die Beamten sind sonst gar nicht in der Lage, nach ihrem Willen zu wählen. Von den vor dem Wahllokal postierten Zettelverteiler dürfen die Beamten keine Stimmzettel entgegennehmen wegen der Gefahr, von den Vorgesetzten beobachtet und gemahnt zu werden. Selbst wenn die Beamten von allen Zettelverteilern Stimmzettel in Empfang nehmen wollten, würden sie sich schon „verdächtig“ machen. Eine geheime Wahl für Beamte ist nur möglich, wenn ihnen Stimmzettel in die Behausung gebracht werden, die sie dann in die Tasche stecken und am Wahltag in der Klostergasse (Hofierraum) invertieren und abgeben. Note Stimmzettel können sich in kleinen Kreisen die Beamten nicht selbst aus-schreiben, weil die Handschrift von den Wahlkommissionären (meistens Landräte, Junker usw.) leicht kontrolliert werden können. Also versorgt die Beamten mit Stimmzetteln!“

### Die Berliner Buchdrucker und die Sozialdemokratie.

In einer gestern stattgehabten Versammlung der Berliner Buchdrucker gelangte eine Resolution zur Annahme, die dem Redakteur Rexhäuser resp. dem „Korrespondent“ für seine Schreibweise die tiefste Mißbilligung ausdrückte. Besonders wird in der Resolution die lächerliche Abfassung der Briefkastenzettel zur Reichstagswahl bedauert. Die Versammelten erklärten in Uebereinstimmung mit der gesamten Arbeiterchaft die Kandidaten der Sozialdemokratie als die allein von ihnen zu wählenden Vertreter.

### Einer Berufsgenossenschaft geringe Achtung vor dem Wahlrecht des Arbeiters

zeigt die Mitteilung eines Unfallretters, die uns heute zugeht. Der Mann, der jetzt in Berlin wohnt, ist von der Magdeburger Bauerngenossenschaft zum 25. Januar, 10 1/2 Uhr geladen, sich zu erneuter Untersuchung in der Charité einzufinden. Der Geladene ist mit Recht über diese Ladung am Wahltag empört und stellt die Frage, ob etwa solche Ladungen für diesen Tag in größerer Anzahl ergangen sind? Wir können das zurzeit nicht feststellen. Sicherlich darf aber eine solche Ladung, so unbecquem sie sein mag, keinen Arbeiterinvaliden von der Ausübung des Wahlrechts abhalten!

### Eine Wahl-Indianergeschichte

hat am Sonntag das berühmte Leipziger Siman-Blatt in die Welt gesetzt. Die „Leipz. Neue St. Nachr.“ brachten folgende Meldung:

Reiboldsgrün i. V., 19. Januar. (Privattelegramm.)

Gestern nachmittags drangen der bekannte Zehngöbele-Hoffmann mit zwei „Genossen“ trotz verbotenen Zutritts in die Heilanstalt Albersberg und beunruhigten durch ihre rüchsig-löses Agieren die Pflinglinge.

Die nächsten Tatfachen sind die folgenden: Als der Kandidat der Sozialdemokratie, Genosse Hoffmann, vor drei Wochen nach Reichenbach kam, um nun bis zur Wahl dort zu bleiben, wurde ihm eine Beschwerde der Pflinglinge der Heilanstalt Albersberg und Reiboldsgrün unterbreitet, in der sie mitteilen, daß der Ordrestand von Vogelgrün sich weigere, sie in die Wählerliste einzutragen. Auch die Amtshauptmannschaft trat der Abweisung bei. Genosse Hoffmann beantragte nun die Pflinglinge der beiden Anstalten, sich an den Minister des Innern in Dresden telegraphisch zu wenden. Dieser gab die Beschwerde an die Kreis-Hauptmannschaft und die letztere an den Bezirksausschuß zurück. Da inzwischen viel Zeit verfloß und die Bewohner der Anstalten fürchteten, um ihr Wahlrecht zu kommen, baten sie den Genossen Hoffmann wiederholt dringend, sie doch zu besuchen und ihnen bei den weiteren schnellen Schritten zur Seite zu stehen. Am 10. d. M. als sich Hoffmann in Falkenstein befand, erhielt er sogar einen Eilbrief mit der Aufforderung, am selben Tage unbedingt nach den Anstalten zu kommen. Er konnte aber erst am 18. Januar sich hinbegeben. An den Angehörigen wurde Hoffmann freudig begrüßt; allseitig wurde ihm die frohe Wotschaft verkündigt, die Pflinglinge seien durch Entscheidung des Bezirksausschusses infolge ihrer Beschwerde in die Wählerliste eingetragen. Genosse Hoffmann unterließ sich nun natürlich mit den Pflinglingen eine kurze Weile. Einer aber von den Pflinglingen hatte nichts Eiligeres zu tun, als dem Herrn stellvertretenden Gesesart der Anstalt das furchtbare Ereignis zu melden. Nun kam die „Beunruhigung“ der Pflinglinge. Der betreffende Arzt etablierte sich als Untersuchungsrichter (1), vernahm die Patienten (10 Mann an einem Abend), immer einen nach dem anderen. Jeder, der vernommen war, mußte in das verschlossene Neben-zimmer und durfte nicht eher heraus, als bis alle vernommen waren. Solch ein Verfahren, soll das wohl seine Beunruhigung sein? Es scheint, als wenn es sehr verächtlich hat, daß die Patienten ihr Wahlrecht behalten haben. Verboten wollen wir noch, daß Genosse Hoffmann auch in der Heilanstalt Reiboldsgrün sich nach der Eintragung der Patienten in die Wählerliste erkundigt hat und dort auch freundlich aufgenommen wurde. Das mag den sachlichen „Nationalen“ unangenehm sein, aber vorläufig sind die Pflinglinge noch keine Gefangenen und ist der Besuch des Pflinglinge noch kein Hausfriedensbruch!

### Aus Württemberg.

Im Zentrum „güt“ es. Wenn man die maßlos un- triebenen Schilderungen der liberalen Blätter liest, sollte man glauben, daß auch in Württemberg das Zentrum vor der Gefahr einer Spaltung stünde. Das wäre aber eine völlig irrtige Annahme. Zwei Parteien — so verkündet die liberal-demokratische Presse in ihrem bekannten Bürgerpolz — zwei veritable Standesherrn, Fürst Waldburg-Zeil und Fürst Oudt-Whitradt-Jeny, haben in öffentlich abgegebenen Erklärungen das Zentrum wegen seiner Reichstagsabstimmung vom 13. Dezember getadelt. Die Volkspartei, die sich in letzter Zeit an Selbstentwammung nicht genug leisten kann, sprach daraufhin sofort den Wunsch aus, den Fürsten Waldburg-Zeil gegen Herrn Erbberger in Biberach als „national-katholischen“ Gegenkandidaten aufzustellen. Aber der Fürst hat abgewunken, er verzichtet auf den löblicheren Durchfall, den er dabei erleben würde.

Das Zentrum hatte schon bei der Abstimmung über die württembergische Verfassungsreform keinen Einfluß auf die katholischen Standesherrn mehr, wofür sich Herr Erber damals dadurch erbanderte, daß er sie den „Mauerkrab“ im Zentrumsturm nannte. Nun, nachdem die Herren überhaupt nicht mehr in der Lage sind, in der Ersten Kammer eine Mehrheit zu bilden, verzichtet das Zentrum gern darauf, um ihre Gunst zu werden. Das Zentrum kann sich jetzt noch viel ungenierter in die demokratische Toga hüllen als bisher, und es kann auch ganz unbesorgt einer Rebellion weiterer Zentrumsdadler entgegengehen. Abtrünnige Adelige werden dem Zentrum im Kolle ganz gewiß keinen Boden entziehen. Das wird nur dort geschehen, wo sich katholische Arbeiter vom Zentrum abwenden. So hat denn auch das hiesige Zentrumsganz recht, wenn es schreibt, man solle ihm mit „national-katholischen“ Gegenkandidaten nur kommen. Das werde höchstens dazu beitragen, die Zentrumstimmen zu vermehren infolge der intensiveren Anstrengungen, welche die Zentrumsganzung, das heißt natürlich der Merus und die Geistslichkeit in den einzelnen Gemeinden, alsdann machen würden.

Die „liberale Einigung“, oder besser gesagt, die Liebedienerei, deren sich plötzlich die Volkspartei gegenüber den Nationalliberalen zu befleißigen für gut hält, hat inzwischen auch einige eigentümliche Erscheinungen gezeigt. Die Volkspartei muß es sich, nur um die beiden Mandate Pöners und Hausmanns zu retten, gefallen lassen, daß die Nationalliberalen in einigen Kreisen eine absolut feindliche Haltung gegen sie einnehmen. Durch diese Gegnerschaft war sogar das Mandat des Volksparteier Storz bedroht, der in Wirklichkeit so viele

Nationalliberaler als Volksparteiler ist. Selbst dieser hat schließlich das Unheil einer nationalliberalen Gegenkandidatur nur von sich abwenden können, indem er eine Erklärung abgab, die ein nachträgliches Bedauern über das bei den Landtagswahlen gewählte Volkspartei und Sozialdemokratie abgeschlossene Kartell enthält.

Wie verächtlich die Nationalliberalen mit ihrem demokratischen Mundessen umgehen, zeigt auch ein überaus charakteristischer Vorgang auf dem Stuttgarter Rathaus. Der neugewählte Bürgerausschuss, der sich zu konstituieren hatte, besteht aus 11 Volksparteilern, 10 Nationalliberalen, 8 Sozialdemokraten und 3 Konservativen. Nach der bisher stets eingehaltenen Praxis hätte der Obmann (Vorsitzende) von der Parteien Partei, das ist die Volkspartei, und der stellvertretende Obmann von der zweitstärksten, den Nationalliberalen, gestellt werden müssen. Die letzteren gönnten aber der Volkspartei, trotz der Bundesgenossenschaft bei der Reichstagswahl, den Obmann nicht. Die Nationalliberalen boten den Sozialdemokraten an, das sozialdemokratische Bürgerausschussmitglied Fischer unter Uebergehung der Volkspartei zum Obmann zu wählen, wenn die Sozialdemokraten bereit wären, einen Nationalliberalen zum stellvertretenden Obmann zu wählen. Die Volkspartei sollte auf diese Weise ganz von der Leitung des Bürgerausschusses ausgeschlossen werden. Das seine Pläne sich jedoch ins Wasser. Die Sozialdemokratie hat im Augenblick zwar wirklich kein Interesse daran, der Volkspartei einen Dienst zu leisten. Aber sie verschmäht grundsätzlich die Politik der Krümmen Wege und wünscht, daß jede Partei die Posten eingeräumt erhält, die ihr nach ihrer Stärke zukommen. Da die Nationalliberalen aber so intime Helfer der Volkspartei sind, daß sie hierauf absolut nicht eingehen wollten, so wurde der Volksparteiler Dr. Erlanger mit 18 gegen 14 Stimmen zum Obmann und der Sozialdemokrat Fischer mit dem gleichen Stimmenverhältnis zum stellvertretenden Obmann gewählt; ebenso der Volksparteiler Schur zum ersten und der Sozialdemokrat Behr zum zweiten Schriftführer. Auf diese Weise haben sich also die Nationalliberalen zwischen zwei Stühle gesetzt und sind jetzt in die gleiche Position geraten, die sie der Volkspartei bereiten wollten. Das ganze nennt sich — liberale Einigung!

### Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar.

Im Wahlkreise Weimar-Arnolds-Weimar entfaltet der „gerichte Liberalismus“ eine immer stärker werdende Agitation. Der Schriftsteller Schäfer aus Charlottenburg geht mit den bekannten Wägen gegen den Genossen Singer hantieren. Das rügische Material gegen die Krankenkassen schlägt er weidlich gegen die Sozialdemokratie aus. Im Wägen der Weimar, der zum 1. weimariischen Wahlkreise gehört, aber davon abgetrennt liegt, ist es ein ehemaliger Pfarver, ein gewisser Pache, jetzt Direktor eines Pädagogiums, der aus dem Kapitel „Freie Liebe“ u. a. erzählt, daß Stadthagen seine Konfessionslosen als „S...“ bezeichne. Man ist im Zweifel darüber, ob man mehr die Vorurteilhaftigkeit oder die Frechheit solcher „liberalen“ Agitatoren verurteilen soll. Führende Köpfe der Liberalen die Flugblätter des Reichsverbandes kommen und verbreiten. Soalbermeierungen und -Abreibungen spielen diesmal eine große Rolle. In Weimar, der Hauptstadt des Landes, der größten Stadt des Kreises, steht und diesmal kein Saal zu einer größeren Versammlung zur Verfügung.

Im Wahlkreise Eisenach-Deimbach, wo anfänglich sogar Beamte der Bezirksdirektion für den Antisemitismus Propaganda machten, treiben es diesmal die Antisemiten wieder so wie bei der Reichswahl 1906. Aus Hamburg geholte Kaufmannsjünglinge sind zu Sprengkolonnen formiert, die die sozialdemokratischen Versammlungen stören und unmöglich machen sollen. Unter der Mitwirkung des Bürgermeisters wurde in einem Orte sogar durch allgemeinen Gesangs eine Versammlung unmöglich gemacht. „Heil Dir im Siegerkranz“ wechselte ab mit „Ach, welche Lust an Sarahs Brust“. Und diese Gesellschaft will noch von der Noth der Arbeiter leben!

Im Wahlkreise Jena-Neustadt sucht Tischendörfer mit den weitgehendsten Versprechungen den Wählern aller Kreise seine Kandidatur zu empfehlen. Genau wie Schäfer, „lann schreiben rechts und lann schreiben links“, spricht — wie es gerade sein muß — Tischendörfer rechts und links. Dabei ist es nun auch noch so weit gekommen, daß verschiedene Zeitungen die Aufnahme der für die Landesparlamentarier berechneten sozialdemokratischen Inserate verweigern. So wurde das Inserat „Wählt Vaudert“ der — Fassung wegen nicht aufgenommen. Trotz der außerordentlichen Strapazen tun unsere Genossen tapfer ihre Schuldigkeit.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Januar 1907.

### Die deutschen Kolonien als Auswanderungsgebiete.

In vielen der Wahlflugblätter, die in den letzten Wochen in alle Ecken des Deutschen Reiches hinausgeworfen worden sind, wird die Forderung neuer Weltmittel für die wertlosen deutschen Kolonien damit begründet, daß Deutschland deshalb seine Kolonien ausbauen müsse, um den Strom seiner Auswanderer dorthin leiten zu können. Der Gouverneur von Vindquist hat sogar in der Dresdener Ausstellungshalle am Sonntag unter anderen Gründen für die Erweiterung der Kolonialpolitik das große Wort gelassen ausgesprochen, es wäre doch höchst erfreulich, wenn künftig die deutschen Auswanderer (jezt ungefähr 28 000 Menschen im Jahre) nach „unseren“ Kolonien gehen könnten, statt in fremde Länder, wo sie den Zusammenhang mit dem deutschen Vaterland verlieren.

Derartige Behauptungen sind nichts als Spekulationen auf die Einfalt derer, die nicht alle werden. Wie es tatsächlich in den deutschen Kolonien aussieht, und wie weit sie sich zur Ansiedelung deutscher Auswanderer eignen, zeigt folgender Brief des Leiters der Zentralkolonialstelle für Auswanderer:

In Beantwortung Ihres an die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes gerichteten und der Zentralkolonialstelle für Auswanderer zur Erledigung überwiesenen Schreibens vom 19. d. M. übersende ich Ihnen ergebnis die einleitende Broschüre „Deutsch-Ostafrika“, aus welcher Sie sich über die dortigen Verhältnisse, Schiffsverkehr und Passagereisen usw. orientieren können.

Wie Sie aus Seite 8 und 9 der beigelegten Druckschrift ersieht werden, sind zur Ansiedelung in Deutsch-Ostafrika, wofolst seit kurzem das Gebiet von West-Uganda für Ansiedler eröffnet worden ist, mindestens 10 000 M. erforderlich. Wer den dortigen Kolonialbehörden ein Kapital in dieser Höhe nicht vorzulegen vermag, wird als Ansiedler auch nicht zugelassen. Freie Reise, Fahrpreisermäßigung oder sonstige Unterstützung wird von keiner Seite gewährt. Personen, die im Zwischenland (letzte Schiffsladung) nach Deutsch-Ostafrika übersiedeln wollen, haben bei ihrer Anreise auch gleich den Betrag für die Rückreise bei der Deutsch-Ostafrika-Linie zu deponieren, also im ganzen mindestens 600 M. zu entrichten.

Das deponierte Geld wird den Betreffenden nur dann zurückerstattet, wenn dieselben in Deutsch-Ostafrika Beschäftigung gefunden haben. Wer innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen keine Arbeit in der genannten Kolonie gefunden, was meistens der Fall ist, wird auf seine eigenen Kosten dazü

## Der „blutige Tropfen im Schnee“ und das Blutmeer im Wüstenland.

In den blödsinnigen Flugblättern des Reichslägerverbandes spielt das von den Eingeborenen in Südwestafrika verbrochenen Blut der Ansiedler eine große Rolle. Trotz der Trotha-Erlasse und der Trothoschen Ausrottungsstrategie soll die Schuld der „schwarzen Bestien“ noch immer nicht geklärt sein. Und eine Reihe von Blättern legte kürzlich eine fürchterlich schöne Schauerballade des Herrn

Joseph Lauff,

des poeta laureatus bei, in der ein „blutiger Tropfen im Schnee“ folgendermaßen besungen wurde:

Ihr Gane wacht auf! — Ein Frevler geschah,  
Ein Frevler dreimal verflucht,  
Wie er keinem Lande ins Auge sah,  
Und wie ihn kein Volk noch gebucht.  
Ich klage an... und der Nordsturm fliegt  
Durch Winterleid und Weh;  
Die Floden stieben, und einsam liegt  
Ein blutiger Tropfen im Schnee.

Dieser „Tropfen im Schnee“ sollte das in West-Deutschland vergossene deutsche Blut symbolisieren.

Daß im Kriege Blut fließt, ist ja eine bekannte Sache. Die Klage des Herrn Joseph Lauff muß also dem Blute der bei der Erhebung der Eingeborenen Erschlagenen gelten.

Die Zahl der Ansiedler, die bei dem Herero-Aufstand erschlagen wurden, betrug nun nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ (Nr. 8 vom 4. Januar 1907) 123. Diese 123 sind gerächt worden! Die Hereros zählten vor dem Ausfluche mindestens 65 000 Köpfe. Am Waterberg hatten sich nach der Schätzung des Großen Generalstabes noch 50—60 000 konzentriert, als sie Trotha angriff, schlug und in die Omahete trieb, wo unzählige von ihnen verschmachteten. Wer zurückkehrte, wurde, ob bewaffnet oder unbewaffnet, erschossen; selbst Frauen und Kinder wurden in die Wüste zurückgetrieben.

Was ist nun von den 65 000 Hereros noch übrig geblieben? Die „Nordd. Allg. Ztg.“ (Nr. 13 vom 16. Januar 1907) bezifferte die Zahl der Gefangenen (worunter auch die gefangenen Hottentotten!) auf 16 400. Dreitausend Hereros seien auf britisches Gebiet übergetreten; ein Teil sei zu den Ovambos geflüchtet, ein anderer Teil treibe sich noch im „Nordosten“ umher. Da die Zahl dieser Flüchtigen wegen des Mangels an Vieh und folglich Nahrungsmitteln nicht mehr groß sein kann, ist die Schätzung sicher noch zu niedrig, wenn man annimmt, daß

40 000 Hereros

bei dem Kriege umgekommen sind!

Das ist das Blutmeer im Wüstenland!

Und da winnert Herr Joseph Lauff über den „blutigen Tropfen im Schnee!“

dient die deponierte Summe) zwangsweise in die Heimat zurückbefördert.

Zum Schluß bemerke ich noch, daß das tropische Klima Deutsch-Ostafrikas Weihen jede Beschäftigung im Freien verbietet und dann würden dieselben auch mit den dortigen Eingeborenen nicht konkurrieren können, die jede vorkommende Arbeit zu den niedrigsten Lohnsätzen verrichten.

Vor einer Auswanderung nach Deutsch-Ostafrika ohne genügende Weltmittel ist dringend zu warnen.

Dies gilt auch für alle übrigen deutschen Schutzgebiete. Auch wenn Sie bemittelt sein sollten, so kann Ihnen die Zentralkolonialstelle hinsichtlich des Erfolges trotzdem keinerlei Garantie leisten. Das hängt von den verschiedensten Umständen ab und ist vielfach Glücks-sache.

Hochachtungsvoll

gez.: Der Leiter der Zentralkolonialstelle  
Kaiserlicher Generalkonsul a. D.

In Kürze zusammengefaßt, besagt die Auskunft: Weihen vermögen in den deutschen Kolonien nicht zu arbeiten, die dortigen Löhne sind miserabel, und wer dorthin auswandert, verpulvert nutzlos sein Geld!

## Die Aufgabe der Sozialdemokratie

ist es nicht, der Entwicklung ihren Weg vorzuschreiben; sie hat nur die Hindernisse der Entwicklung zu beseitigen. Sie hat die Bahn frei zu machen für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft; sie hat nicht diese künstlich zu sabrieren.

Das Proletariat aber wird der Hebel sein, der die alte Gesellschaft aus den Angeln hebt und das mächtigste Hindernis jeder weiteren gesellschaftlichen Entwicklung, die politische Macht der bestehenden Klassen aus dem Wege räumt. Das Proletariat zu haben, es in seinen Klassenkämpfen zu unterstützen, seine Kraft und Einsicht zu vermehren, ebenso aber auch die ihm nahe stehenden arbeitenden Klassen, Handwerker und Bauern, über ihre wahren Interessen aufzuklären, jeder Ausbeutung, jeder Unterdrückung, in welcher Form immer sie auftreten mögen, entschieden entgegenzutreten: Das, und nicht das Ausarbeiten von Plänen des Zukunftsstaates ist die Aufgabe der Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie ist die von dem Bewußtsein ihrer Aufgaben erfüllte Arbeiterpartei. Die Arbeiterpartei eines jeden Landes muß umso mehr sich mit sozialistischem Geist erfüllen, je weiter ihr Geschäftskreis wird, je mehr ihre Einsicht in den Gang der ökonomischen Entwicklung wächst. Die deutsche Arbeiterpartei ist von vornherein eine sozialdemokratische Partei gewesen, dank dem wissenschaftlichen Sinn der deutschen Arbeiterklasse und der wissenschaftlichen Bedeutung ihrer Lehrer.

(Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie.  
Erläuterungen zum Erfurter Programm.)

### Wahlspiegel.

Aus Kiel wird uns geschrieben:  
Im „Vorwärts“ ist kürzlich die vom Direktor der hiesigen Gewerkschaften, Hauptmann a. D. Laves, angeregte Gründung von „Zuschußklassen für nicht gewerkschaftlich oder sozialdemokratisch organisierte Arbeiter“ besprochen und der Vermutung Ausdruck gegeben worden, daß es sich bei dem Plan, den der Hauptmann den industriellen Schornsteinverbänden unterbreitete, um eine Zentralisierung regelrechter Streikbrecherorganisationen handle. Der „Vorwärts“ hatte dann weiter in dem von ihm veröffentlichten Zirkular des Laves eine Beschäftigung der bekannten Tatsache erblinden zu sollen geglaubt, derzufolge die Unternehmer allemal, wenn sie dem Arbeiter mit „Wohltaten“ kommen, von diesem als Gegenleistung irgendeine Schurkerelei an der Sache seiner Klassen-genossen verlangen. Daß diese Bemerkung zumal bei der Gründung des Herrn Laves ins Schwarze traf, geht aus folgendem hervor:

Auf den Gewerkschaften fand dieser Tage eine Mitglieder-versammlung der dort seit einiger Zeit bestehenden „Zuschußklasse“ statt. Die Verhandlungen drehten sich in der Hauptsache um die bevorstehenden Reichstagswahlen, und es stand von vornherein, ohne daß darüber ein Wort der Verhandlung nötig gewesen wäre, fest, daß die „Kasse“ sich für den Kandidaten des Hottentottenblods ins Zeug zu legen habe. Besonders aber wurde es den Mitgliedern ans Herz gelegt, während der Wahlzeit auf ihre Arbeitskollegen ein wachsameres Auge zu haben. Wenn man bemerkte, daß ein Arbeiter als Sozialdemokrat sich hervorhebe, solle man es unverzüglich zur Anzeige bringen. Die Mitglieder sollten aber „nicht alle zusammen nach vorne (ins Direktionsgebäude) laufen“, sondern sie sollten „unauffällig“ dem Meister Meldung erstatten, der werde dann schon „das nötige veranlassen“.

Man sieht, diese Zuschußhelden verdienen sich ihre Sporen zunächst nicht durch Streikbrecher, sondern durch Wahlbrecher und Wahlspiegeldienste. Für die „Wohltaten“, die die Firma Schwalbe der Kasse durch Darunterstützung zu Teil werden läßt, verandern sie sich durch den verächtlichsten Berrat an ihren Klassen-genossen und Arbeitsbrüdern. Wahrlich, ein System, das auf solcher Korruption aufgebaut ist, ist mehr als reif dafür, gerümelt zu werden.

Aber die Seuche, die der Hauptmann Laves züchtet, scheint bereits die Grenzen der Privatbetriebe überschritten zu haben. Auf der Kaiserlichen Werft wurden in den letzten Tagen die Werkstattvorstände des Ressorts IV zu dem Oberbauteil gitiert. Hier wurde ihnen eingeschärft, während der Wahlzeit aufs strengste die Durchführung jener Bestimmung der Arbeitsordnung zu beaufsichtigen, die jede sozialdemokratische Agitation mit sofortiger Entlassung bedroht. Unter Agitation sei besonders die Verbreitung von Flugzetteln, das Sammeln zum Wahlfonds usw. zu verstehen. Die Meister wurden verpflichtet, alle ihnen bekannt werdenden Fälle von Uebertretung dieser Bestimmung sofort zu melden, es werde dann unverzüglich die Entlassung des Betreffenden erfolgen. Für Ueberwachung und Beobachtung der Arbeiter sei Sorge getragen. Wer die Ueberwachung und Beobachtung der Arbeiter besorgt, wurde nicht gefragt. Die Meister können nicht gemeint sein, denn ihnen wurde ja ausdrücklich mitgeteilt, daß eine Ueberwachung bereits existiere. Der Oberwerksdirektor, die Ressortchefs, Ingenieure und Baumeister werden sich auch wohl schmerzlich zu solch faulerem Geschäft hergeben, ganz abgesehen davon, daß sie naturgemäß nichts dabei ausrichten würden. Die Spiegel müssen also unter den Arbeitern selbst gedungen sein, und die Meister wußten denn auch Bescheid, ohne daß sie weiter fragten.

Es existiert nämlich auf der Werft seit einiger Zeit ein sogenannter „Nationaler Arbeiterverein“, der gegründet wurde und gepflegt wird vom Reichsverleumdungsverband wider die Sozialdemokratie. Diese traurige Korrie, ein Wäckerbündel unbekannter Wiedermänner, sah bis jetzt ihren Daseinszweck darin, unter den Augen und zur besonderen Genugtuung der Werkleitung ein vom Reichsverband geliefertes Blättchen zu verbreiten, genannt „Der Reichstreue Arbeiter“, in dem wie in einer Latrine die überreichlichsten Beschimpfungen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, hauptsächlich aber die Jahrzehnte alten, tausendfach zurückgewiesenen Verleumdungen wider die Führer der Arbeiterbewegung zusammenflossen. Jetzt, während der Wahlbewegung, scheinen diese Gesellen ihren wahren Verus entdeckt zu haben.

Die Werftarbeiter sind ohnehin aufs äußerste empört, daß sie, die staatlichen Arbeiter, die einzige Arbeiterkategorie hier am Orte sind, der es verwehrt ist, an irgend einer öffentlich bemerkbaren Wahlarbeit ihrer Partei teilzunehmen. Auf Grund der oben angeführten Anekdotalen wiederholt „Kaiserliche“ Arbeiter, und wenn sie sich auch nur bei Flugblattverbreitungen in weit entfernten Landstrichen beteiligen, furchtbar entlassen worden. Jedoch wo die Spiegel organisiert und eifertiert sind, wissen die Werftarbeiter wenigstens, wo die Denunzianten zu suchen sind. Die Wirkung dieser neuesten Entdeckung wird natürlich die sein, daß es nunmehr auch der letzte „Kaiserliche“, der es bislang mit seinen Arbeiterpflichten noch nicht ernst genommen hat, geradezu für seine Ehrensache halten wird, von dem sozialdemokratischen Stimmzettel, der einzigen Waffe gegen diese schändlichen Zustände, Gebrauch zu machen. Am 25. Januar oder werden die Gönner der „Nationalen Arbeiter“ und der „Zuschußklassen“ ihr totes Wunder erleben.

### Deutsches Reich.

#### Neue Kolonial-Entdeckungen.

Nach einem Artikel der Frankfurter „Volkstimme“ war Genosse Quard in der Lage, in einer Volksversammlung höchst interessante Enthüllungen über neue Kriegszettelungen in Südwestafrika zu machen. Aus dem Briefe eines deutschen Kolonialfreibeuters aus Heidelberg (Transvaal), der am 29. März 1906 an das Kaiserlich-deutsche Gouvernement in Windhuk gerichtet war, teilte Genosse Quard mit:

In diesem Bericht hat A., die deutsche Regierung solle sich mit den Barotsen (ein Stamm in Britisch-Südwestafrika, von dem Teile auch in Deutsch-Südwestafrika leben) verbünden, da diese jeden Weibchen leisten würden, um die Vernichtung ihrer Todfeinde, der Ovambos, ins Werk zu setzen, denen sie allein jetzt nichts anhaben können, denn die Ovambos sind schlaue, tapfere Krieger und leben meistens auf den zahlreichen Sumpfsümpfen jener Gegend in Dörfern, die mit 50 Zentimeter starken, hohen Palisaden umgeben sind, wo ihnen schwer anzukommen ist. Die Barotsen betrachte ich als faule Leute, aber sehr intelligent; die Männer tun nichts, und die Frauen müssen alle Arbeit verrichten und für alles sorgen. Durch großartige Geschenke zur Zeit der Krönung König Eduards hat die englische Regierung es verstanden, den Barotsen-Großfürsten Bewantsa vollständig auf ihre Seite zu bringen, und schwört er für seinen weichen Bruder Eduard, wie er ihn nennt. Sein Sohn Letia ist ebenfalls englisch gefinnt, denn er sagte mir, es sei unmöglich für seinen Vater, zuzugeben, daß ein kleiner Teil seines Stammes unter deutschem Protektorat sei, während die große Masse seines Volkes englisch sei. Letia ist

heute von seinem Vater als Gouverneur des deutschen Teiles von Barotseland eingesetzt, und er sagt offen, daß er heute schon das Kommando deutscher Soldaten fürchte. Ein Großkapitän in Deutsch-Barotseland ist Namili zu Namili. Es würde ein schlauer Schachzug sein, wenn die deutsche Regierung ihrerseits Namili zum Oberhäuptling für ganz Deutsch-Barotseland ernannte.

Das deutsche Gouvernement hat nun nicht etwa den Nebenwärtigen Berater kurz abgewinkt; im Gegenteil konnte der Brieffschreiber am 10. August 1906 berichten:

„Sprach mit Lindequist; er versicherte mir, er würde gern Omboland den Krieg erklären, wenn er nur genug Soldaten dafür kriegen könnte. Auch hat er den Farmern im Distrikt Grootfontein auf deren Ansuchen um militärischen Schutz für das Viehreiche Barotseland, um Vieh von dort nach dem Viehstichplagen Süden zu bringen, mitgeteilt, daß er die Befestigung des Landes im Auge habe, da man über den Wert des Landes auch besonders durch reiche Mineralvorkommen überzeugt ist. Im Barotselände kostet Rindvieh heute 60 R. das Stück, gegen Waren einzutauschen, in Deutsch-Südwestafrika mindestens 300 R. in bar zu erhalten. Für ein Kaufhandelsgeschäft am Otobango sind die großartigen Ausichten und ungeheure Profite sicher. Notabene: Ich und meine Freunde in der Kolonie sind eventuell entschlossen, die längst verhasste Einmischung in koloniale Sachen seitens des Reichstages abzuschütteln.“

Also auch ein Krieg mit den Ombos wäre unferen südwesafrikanischen Kolonialherren dringend erwünscht! Ja, nach der Mitteilung des Brieffschreibers soll sogar der Gouverneur Lindequist von solchem Abenteuer nicht abgeneigt gewesen sein, dessen Kosten sich auf abermals Hunderte von Millionen und Tausende von deutschen Menschenleben besaufen haben würden! —

#### Agrar-Zentrum.

Man wird sich des Straßes erinnern, der vor einigen Jahren in der rheinischen Zentrumspartei herrschte. In den Versammlungen hagelte es Beschimpfungen und es schloß nicht an Zärtlichkeiten. Bei den Reichstagswahlen wurden den offiziellen Zentrumskandidaten ultramontane bäuerliche Kandidaten entgegengestellt. Die „Rheinische Volksstimme“ tobte in einer Art gegen die herrschende Zentrumspolitik, die ihr bei weitem nicht agrarisch genug war, daß sie schließlich aus der Reihe der Zentrumskandidaten parteioffiziell gestrichen wurde.

Und heute? Bei dieser Wahl ist die „Rheinische Volksstimme“, die man mittlerweile wieder als Zentrumskandidat anerkannt hat, lammfromm geworden. Nur in einem „Eingeländ“, für das die Redaktion „dem Publikum gegenüber nicht verantwortlich“ ist, hat man aus dem Wahlkreis Köln-Land gegen die Kandidatur des Postsekretärs Kornelius Hamacher aus Berlin, eines geborenen Rheinländers, der zeitweilig Vorsitzender des deutschen Postassistentenverbandes war, zaghaft zu opponieren gewagt. Sonst aber ist die „Rheinische Volksstimme“ vollkommen zentrumsfromm. Die Schreibweise ist gegen früher wie ausgewechselt.

In ihrer neuesten Nummer (Nr. 19 vom 23. Januar) schreibt die „Rheinische Volksstimme“:

„... Vielsach (?) sind in den rheinischen Zentrumskandidaten entzerrte Arbeiterkandidaten (?) auf den Schild erhoben worden, für die die ländliche Wählerschaft sich nicht zu erwärmen vermag. Nichtsdestoweniger müssen am Freitag alle Mann an Bord sein und einhellig für diese eintreten, so schwer es dem einzelnen auch fallen wird. Es gilt aber dem Zentrum den maßgebenden Einfluß auch in der neuen Legislaturperiode zu sichern.“

Die Agrarier haben erkannt, was sie am Zentrum haben. Der Abgeordnete Dr. Marcour hat es in seinem Wahlkreis für die Landwirte ausgeplaudert, wie die Zentrumskandidaten bei den Zolltarifverhandlungen die Interessen der Städte und der Industrie an die kleine Gruppe der Großagrarien verschadert hat. Das Zentrum ist vollständig agrarisch verflacht, und unter all seinen Kandidaten — auch unter denen, die man als „Arbeiterkandidaten“ bezeichnet — wird man vergebens einen suchen, der sich nicht der offiziellen Zollwucher- und Grenzschutzpolitik der Zentrumspartei verschrieben hat. Darum kann die „Rheinische Volksstimme“ in Gemütsruhe ihre Leute auffordern, dem Zentrum „den maßgebenden Einfluß zu erhalten.“ —

#### Herr Soeplau

bittet uns um die Veröffentlichung folgenden offenen Briefs an den Reichskanzler:

Eure Durchlaucht haben es für wichtig genug gehalten, in Ihrer die letzten Kolonialdebatten einleitenden Rede im Reichstag am 28. November v. J. meiner Person Erwähnung zu tun. Hierfür kann ich Ihrer Durchlaucht nur aufrichtig dankbar sein. Eure Durchlaucht und der Leiter der Kolonialabteilung, Herr Wirklicher Geheimrat Dernburg, haben nun aber im Reichstag mit Bezug auf meine Eingaben und Anzeigen an Eure Durchlaucht von bei mir stark vermuteter Unzurechnungsfähigkeit, ja sogar von Unglaubwürdigkeit meiner Person gesprochen. Daß Eure Durchlaucht bei Ihrer stets betonten Wahrheits- und Gerechtigkeitliebe öffentlich, und zwar von einer Stelle aus, von welcher Ihre Wort besondere Bedeutung haben, in der angegebenen Weise über mich sich äußerten, beweist mir, wie wenig Eure Durchlaucht neben vielen anderen Angelegenheiten der Kolonialverwaltung auch meine Sache kennen. Denn sowohl dorthin, als auch noch andere zur selben Zeit von Eurer Durchlaucht und bald darauf auch von Herrn Dernburg im Reichstag über mich gemachte, vorbereitete Angaben entsprechen nicht den allennmäßig feststehenden Tatsachen.

Eure Durchlaucht werden mir zugestehen, daß ich ein Recht habe, gegen eine den Tatsachen widersprechende nachteilige Beurteilung und sogar Verächtlichmachung meiner Person nachdrücklich mich zu verwahren. Ich tue dieses hiermit.

Eure Durchlaucht werden mir auch zugeben, daß ein Mann, welcher Anspruch auf Ehre erhebt, die Ehre seines Mitmenschen nicht unbegründeterweise herabsetzen darf. Ich erwarte deshalb von Eurer Durchlaucht, daß Sie zum Beweise für die vorbereitete, also wohlüberlegte Erklärung im Reichstag, daß meine Unzurechnungsfähigkeit stark angezweifelt werden durfte, und daß ich nicht Anspruch auf volle Glaubwürdigkeit habe, auf meine Bitte hin nicht zögern werden, alsbald öffentlich anzugeben, welche Handlungen meinerseits dazu berechtigten, von bei mir auch nur zu vermuten gewesener Unzurechnungsfähigkeit zu sprechen, und welche Tatsachen vorliegen, auf Grund deren Eure Durchlaucht als Reichskanzler vor aller Welt behaupten konnten, daß ich Anspruch auf Glaubwürdigkeit nicht habe.

Da mein wiederholt an Eure Durchlaucht schriftlich gerichtetes gleiches Ersuchen unberücksichtigt geblieben ist, so habe ich mich genötigt gesehen, nunmehr zunächst in dieser Sache an Eure Durchlaucht öffentlich mich zu wenden.

Berlin, im Januar 1907.

Oskar Soeplau.

SO., Weberstr. 2.

Zwischen Deutschland und Dänemark ist ein Vertrag zustande gekommen, der die Staatsangehörigkeitsverhältnisse der sogenannten dänisch-preussischen Optantenkinder regelt. Durch den Artikel 19 des Wiener Friedens vom 30. Oktober 1864 wurde den Bewohnern der von Dänemark an Preußen und Oesterreich abgetretenen Gebiete freigestellt, sich unter gewissen Bedingungen durch Option die dänische Staatsangehörigkeit zu erhalten. Die Verschiedenheit der Auslegung dieser Bestimmungen durch die preussischen und dänischen Behörden führte zu dem unerwünschten Ergebnis der Entstehung der Kategorie der „staatenlosen“ Optantenkinder, die von Preußen nicht als preussische, von Dänemark nicht als dänische Staatsangehörige anerkannt wurden. Diese mißlichen Verhältnisse werden durch den neuen Vertrag geregelt, der folgende Bestimmungen trifft:

Artikel 1. Die preussische Regierung wird den im preussischen Staatsgebiete wohnhaften staatenlosen Optantenkindern, d. h. den nach der Optionserklärung des Vaters aber vor dem Inkrafttreten des dänischen Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 19. März 1898 außerhalb Dänemarks geborenen Kindern auf ihren Antrag bei dem Vorhandensein der allgemeinen gesetzlichen Voraussetzungen die preussische Staatsangehörigkeit verleihen.

Artikel 2. Durch die Bestimmungen des vorstehenden Artikels wird das Recht eines jeden der vertragsschließenden Teile, Angehörigen des anderen Teiles entweder infolge gerichtlichen Urteils oder aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit des Staates, oder aus Gründen der Armen- und Sittenpolizei den Aufenthalt zu verweigern, nicht berührt. Diese Befugnis besteht für die königliche preussische Regierung auch hinsichtlich der Optantenkinder, welche von dem ihnen im Artikel 1 gewährten Rechte, preussische Staatsangehörige zu werden, keinen Gebrauch gemacht haben oder deren Anträge mangels der gesetzlichen Voraussetzungen abgelehnt werden mußten. Diesen Optantenkindern wird die dänische Regierung den Aufenthalt in Dänemark, insoweit nicht andere Gründe des dänischen Rechts dafür vorliegen, nicht verschränken.

Artikel 3. Die beiden Regierungen sind darüber einverstanden, daß unter Optantenkindern im Sinne der Artikel 1 und 2 dieses Vertrages nicht bloß Nachkommen im ersten Grade, sondern auch deren Nachkommen zu verstehen sind.

#### Ausland.

##### Ungarn.

##### Verweisung.

Der Fall Polonhi wühlt das Innere der ungarischen Politik auf, und immer neue Schmutzgewellen wälzen sich über die Herren des Landes hin. Heute kann festgestellt werden, daß Polonhi der Koalition den Weg zur Regierung ebnete. Der alte Agent für Furenhäuser benutzte dazu die Hilfe einer Baronin Wallerstein, die sehr nahe „Beziehungen“ zum Adjutanten des Kaisers, dem Grafen Paar hatte. Für ihre Dienste am Hofe sollte diese Frau 50 000 Kronen erhalten. Herr Polonhi aber unter schlug diese ihm von der Koalition anvertraute Summe, was denn auch zur Verlesung seiner an Baronin Wallerstein gerichteten Briefe führte. In einem dieser Briefe schreibt Polonhi unter anderem:

„Es wäre großartig zu erfahren, wie Tisza bei Sr. Majestät aufgenommen wurde und was ihm Sr. Majestät sagte. Wie ist die Stimmung bei Hof; ist Neigung vorhanden, daß der König auch Kossuth anhören soll?“

Wenn das geschieht, wird Sr. Majestät so populär, wie ein König es nie gewesen ist. . . .

Ihr Sie verehrender Geza Polonhi.“

Den Bürgermeister Palmos bezog Polonhi zur Rücknahme seiner gravierenden Anschuldigungen dadurch, daß er ihm kraft seiner Macht als Justizminister die Internierung in die Isolierzelle eines Irrenhauses androhte! Den Vermittler dieser Drohung machte der Hausarzt des Palmos, ein gewisser Dr. Wein. Es ist nun bezeichnend, daß dieser Dr. Wein ein nahter Verwandter des Präsidenten des ungarischen Freibureaus im Ministerpräsidentium, des Herrn Abranyi ist, daß also die Spuren der Vertuschungs- und Erpressungsversuche bis in das Haus des Ministerpräsidenten Welerle führen. Herr Abranyi selbst ist einer der Korruptionshelden der ungarischen Politik, ein Mann, dem die gemeinsten Revolverstücken ins Gesicht hinein nachgeschossen wurden, ohne daß er auch nur ein Wort zur Widerlegung gefunden hätte! Herr Welerle aber und Herr Kossuth, der Polonhi noch vor drei Tagen durch ein Vertrauensvotum der Unabhängigkeitspartei erstente, sind nicht nur durch persönliche Sympathien, sondern durch ihre politische Existenz mit dem Schicksal Polonhis verbunden.

Der Fall wird in der bürgerlichen Presse auf die Person Polonhis zugespitzt, und doch ist dieser Fall nur ein Symptom der allgemeinen Verwesung eines ganzen Systems. In Ungarn gab es keinen einzigen Zeitungleser, der nicht schon lange vor dem Regierungsantritt Polonhis über dessen Vergangenheit im Klaren war! Seine Vergangenheit ist seit Jahren offenkundig, ja sogar gerichtsnotorisch! Trotzdem wurde er der unentbehrliche Ministerkollege der Grafen Androssy, Apponyi, Tisza, der Herren Welerle, Daranyi, Kossuth. Er wurde gebraucht, um skrupellos das Korruptionssystem der verflochten liberalen Partei für die Emporkömmlinge der Koalition von neuem zu inaugrieren, er war berufen, die vollkommene Ausbeutungspolitik gegen den Ansturm der Massen zu verteidigen. Er tat dies in steter Verungung auf die „Heiligkeit der Familie und des Privateigentums“, er tat es durch eine ungeheure Verleumdung der Gerichte und der Verwaltung, durch Anklündigung von Ausnahmemaßnahmen gegen die Sozialdemokratie. Er stand und fällt als würdiger Anwalt der herrschenden Klasse Ungarns. —

#### Frankreich.

##### Gewerblicher Unterricht in der Kaserne.

Aus Paris wird uns geschrieben: Es wird immer deutlicher, daß die französische Demokratie an einem Wendepunkte angelangt ist: Daß sie gezwungen wird, mit den in diesem Lande besonders eingewurzelteten Traditionen des wirtschaftlichen Liberalismus zu brechen und sich einer tieferen Erfassung der sozialen Probleme, einer alle Gebiete der gesellschaftlichen Kultur umfassenden Reformarbeit zu widmen. Daß der entscheidende Faktor hierbei der Sozialismus ist, der teils — durch die Ausbreitung seiner Ideen — als unmittelbare Triebkraft, teils mittelbar wirksam wird durch die Angst der herrschenden Klassen, durch ihr Streben, ihm den Wind aus den Segeln zu nehmen, daß ist unbestreitbar.

Wir haben schon Gelegenheit gefunden, auf die interessante Erscheinung hinzuweisen, daß in diesem Umwandlungsprozesse die Armee nicht immer als heimgewandtes Element wirkt. In den aufgeweckten Kreisen des Offizierskorps, soweit dieses aus dem Vollen hervorgegangen ist (und dank den Androschen Reformen und nicht minder dank der Fronde der reaktionären „Gesellschaft“ wird das in immer steigendem Maße der Fall), wird mitunter eine Selbständigkeit und ein Mut der Bestimmung sichtbar, der dem in heimlichen Profitinteressen befangenen Kleinbürgerertum völlig abgeht. So ist der Gedanke, daß der Heeresdienst in einer Demokratie nicht ein bloßer soldatischer Drill bleiben dürfe, sondern in der Erziehung zum Bürger aufgehen müsse, schon so manchem Offizier vertraut geworden. Die Demokratie bedarf ja nicht nur wechselfähiger Schärer für die Zeit der Bedrängnis, sondern vor allem der tüchtigsten und pflichtbewußtesten Arbeiter. Gerade die bis an die äußerste Grenze des Möglichen ausgeübte allgemeine Wehrpflicht

führt dazu, einen Zustand schließlich unerträglich erscheinen zu lassen, bei dem die Jugendkraft der Nation brach liegt, ja sogar zu einem nutzlosen Zehrer am Arbeitsprodukte des Volkes wird.

Diese Anschauungen haben die Offiziere des 26. Jägerbataillons, das in der Pariser Vorstadt Vincennes liegt, dazu geführt, gemeinsam mit dem städtischen Arbeitsinspektor Herrn Rocheron und unterstützt von den Soldaten selbst sowie von einflussreichen Bürgern und Arbeitern, den Plan einer beruflichen Erziehung in der Kaserne auszuarbeiten! Der Kriegsminister hat dem Entwurf bereits seine Genehmigung erteilt.

Das Arbeitsprogramm dieser neuartigen Organisation enthält folgende Punkte: Einen allgemeinen geschichtlichen und geographischen Unterricht, der die Entwicklung der Weltanschauungen bis zum Ideal der Wissenschaft und der Arbeit als ihrer Anwendung darstellt. Weitere Vorträge behandeln die militärischen Fragen, wobei besonders der Unterschied zwischen einer auf dem Kasernenwesen beruhenden und einer demokratischen Armee gezeugt werden soll. Für den eigentlichen Berufsunterricht sind die Soldaten in drei Klassen eingeteilt: Für die Zweige Ackerbau, Industrie und Handel. Beim Ackerbau wird besonderes Gewicht auf die Anwendung der Wissenschaft gelegt. Die jungen Soldaten werden angewiesen, die Kultur dem Boden und dem Klima anzupassen, die Technologie und die Hygiene zu Kate zu ziehen. Auch werden ihnen die Vorteile des genossenschaftlichen Prinzips erläutert! Beim industriellen Unterricht werden gleichfalls die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Produktion aufgezeigt. Ein eigenes Kapitel ist dem Arbeiterschutz gewidmet, und es wird auf die allmähliche Verdrängung des Individualismus durch das Kollektive hingewiesen! Nach denselben Prinzipien wird der Handelsunterricht erteilt, zu dem auch eine Unterweisung im Handelsrecht tritt.

In allen Kompagnien des Bataillons wird ferner Elementarunterricht im Zeichnen erteilt werden, im ersten Jahre die für alle Berufe gleich notwendigen praktischen Kenntnisse vermittelt. Im zweiten Jahre erhalten die Soldaten den ihrem Verufe entsprechenden Fachunterricht im Zeichnen, der neben den ästhetisch-dekorativen Fähigkeiten besonders die konstruktiven ausbilden soll.

Zur Ergänzung und Befestigung des Unterrichts gehört die Beschäftigung von Einrichtungen, die das Gelernte den Schülern anschaulich vorführen, wie die Gemütskulturen der Pariser Umgebung, der städtische Versuchsgarten, die Anstalten für Obst- und Blumenzucht, die Industriewerke, die gewerblichen Museen, die Lagerhäuser ufm.

Wohlgemerkt, es sind keine Sozialisten, die das Unterrichtsprogramm ins Werk gesetzt haben. Das geht schon aus den Details für den sozialpolitischen Unterricht hervor. Aber der Versuch selbst bedeutet schon einen klugen Bruch mit der militärischen Anschauung und einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts in der Pädagogik, einen originellen Ansat zu einer Theorie und Praxis vereinigenen Erziehung, die ihre Verwirklichung in der sozialistischen Gesellschaft zu finden bestimmt ist, wo das soziale Ideal der Arbeit den Menschen ins Herz gepflanzt wird.

#### Eingegangene Druckschriften.

Berlin und seine Arbeiter in englischer Beleuchtung. Von Best, Davis und Berk aus Birmingham. Deutsch herausgegeben von Dr. Waldemar Zimmermann. Verlag Dr. Webelind u. Co., G. m. b. H., Berlin SW. 19. Preis 1 M.

#### Letzte Nachrichten und Depeschen.

##### Verkehrsstörung.

Breslau, 23. Januar. (B. L. W.) Die königliche Eisenbahndirektion gibt bekannt: Wegen verweigerter Frachtübernahme durch die Kaschau-Oberberger Bahn sind Frachtwägen und Wagenladungen nach Stationen der Kaschau-Oberberger Bahn und in Durchgang durch diese Bahn nicht anzunehmen, rollende Wagenladungen und Frachten sind anzuhalten und den Versendern zur Verfügung zu stellen.

##### Vom Schnellzug überfahren.

Donaubrück, 23. Januar. (B. L. W.) Der Bremer Schnellzug überfuhr bei der Station Welm mehrere Arbeiter. Zwei von ihnen wurden getötet, einer schwer verletzt.

##### Das kann gut werden.

Budapest, 23. Januar. (B. L. W.) Infolge eines Beschlusses, der im heutigen Ministerrat gefaßt wurde, wird Justizminister Polonhi einen Prozeß wegen Verleumdung gegen seine Angreifer anstrengen.

##### Die Wirkungen der Kälte.

Trief, 23. Januar. (B. L. W.) Bei heftiger Wora herrschten hier heute früh 12,3 Grad Kälte, was seit 1850 nicht beobachtet worden ist. Alle Arbeit ruht, die Schulen und die Theater sind geschlossen. Zahlreiche Unfälle werden gemeldet.

##### Erfrorener Wachtposten.

Lemberg, 23. Januar. (B. L. W.) Hier ist der Frost wieder in Zunahme. Gestern Abend ist, wie die Blätter melden, ein Wachtposten, welcher bei einem außerhalb der Stadt belegenen Magazin aufgestellt war, erfroren. Die Rettungsgesellschaft hat innerhalb 48 Stunden in 400 Fällen interveniert.

##### Wahrung der „nationalen Ehre“.

Lemberg, 23. Januar. (B. L. W.) Vor mehreren Tagen weigerten sich die ruthenischen Studenten, bei der Zulassung an der hiesigen Universität, das Gelübnis in polnischer Sprache zu leisten. Heute mittag drangen etwa 200 ruthenische Studenten mit Stöcken und Knütteln bewaffnet in die Aula der Universität, wo gerade eine Promotion stattfinden sollte, zerstörten ringsum alle Einrichtungen, die Porträts der Rektoren und die Gastbuchhalter und schrien in den Redenlokalitäten, in dem Universitätsbureau, den Behörden und Korridoren ihre Forderungswort fort, zertrümmerten die Fensterscheiben und schickten im Treppenhause aus den Hörsälen herbeigeschleppte Wäntle auf. Der Universitätssekretär erhielt durch Stöße mehrere schwere Verletzungen am Kopf. Die Erregenden weigerten sich, ihre Unrechtslegitimationen abzugeben. Als Polizeibeamte am Eingangstor die Sädelstörer verhaften wollten, erklärten sich 100 Studenten bereit, sich auf das Polizeigebiet zu begeben, wo sie einem Verhör unterworfen wurden.

##### Schneewetter in Italien.

Rom, 23. Januar. (B. L. W.) In ganz Mittelitalien herrscht seit 48 Stunden dichter Schneefall. Der Verkehr ist unterbrochen. Viele Gebirgsgemeinden sind vom Verkehr völlig abgeschnitten. Ein derartiger Schneefall war seit vierzehn Jahren in Italien nicht mehr zu verzeichnen.

##### Unwetter und Erdbeben.

Batum, 23. Januar. (B. L. W.) Gute früh um 4 Uhr wurden hier mehrere leichte Erdstöße verspürt. Auf dem Meere wüthete ein heftiger Sturm; der See kurzgeil ist nahe der Vereinigung mit dem Meere aus den Ufern getreten. Durch die dadurch verursachte Ueberschwemmung ist erheblicher Schaden angerichtet worden, namentlich auch an den im Freien lagernden Waren.

Konstantinopel, 23. Januar. (B. L. W.) Hier herrschte heute eine Kälte von 10 Grad bei andauerndem Schneesturm. Der Lokalverkehr stockt gänzlich.



Kommt nicht nur den Einstandswert, sondern 50 bis 100 Proz. mehr zurück. Er heimt nochmals einen Niesenprofit ein.

Doch auch ohne die Erfassung des gesamten Rekrutwertes illustriert die vorstehende Tabelle schon in genügend ausreichender Weise die auf der Arbeit lastende Tributpflicht.

Wie zu 580 M. pro Jahr muß der einzelne Arbeiter an Reingewinn für das Unternehmertum erarbeiten. Manche Arbeiterfamilie hat einen solchen Betrag bei weitem nicht für die Ernährung zur Verfügung. Um noch ein Beispiel anzuführen: Die junge Frau von Bohlen-Halbach, deren ganzes Verdienst darin besteht, die Tochter ihres Vaters, des verstorbenen Kanonenkönigs Krupp, zu sein, die selbst für die berühmte Fabrik ganz bedeutungslos ist, auf die technische oder kaufmännische Leitung nicht den geringsten Einfluß ausübt, erzielte im letzten Jahre aus der Arbeit ihrer Lohnslaven einen Reingewinn von rund 20 000 000 Mark. Nach der preussischen Einkommensteuerstatistik hatten 65 Prozent der Rentiten ein Einkommen von unter 300 M. Legen wir aber ruhig ein Durchschnittseinkommen von 1000 M. zugrunde, dann ergibt sich folgendes: Frau v. Bohlen-Halbach hat allein ein Einkommen, mit dem 20 000 Familien oder, rechnet man die Familie zu 5 Personen, 100 000 Menschen leben müssen. Und die 20 000 Familienhäupter müssen dafür Tag für Tag, von morgens früh bis abends spät schaffen — und Frau von Bohlen-Halbach leistet nichts für die Gesellschaft.

### Für wahr eine göttliche Ordnung!

Und in dieser Ordnung können diejenigen Leute, die „schwer“ genug sind, neben ihren Dividenden auch sonst noch erhebliche Summen einstecken. Der Aktionär als Direktor läßt sich natürlich für sich besolden. Und die Herrschaften verstehen es ausgezeichnet, als Aufsichtsräte sich recht kräftig die Hände zu vergolden. Was die Hauptaktionäre so nebenbei, gewissermaßen als Taschengeld an Lantien mitnehmen, zeigt folgende Aufstellung.

Gesellschaft	Aufsichtsräte	Summe der Lantien	Lantien pro Aufsichtsrat
Gelsenkirchener Bergwerk	25	254 210	10 170
Harpener Bergwerk	10	322 958	32 295
Silbernia	14	380 770	27 212
Alkaliwerke Westeregeln	6	277 904	46 317
Vereinigte Kohlen- u. Laurahütte	11	340 298	30 936
Allgem. Elektricitäts-Gesellschaft	21	311 500	14 833
Karlsruher Pöschel	9	1 872 291	208 032
Badische Anilin- und Sodafabrik	9	1 278 510	142 056

Noch respektablere Summen werfen in allgemeinen die Banken an Lantien ab. Für das letzte Jahr wurden zum Beispiel an Lantien und Gratifikationen abgehoben:

Frankfurter Bank 184 198 M., Frankfurter Hypothekbank 298 620 M., Frankfurter Kreditverein 153 251 M., Deutsche Vereinsbank Frankfurt 135 409 M., Bank für Handel u. Industrie 431 200 M., Diskonto-Gesellschaft 447 368 M., Deutsche Bank 2 880 647 M., Dresdner Bank 4 745 897 M., Berliner Handelsgesellschaft 1 580 986 M., Nationalbank für Deutschland 1 419 819 M., Mitteldeutsche Kreditbank 384 188 M., Schaaffhausener Bankverein 2 069 734 M., Kommerz- u. Diskontobank 627 928 M., Rheinische Kreditbank 672 004 M.

Im Durchschnitt entfällt auf jeden der 24 Aufsichtsräte der Dresdner Bank die Kleinigkeit von annähernd 150 000 M., beim Schaaffhausener Bankverein ergibt sich eine Durchschnittslantie von 68 991 M. Und es sind dieselben Leute, die in einer ganzen Reihe von Gesellschaften die lukrativen Pöschchen einnehmen, aus 10, 20, ja 30 Gesellschaften heimfen sie die Lantien ein.

Diese Zustände dauernd zu erhalten, sind alle bürgerlichen Parteien bestrebt; als ihre Hauptaufgabe betrachten sie die Konserbierung der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise. Die Sozialdemokratie aber will den Kapitalprofit aus der Produktion vollständig ausschalten.

Wer für Erhaltung der bestehenden Verhältnisse ist, wer es als gerecht und vernünftig betrachtet, daß einzelnen Menschen Millionen mühelos zufallen, während Hunderttausende trotz schwerer Arbeit kaum das Notwendigste zur Erhaltung des Lebens haben, der wählt am 25. Januar einen bürgerlichen Kandidaten. Wer aber die Dual des Volkes lindern will, wer wahrhaft vernünftige, das Wohl der Gesamtheit sichernde Verhältnisse erstrebt, der stimmt für den Kandidaten der Sozialdemokratie.

## Die Wahlbewegung in Schleswig-Holstein.

In Schleswig-Holstein hat sich der „nationale“ Wismarsch vor den Hauptwahlen allein im Kieler Kreise endgültig konstituiert. Am Liberalismus hat es aber wahrlich nicht gelegen, daß nicht auch in den meisten anderen Kreisen der Provinz schon vor dem 25. Januar das Kartell der geeinigten Reaktion zustande kam. Auf der Provinzialkonferenz, mit der die freimüthigen ihre Wahlbewegung einleiteten, standen der Reihe nach die Vertrauensleute der einzelnen Wahlkreise auf und führten bittere Klagen, daß ihre brünnigen Verbündungen von den rechtsstehenden Parteien fast überall schändliche Zurückweisungen worden. Immerhin wurde von vornherein die Parole ausgegeben und bis jetzt auch peinlich befolgt, den Wahlkampf gegen die bürgerlichen Konkurrenten so zu führen, daß bei der Stichwahl sich die ganze „nationale“ Kohorte ohne Reibung zum Block wider den verhassten sozialdemokratischen Feind sofort zusammenschließen könne.

Im 7. Kreise (Kiel-Rauener) haben sich dagegen schon unmittelbar nach der Reichstagsauflösung und bevor der liberale Kandidat überhaupt nominiert war, die Nationalliberalen, die Konservativen und sogar der Bund der Landwirte bereit erklärt, zugunsten des Liberalismus auf eigene Kandidaturen zu verzichten, obwohl bei der letzten Wahl der konservativen Nationalliberalen Kandidat nahezu ebensoviele Stimmen aufgebracht hatte, wie der Liberale. Vergessen ist alles, was vor dem ominösen 18. Dezember tagtäglich die Spalten des offiziellen Freimüthigenorgans, der „Kieler Zeitung“, füllte, der Kampf gegen den Fleischwucher, die Opposition wider die herrschende Reaktion der Junker und wider das Regiment Studt — alles ist erloschen in dem Geheul wider den roten Erbschind. Einen liberalen Mann zu finden, der seinen edeligen Namen für diese Politik des Volksverrates hergab, hielt nach eigenem Bekenntnis der liberalen Führer äußerst schwer. Schließlich mußte man sich mit einem gänzlich unbekanntem politischen Waffenschnaden begnügen, dem Direktor einer Schiffahrts-Aktiengesellschaft, Namens Steller, der seine Kandidatenrede heute wie vor drei Wochen immer noch vom Manuskript abliest. Damit der Unglücksfall nicht in die Lage kommt, in der Debatte seine absolute Unfähigkeit als Redner und Volkstiler zu offenbaren, werden auf dem Landgebiet, wo der Arbeiterschaft alle Versammlungsorte verschlossen sind, Sozialdemokraten in die liberalen Wählerversammlungen überhaupt nicht hineingelassen. Im Stadtbezirk dagegen, wo der Kandidat stets von Rednern seiner Partei begleitet ist und man gern auch einmal eine Volksversammlung unter liberaler Flagge zustande bringen möchte, lehren es unsere Parteigenossen, mit Berufung auf die ländlichen Gepflogenheiten der Liberalen, ab die bürgerlichen Versammlungen zu füllen.

Trotzdem unsere Partei im Jahre 1903 7000 Stimmen mehr als sämtliche Gegner aufbrachte, wird von unseren Genossen mit einem Eifer und einer Hingebung gearbeitet, wie vielleicht bei keinem früheren Wahlkampf. Allmählich gibt das sozialdemokratische Kreiswahlkomitee eine Wahlzählung heraus, die trotz der unangenehmen Witterung Sonntag für Sonntag auf dem ganzen, unangereichen Landgebiet verbreitet wird. In den Städten werden Flugblätter in der üblichen Form verbreitet. Die sozialdemokratischen Wählerversammlungen in den Städten des Kreises müssen fast durchweg polizeilich abgesperrt werden. Eine Massendemonstration grüßten Stills war zumal die Versammlung, in der am Freitag Genossin Rosa Luxemburg vor den Gaardener Werftarbeitern sprach. Aber auch die Versammlungen mit einheimischen Rednern und besonders mit dem langjährigen Kandidaten des Kreises, Genossen Legien, weisen regelmäßig Besucherzahlen auf, wie sie hierzulande überhaupt erst einmal, und zwar am 21. Januar vorigen Jahres, erreicht worden sind. Das bürgerliche Kartell arbeitet mit dem ganzen Apparat der Behörden und hat besonders auf den Schiffswerften mittels der auf Howaldtswerken erfundenen neuen Streikbrecher-Organisation (genannt Penstonsliste) ein unerhörtes Spionagesystem eingerichtet. Wird ihm aber nichts nützen.

Was die anderen Wahlkreise der Provinz anlangt, so ist der Kampfeifer unserer Genossen auf der ganzen Linie einfach prächtig. Nach Altona und Kiel ist der aussichtsreichste Kreis für uns der 6. (Eimsbürgen-Plönneberg); er wurde bei der Hauptwahl 1903 mit circa 8800 Stimmen Majorität von unserer Partei behauptet. Dieses Mal stehen dem Genossen v. Elm ein freimüthiger und ein nationalliberal-konservativer Mitbewerber gegenüber. Im 2. Kreise (Flensburg-Åpenrade), der 1903 zum erstenmal in der Stichwahl erobert wurde, hat der sozialdemokratische Kandidat, Genosse P. Michelsen, das Mandat gegen nicht weniger als vier Gegner, einen nationalliberal-händlerischen, einen antisemitischen, einen freimüthigen und einen dänischen Flehhaber, zu verteidigen. Ausrichtsdoll ist auch der 5. Kreis (Dithmarschen) und der 8. Kreis (Schleswig). Die Differenz zwischen Sozialdemokratie und sämtlichen bürgerlichen Parteien betrug in Dithmarschen bei der letzten Hauptwahl 4000, bei der Stichwahl knapp 3000 Stimmen, unsere Stimmengahl 11 000 bzw. 12 500, während der nächststehende bürgerliche Kandidat, der in der Stichwahl „stegte“, es bei der Hauptwahl noch nicht einmal auf 8000 Stimmen gebracht hatte. Diese Erfolge in dem überwiegend ländlichen Kreise — dem „freien“ Dithmarschen — machen der Agitation unserer Genossen alle Ehre und werden hoffentlich am 25. Januar noch übertriften. Auch im dritten Kreise (Schleswig) haben wir bereits zwei Stichwahlen hinter uns; bei der letzten betrug die Differenz nur noch 1600 Stimmen. Im 9. Kreise (Dithmarschen) haben wir Aussicht, zum erstenmal in Stichwahl zu kommen, anderenfalls werden unsere Stimmen den Ausschlag geben zwischen dem freimüthigen Kandidaten und dem Erfinder der Postkartenvertenerung, dem Reaktor Vohlschlag. Auch im 4. Kreise (Husum) bildet unsere Stimmengahl das Jünglein an der Wage für den freimüthigen und den nationalliberal-händlerischen Kandidaten. Im nördlichsten Kreise endlich (Hadersleben-Sonderburg) wird das Mandat im fast unbestrittenen Besitze der Dänen bleiben.

Interessant wird es sein, wie sich die Dänen bei einer eventuellen Stichwahl im Flensburger Kreise verhalten werden, wo ein Teil von ihnen 1903 noch für den Sozialdemokraten stimmte. Die Sozialdemokratie ist zwar die einzige Partei, die die Nationalitätsrechte der Dänen gegen den Adlerskurs rückhaltlos verteidigt, während alle bürgerlichen Parteien, einschließlich der Liberalen, die Hege der Germanisatoren mitmachen, in dessen hat der einzige dänische Reichstags-Abgeordnete, Herr Hansen, unbegreiflicherweise am 13. Dezember für den Ostentottenschwindel gestimmt, also für dieselbe Politik, deren Opfer auf deutschem Boden seine Partei ist. Sogar die engeren Parteigenossen Hansens verstehen diese Stellungnahme ihres Führers nicht, und es wird sich nun wahrscheinlich bald in Flensburg herausstellen, ob Hansens Abstimmung eine einmalige Entgleisung oder den Beginn einer tatsächlichen Schwelung in der dänischen Oppositionspolitik in Nordschleswig bedeutet.

Im 8. Wahlkreise (Altona-Stormarn) ist der bürgerliche Wismarsch in die Brüche gegangen. In dem liberalen Rechtsanwalts Löwenthal glaubten die bürgerlichen Parteien einen gemeinsamen Sammellandkandidaten gefunden zu haben. Als aber die Agrarier des Kreises in Erfahrung brachten, daß Löwenthal Jude und auf wirtschaftspolitischen Gebieten Freihändler ist, sagten sie ihn ab und stellten Liebermann von Sonnenberg als Kandidaten auf. Inzwischen haben die unentwegten „Nationalen“, soweit sie dem Verein zur Wahrung der wirtschaftlichen Volksinteressen gegen die Vorforderungen der Sozialdemokratie angehören, ein dunkles Blatt im Vorleben des Herrn Löwenthal „entdeckt“, indem dieser seinerzeit mit den Sozialisten gegen die Wahl des Oberschornmachers Rend zum preussischen Landtagspartiiert haben soll (Annahme sozialdemokratischer Stichwahlhilfe gegen Rend). Dieses „Verbrechen“ beantworteten die „Nationalen“ mit der Aufstellung des rassenreinen Kolonialdirektors Dernburg zum Reichstagskandidaten. Herr D. hat zwar abgewinkt, aber erfolglos. Kürzlich fand in Wandsbeck eine Versammlung der „nationalen“ Parteien statt, in der sich die Dernburgianer und Löwenthaler gegenseitig mit Invektiven regalierten. Zutunbrannt liefen sie schließlich auseinander.

Im 10. Wahlkreise (Kreis Herzogtum Lauenburg) arbeiten die Antisemiten, die in Hamburg total abgewirtschaftet haben, mit allen Mitteln der Verleumdung, um ihr Ziel, mit unserem Genossen Lesche in die Stichwahl zu kommen, zu erreichen. Selbst die Gebeine Bismarcks werden nicht in Ruhe gelassen. „Fortan muß die rote Flagge weichen, weil hier Bismarcks Gebeine bleichen“, steht in den „nationalen“ Katakomben. Wie wir schon mitteilten, hat sich ein „Komitee für nationale Wahlen“ gebildet, das in „vornehmer Weise“ den Wahlkampf zu führen bittet, damit in der Stichwahl alle bürgerlichen Stimmen entweder auf Müller (Ant.) oder Dr. Pechner (liberal) fallen. Das hindert aber die vornehmen antisemitischen Bundesbrüder nicht, den „Judenstamm“ Dr. Pechner mit den ärgsten Invektiven zu überschütten. Trotzdem hat der liberale Verein die Parole ausgegeben, eventuell für Müller zu stimmen! In allen sozialdemokratischen Versammlungen, die durchschnittlich doppelt so stark besucht sind, als 1903, herrscht ein froher Kampfesmut und eine große Begeisterung.

## Die russische Revolution.

### Das verdrachte Russland.

Die heutigen Blätter bestätigen nicht nur das Gerücht von einer neuen Anlehnungsbombardierung, sondern sie bringen auch weitere Einzelheiten, die zeigen, daß die Regierung tatsächlich mit einer Verpfändung der Eisenbahnen beginnt! An der Moskauer Wüste hat man mit Bestimmtheit erfahren, daß ein Konsortium französischer und deutscher Banken bereit ist, gegen Verpfändung bzw. „Verpachtung“ von Eisenbahnen der Regierung 800 Millionen Rubel vorzuschließen. Man ist nur noch darüber nicht einig, welche Bahnen verpfändet werden sollen. Das Konsortium will die Zeltnerinische Bahn, weil es mit dieser gleichzeitig auch die Kohlenwerke des Donezbeckens in seine Hände bekommt. Die Regierung will entweder die Petersburg-Borschaner oder die Moskau-Bindau-Rybinsk-Bahn abtreten. Wie die Blätter weiter mitteilen, geht der Finanzminister Kozloffow in dieser Angelegenheit nach Paris.

### Das Jahr 1906.

Die Neujaarsausgaben der russischen Zeitungen konnten in ihren dem verflohenen Jahre gewidmeten Ausgaben nicht umhin, der Opfer der russischen Revolution zu gedenken. Die Zeitung „Perelom“, welche einige offizielle Angaben zur Hand hatte, gibt die Zahl der Opfer der revolutionären Bewegung in Russland in den letzten zwei

Jahren auf 26 000 Tote und 81 000 Verwundete an, ohne diejenigen zu rechnen, die durch die „Pazifizierungsarbeit“ der Strafexpeditionen umgekommen sind. Der größte Teil dieser 57 000 Mann starken Armee entfällt auf das Jahr 1906. Die Zahl derer, die dem revolutionären und dem Regierungsterror im Jahre 1906 zum Opfer gefallen sind, beläuft sich auf 1100 Tote und 1640 Verwundete, worin die durch Urteil der „Gerichte“ Erschossenen und Gehängten nicht mit eingerechnet sind! Durch den revolutionären Terror wurden 75 Generäle, Generalgouverneure und Stadthauptleute betroffen (diese Zahl bezieht sich auf Tote und Verwundete; die mißglückten Attentate sind nicht gerechnet); aus den Reihen der Polizei und des Militärs wurden 410 Personen getötet und 453 verwundet. Außerdem gab es über 90 mißglückte Attentate. — Die Zahl der durch Urteilspruch der Kriegs- und besonders der Feldkriegsgerichte Getöteten beträgt etwa 1010 Personen, ohne die etwa 700 in den Ostseeprovinzen Erschossenen zu rechnen.

Von all den 1010 Todesstrafen entfallen 858 auf die Zeit nach der Dumaauflösung! Dergleichen übertrifft das Ende des Jahres die erste Hälfte desselben in bezug auf die terroristischen Akte.

Außer diesen Opfern der Revolution im letzten Jahre seien noch die Verhafteten und Verhafteten erwähnt: Die Zahl der administrativ Verhafteten beläuft sich noch mehr oder minder offiziellen Angaben auf 85 000 Personen. Ueber die Zahl der Verhafteten mangelt es an genauen Ziffern. Anfang des Jahres, im April, nannten die Zeitungen die allgemeine Zahl 72 000! Nach den weiteren Meldungen zu schließen, haben sich die Verhaftungen nach der Auflösung der Duma noch vermehrt. Es genügt, wenn man darauf hinweist, daß allein in der Borschaner Zitabelle (ohne die Gefangnisse zu rechnen) im Monat Juli 8895 Personen interniert waren. — Wenn man die allgemeine Zahl der im verflohenen Jahre Verhafteten auf 150 000 einschätzt, so ist das sicher keine Uebertreibung. Nimmt man die 40 000 Toten und Verwundeten und die 35 000 Verhafteten dazu, so erhalten wir die respektable Ziffer 225 000! Es fragt sich nun:

Wie groß muß ein Volk sein, dessen „Leiter“ es sich erlauben dürfen, binnen so kurzer Zeit 225 000 ihrer „Untertanen“ aus dem Volkskörper auszuschneiden? —

### „Formale Defekte.“

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 23. Januar.

Wie ich erfahre, findet heute in Terjoki die erste Zeugenernehmung in dem wieder aufgenommenen Prozeß wegen der Ermordung Herzogins statt.

Obgleich die Verdachtsmomente gegen die Mörder Herzogins bereits erdrückend sind, wurden Verhaftungen gleichwohl abgelehnt. Die finnländischen Behörden, die Verhaftung verlangten, legten ihre Forderung in Petersburg bisher nicht durch, da die Anträge „formale Defekte“ enthalten sollen.

Wenn's nach den „formalen Defekten“ ginge, dann müßte die russische Regierung längst mit Stumpf und Stiel — abgelehnt sein.

## Aus der Partei.

### Die Zeugnisfalter in Halle.

Zu der schon telegraphisch gemeldeten Befragung des Genossen Mollenbuhr wegen Zeugnisverweigerung wird uns noch geschrieben:

Rechtsanwalt Suchsland fühlte sich beleidigt durch zwei im „Volksblatt“ Halle unter den Spitznamen: „Der irrende Rechtsanwalts“ und „Die mißglückte Kriminalrechnung“ veröffentlichten Artikel. Er klagte aber nicht gegen den verantwortlichen Redakteur Genossen Mollenbuhr, sondern gegen den Genossen Redakteur Thiele, den er als Verfasser ansieht. Genosse Thiele lehnte aber die Verantwortung mit dem Hinweis ab, er sei prethegesehlich nicht verantwortlich. In einem früheren Prozeß gegen den Richterstatter Ebeling habe erst das Schöffengericht, dann die Strafkammer und schließlich das Oberlandesgericht anerkannt, daß nur der Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen sei. Ebeling als vermutlicher Täter sei freigesprochen und die Verteidigung des damals verantwortlichen Redakteurs Däumig sei in allen Instanzen abgelehnt worden. Dieses Vorgehen entsprach dem Freigeßgesetz. Das Schöffengericht hat entgegen dem früheren Standpunkt Mollenbuhrs Verteidigung beschlossen. Genosse Mollenbuhr, der es schon in einer früheren Verhandlung abgelehnt hatte, sich darüber zu äußern, ob Thiele die Artikel verfaßt habe, wurde damals mit 75 M. Geldstrafe bestraft. Als er nun jetzt wiederum auf Grund des § 56 des Strafprozeßordnung — er kommt als Teilnehmer in Frage — das Zeugnis verweigerte, wurde gegen ihn eine Strafe von 150 Mark festgesetzt. Dann wurde die Verhandlung behufs weiterer Maßnahmen vertagt.

Ob die Hallenser Richter noch zur Verhängung der Zeugniszwangshaft schreiten werden? Das würde der deutschen Wählerschaft noch knapp vor dem Wahltermin wieder einmal die Notwendigkeit der Abschaffung der Zeugnisfalter demonstrieren. Es ist höchste Zeit, daß der Justiz das Recht genommen wird, den Versuch zu machen, jemand durch Zeugniszwangskraft zu einer Handlung zu zwingen, die von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes als eine Unehrenhaftigkeit beurteilt werden müßte.

Strasfanten der Presse. Der Genosse Redakteur Fröhlich vom Halle'schen „Volksblatt“ stand am Dienstag vor dem Schöffengericht, um sich wegen Vergehens gegen das famose Einführungsgeßetz zur Militärgerichtsordnung vom Dezember 1898 zu verantworten. Im November v. J. hatte vor dem Oberkriegsgericht in Wittenberg eine Verhandlung gegen den Sergeanten Becker vom Infanterie-Regiment Graf Tauentzien stattgefunden, bei der wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen und wegen Sittengefährdung die Öffentlichkeit ausgeschlossen worden war. Da hierüber trotzdem einzelne Details in dem „Volksblatt“ erschienen waren, die man gern im geheimen Militärbusen bewahrt hätte, beantragte der Staatsanwalt gegen Fröhlich eine Geldstrafe von 300 Mark. Das Gericht erkannte auf 150 Mark Geldstrafe.

### Der 7. Jahreskongreß der britischen Arbeiterpartei.

London, 21. Januar. (Fig. Ver.)

Am 24. Januar tritt die britische Arbeiterpartei zu ihrem 7. Jahreskongreß in Belfast (Irland) zusammen. Der Jahresbericht des Parteivorstandes gibt eine Uebersicht über den numerischen Fortschritt der Partei, sowie über die Wahlerfolge und die Siege im Parlament. Zu Anfang des Jahres 1906 zählte die Partei 921 280 getrennt organisierte Arbeiter und Sozialisten; jetzt 997 065. Die Zahl der Gewerkschaften, die der Partei angehören, beträgt jetzt 175; die der Gewerkschaftskartelle (Trade Councils) 13. Ebenso sind ihr im Laufe des Berichtsjahres zwei Arbeitergenossenschaften beigetreten. An Parlamentsvertretern zählt sie jetzt 30, da ein früherer liberaler Arbeiterabgeordneter, der Vergarbeiterführer Taylor, sich der selbständigen Arbeitergruppe angeschlossen hat. Der Bericht konstatiert ferner, daß sich die Beziehungen der Partei zu den liberalen Arbeiterführern erheblich verbessert haben. Die alte Feindschaft zwischen Sozialisten und Gewerkschaftsleitern ist verschwunden, so daß sich kein Arbeiterführer mehr dazu hergeben will, liberale Kandidaten gegen Arbeiterkandidaten zu unterstützen. Besonders zeigte sich dies bei der parlamentarischen Nachwahl in Huddersfield, die im Herbst des Berichtsjahres stattfand. Die Einladungen, die der Führer der liberalen Partei an Gewerkschaftsleiter ergingen, wurden nicht mehr befolgt. Dann wurde diese Nachwahl auf Grund eines rein sozialistischen Programms ausgeschrieben.

Die Vorschläge des Parteivorstandes sind rein finanzieller und organisatorischer Natur.

Nach den Hauptwahlen, wenn der „Vorwärts“ mehr Raum für auswärtige Angelegenheiten zur Verfügung hat, werden wir die Verhandlungen des Kongresses in einem besonderen Artikel würdigen.

# Aus Industrie und Handel.

## Schiffabgaben.

In ihrem soeben erschienenen Jahresbericht für 1906 weist die Handelskammer für den Kreis Mannheim u. a. darauf hin, daß die Verwirklichung der von Preußen betriebenen Einführung von Schiffabgaben auf dem Rhein die Stadt Mannheim in ihrem eigentlichen Lebensnerv aus der Welt treffen würde. Würden doch von der ganzen Summe der durch Rheinschiffabgaben auf der Grundlage von durchschnittlich 0,04 Pf. für das Tonnenkilometer einbringenden Ertrages gegen zwei Drittel mit jährlich weit mehr als einer Million vom Mannheimer Verkehr aufzubringen sein. Noch gibt die Kammer die Zuversicht nicht auf, daß der Bundesrat es ablehnen werde, die Hand zu einer offensiblen Verletzung der Reichsverfassung zu bieten oder dem Reichstage die Abänderung des Art. 54 des Grundgesetzes vorzuschlagen und damit einen Strich durch die in fünfzigjährigem Kampfe errungene Befreiung der Stromschiffahrt von Wasserzöllen zu machen; noch hält sie fest an dem Vertrauen, daß es nicht gelingen werde, die Grundlage der wirtschaftlichen Blüte Badens und des ganzen Oberrheingebietes, die Rheinschiffahrt und die in ihr feierlich festgelegte Abgabefreiheit der Stromschiffahrt zu zertrümmern.

Unter den Kindern, die der Paarung Agrarier und Liberalismus entspringen, wird eines bestimmt den Namen tragen: „Schiffabgaben“.

## Allgemeine Tenierung.

Die Steigerung der Preise fast aller Massenverbrauchsartikel hat auch im Jahre 1906 in verstärktem Maße angehalten. Besonders die Preise der Rohmaterialien haben eine Höhe erreicht, wie sie noch niemals beobachtet worden ist. Auch die Nahrungsmittel haben sich zum größten Teil der Aufwärtsbewegung angeschlossen, vornehmlich das Fleisch. Das allgemeine Preisniveau hat sich mit einer kleinen Unterbrechung im Februar und März unausgesetzt erhöht und im November 1906 den Höchststand erreicht, der in den letzten 8 Jahren beobachtet worden ist. Wenn man den durchschnittlichen Preisstand des 10jährigen Zeitraums von 1899 bis 1908 gleich 100 setzt, so ergeben sich nach einer Zusammenstellung der „Vossischen Zeitung“ für die Jahresdurchschnitte 1904 und 1906, sowie die Monatsdurchschnitte November 1905 und November 1906 folgende Verhältniszahlen:

		Jahresdurchschnitt		Kobbr.	
		1904	1905	1905	1906
Stoggen	Berlin	91,8	102,7	112,7	107,8
Weizen	Berlin	100,8	101,1	103,7	103,2
Hafers	Berlin	91,9	98,1	105,8	110,1
Malz	Hamburg	85,6	88,9	89,6	123,8
Weiß	Hamburg	104,7	110,8	126,7	136,7
Fleisch	Bremen	102,4	105,6	105,7	108,2
Tabak	Bremen	120,1	118,7	128,3	147,1
Kaffee	Hamburg	65,3	67,4	60,4	57,1
Rinder	Berlin	114,9	120,1	125,7	141,7
Schweine	Berlin	94,0	122,9	139,4	119,3
Kälber	Berlin	127,1	134,6	140,7	166,2
Hammel	Berlin	122,7	134,1	149,1	153,3
Wutter, I. Sorte	Berlin	108,1	111,8	117,5	121,0
Seringe, norweg.	Stettin	115,0	106,3	106,9	171,8
Schmalz	Bremen	104,9	100,2	114,8	140,2
Häute u. Felle, beste Ochsen	Bremen	123,6	132,1	130,8	153,4
Wolle	Berlin	121,5	127,6	132,7	142,9
Wannwollgarn	Mülhausen i. E.	118,9	105,5	113,1	121,9
Kattun	Mülhausen i. E.	115,4	107,5	121,5	130,8
Leinwand	Landeshut	119,7	116,5	119,3	144,2
Rohseide	Krefeld	91,7	97,1	98,7	115,8
Hanf	Lübeck	114,0	114,1	114,3	129,5
Jute	Hamburg	117,9	152,5	162,3	242,9
Eisen (Gießerei)	Düsseldorf	99,4	100,5	104,5	110,3
Stahl	Frankfurt a. M.	108,6	118,9	134,3	164,8
Kupfer	Frankfurt a. M.	120,1	148,1	154,4	204,0
Zinn	Wreslau	119,7	130,1	140,0	151,1
Alu	Frankfurt a. M.	150,3	180,9	194,3	246,7
Kohlen, weiß.	Hamburg	98,9	94,5	96,4	110,0

Die meisten Waren haben also einen Preis erreicht, der weit über dem sechsjährigen Durchschnitt von 1899—1906 liegt. Die Großhandelspreise der Rohmaterialien für die Textil- und Metallindustrie haben einen Aufschlag von 44 bis 58 Proz. erfahren, und bei den tierischen Produkten war der Preis annähernd 1/2 mal so hoch wie im Durchschnitt der Jahre 1899—1906. Der Konsument hat natürlich nicht nur diesen Aufschlag der Großhandelspreise zu tragen, sondern es kommen noch die erheblichen Spesen des Zwischen- und Meinhandels dazu.

## Soziales.

### Mann über Bord!

Die Ursachen des Selbstmordes des Heizers oder Trimmers R. R. vermehren sich stetig, so lautet es früher in den meisten Fällen das stereotypische Sprüchlein der Seemannsvereine einer der zahlreichen Selbstmorde an Bord der Ozeanriesen zur Beurteilung vorlag. Am Dienstag hatte das Hamburger Seemannsamt ein Urteil zu fällen, das etwas anders lautete: Es handelte sich um den „Verschwinder“ des Trimmers Schumann von Bord des zur Meeresreise von Dierbach in Kiel gehenden Dampfers „Wit“ zur Verhinderung. Infolge des vorjährigen Streiks der Hamburger Seeleute ging der Dampfer zur Komplettierung seines Personals nach Westmünde und mußte auch fünf unbefahrene Leute, darunter Schumann, zur Bedienung der Maschine an. Als der nach Ostasien bestimmte Dampfer das rote Meer passierte, wurde Sch. infolge der fürchterlichen Hitze schlapp, wie auch andere Leute dienstunfähig waren. Vorher hatte Sch., der sonst ein kräftiger Mann war, mehrfach gesagt, daß er den Dienst nicht verrichten könne; er wurde von einem Schwindelanfall betroffen und fiel die Treppe hinunter, und am 13. Juni besaßte er sich von seinem Leiden, indem er über Bord sprang.

Der Reichskommissar, Vizeadmiral v. Bodenhausen, äußerte die Ansicht, daß Sch. aus Verzweiflung über Bord gesprungen ist. Unter den obwaltenden Umständen hätte das Schiff so viele unbefahrene Leute an Bord nehmen müssen, weil es sich in der Zwangslage befand. Daß man diese unbefahrenen Leute, wenigstens bis Ägypten, sechs Stunden Wache gehen ließ, war ungeschickt. Im roten Meer habe eine Temperatur bis zu 88 Grad Celsius geherrscht, und daß bei solcher Temperatur Menschen arbeiten können, ohne ihre Gesundheit zu schädigen, halte er für ausgeschlossen. Um so hohe Temperaturen zu vermeiden, müsse die Ventilation in den Heizräumen entschieden verbessert werden. In dieser Beziehung aber sehe die Schiffahrt Hintern.

Der Spruch des Seemanns lautet: Der Trimmer Sch. ist am 13. Juni 1906 von Bord des Dampfers „Wit“ verschwunden und es ist als erwiesen anzusehen, daß er durch Ueberfordern des Selbstmord verübt hat. Die Ursachen der Tat liegen darin, daß der Mann als Heizer und Trimmer unbefahren war und daher bei der großen Hitze im roten Meer sich der Arbeit nicht gewachsen fühlte. Es sollte darauf hingewirkt werden, daß wenigstens bei Neubauten von Schiffen für künstliche Ventilation der Heizräume gesorgt werde. Der Maschinenleitung wird eine Verantwortung für den Selbstmord des Sch. nicht beigemessen.

Die „Verantwortlichen“ sitzen ganz wo anders. Als im vorigen Jahre die Seeleute mehr Seemannsvereine verlangten, wurden ihre Forderungen brutal zurückgewiesen, und das Reederkapital erfreut sich nach wie vor des Schutzes abseits der Behörden und Gerichte, vor dem „Terroren“ der Seemannsvereine, die außerdem

noch durch ein Ausnahmegesetz, die Seemannsordnung, geknebelt werden. Haben doch längst selbst Kapitäne und Steuerleute, die sich u. a. zwecks besseren Schutzes des Lebens und der Gesundheit der Mannschaft zusammenschließen, vor der Macht des Reederkapitals kapitulieren müssen, das Aufgabe des Koalitionsrechts befaßt. „Mann über Bord“ — was tut's. Es ist ja kein Reeder oder Seemann.

## Dichten ein Entlassungsgrund.

Die Buchhalterin Edith R., die in der Motorbau-Gesellschaft m. b. H., bedienstet war, wurde von dem Direktor der Gesellschaft, v. Wittlach, sofort entlassen, weil sie über das Geschäft ein Spottgedicht verfaßt hatte. Der Direktor hatte dieses Poem in ihrem Arbeitspult gefunden. Edith R., die gestern vor der dritten Kammer des Kaufmannsgerichts 100 M. Restgeld gegen die Gesellschaft einlegte, beteuert, daß ihr jede Absicht, die Firma verächtlich zu machen, ferngelegen habe. Diese gerichteten Ergüsse sollten nicht etwa im Druck erscheinen, sondern sie schrieb sie nur zu ihrem reinen Privatvergnügen. Hätte sie nicht das Manuskript unvorsichtigerweise liegen lassen, so hätte weder die Direktion noch das andere Personal etwas davon erfahren. Der Direktor v. W. führte demgegenüber aus, daß er die verschiedenen Persönlichkeiten über die Chefs und die anderen Vorgesetzten noch hätte hingehen lassen, nur eine Ironisierung der Kreditwürdigkeit der Firma müsse er als Entlassungsgrund aufrecht erhalten, und zwar schrieb die Klägerin darüber folgenden Versatz:

„Es klopf, und langsam tritt herein  
Der Kassenbote von Schaaffhausen,  
Hält in der Hand 'nen Zettel klein,  
Ja — woher nehmen und nicht kaufen?“

Durch Zeugenvernehmung wurde festgestellt, daß Direktor v. W. von dem ganzen Spottgedicht, einschließlich des obigen Versatzes, schon vor Monaten wußte. Das Kaufmannsgericht mußte deshalb schon aus diesem Grunde zu einer Verurteilung der beklagten Firma in Höhe der Klageforderung kommen. Der Direktor konnte den Entlassungsgrund nach Ansicht des Gerichts nur geltend machen, wenn er auch sofort nach Kenntniserlangung des Spottgedichts die Entlassung ausgesprochen hätte. Hätte er der Klägerin ihr Vergehen einmal verziehen, so konnte er später nicht mehr auf dieses zurückgreifen.

Der vom Kaufmannsgericht angegebene Grund trifft im vorliegenden Fall den Einwänden der beklagten Firma gegenüber zu. Verzig ist aber die aus der Anordnung einer Beweisaufnahme schon zu ziehende Folgerung, als ob der Reim die Beklagte überhaupt berechtigt hätte, den Vertrag sofort zu lösen. Hierzu wäre sie nur aus einem wichtigen Grunde berechtigt gewesen. Eine Privatbeschäftigung mit scherzhaften Reimereien über die Firma ist nimmermehr ein „wichtiger“, zur kündigungsfreien Entlassung berechtigender Grund.

## Des Handelsministers fruchtloser Kampf gegen Jahntechniker-Innungen.

Einen eigenartigen Kampf gegen das Vereinsrecht der Jahntechniker führt der preussische Handelsminister. Diesen Kampf hat er am Montag vor dem Oberverwaltungsgericht verloren.

In einem Erlaß an die Regierungspräsidenten vom 17. Mai 1905 führte der Minister zur Ausführung seines Erlasses vom 12. Februar 1902 folgendes aus: Die Jahntechniker übten einen Zweig der niederen Heilkunde aus. Die Gewerbeordnung finde nach ihrem § 8 auf die Ausübung der Heilkunde und also auch auf die Ausübung der Jahntechnik nur insoweit Anwendung, als die Gewerbeordnung ausdrückliche Bestimmungen darüber enthalte. Die Jahntechniker könnten daher auch nicht zu Innungen zusammenfassen. Gleichwohl sei dies mehrfach geschehen. Es ersuche gebeten, den geschwundenen Zustand alsbald zu beseitigen. Hieran knüpfte dann der Minister das Verlangen, die Regierungspräsidenten sollten die in ihrem Bezirk etwa bestehenden Jahntechnikerinnungen durch die Aufsichtsbehörde auflösen lassen, ihre Auflösung zu beschließen. Soweit sie dieser Aufforderung nicht nachkämen, sei die Klage auf Schließung der Innung gemäß § 97 Abs. 1 Ziffer 1 zu erheben. — Dieser Weisung war u. a. auch der Regierungspräsident von Schleswig gefolgt. Auf sein Verlangen forderte der Magistrat von Altona die Jahntechnikerinnung für den Regierungsbezirk Schleswig (St. Altona) zur Auflösung auf, indessen vergeblich. Auch seine Klage wurde abgewiesen und das Oberverwaltungsgericht, vor dem Rechtsanwalt W. Heine die beklagte Innung verttrat, bestätigte das Urteil. In den Gründen heißt es: Allein in Betracht kommen könnten die §§ 84 und 97 Abs. 1 Ziffer 1 der Gewerbeordnung, da wird bestimmt: Die Schließung einer Innung kann erfolgen, wenn sich ergibt, daß nach § 84 die Genehmigung hätte verweigert werden müssen, und die erforderliche Änderungen des Statuts innerhalb einer zu bestimmenden Frist nicht bewirkt wird.“ Das ist nur so aufzufassen, daß sich die Schließung einer Innung überhaupt nur auf Abänderung eines vorhandenen genehmigten Statuts bezieht. Sie bezweckt nicht eine Entschädigung auf Beseitigung eines ganzen Statuts (Auflösung einer Innung an sich), sondern nur die Abänderung eines vorhandenen genehmigten Statuts. Die Behörden haben vorliegend das aber gar nicht erstrebt, sondern von vornherein auf die Auflösung einer Innung eines bestimmten Berufsstandes als einer an sich rechtlich nicht zulässigen Institution abgezielt. Somit kann der § 97 gar nicht zur Anwendung kommen. Schon deshalb sei die Abweisung der Klage des Magistrats berechtigt und es braucht auf die weiteren Ausführungen der Parteien nicht eingegangen werden.

Dasselbe Schicksal hatte ein gleichartiger Prozeß des Oberbürgermeisters zu Köln, gegen die dortige Jahntechnikerinnung.

Eine Reihe ähnlicher Prozesse schweben noch. Das Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts hat nur die formalrechtliche Seite der Sache in den Kreis seiner Erörterungen gezogen und mußte sich auf diese beschränken, da schon sie ergibt, daß die Ministerialbefugnis jeglichen gesetzlichen Hobens entbehrt. Wir möchten den Gründen des Oberverwaltungsgerichts noch folgenden hinzufügen. Ob die Praxis der Jahntechniker zur Ausübung der Heilkunde gehört und deshalb nach § 8 Gewerbeordnung den Vorschriften der Gewerbeordnung entzogen ist, ist zum mindesten in der Allgemeinheit, wie das die angeführten Ministerialerlasse behaupten, falsch. Aber auch wenn das Jahntechnikergewerbe als ein Zweig der Heilkunde anzusehen wäre, so tritt der Minister in der Annahme, fundamental nicht der Gewerbeordnung unterstellte Gewerbe dürften keine Innungen bilden. Das Recht, Innungen zu bilden, ist ein Ausfluß der Vereinsfreiheit und steht einem jeden zu. Etwas anderes sind die besonderen Befugnisse, die je nach der von uns gestern mitgeteilten, den Barbier Beutel und die Innung der Barbier, Friseur und Perrückenmacher zu Rindorf betreffenden Entscheidung, nach der — freilich unhaltbaren Ansicht der Verwaltungsbeförden gar so weit gehen, einem Mitgliede unter Strafe zu verbieten, anständige, der Achtung vor der Arbeitskraft seiner Gehilfen entsprechende Handlungen zu betätigen.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung!

Wegen der Reichstagswahl bleibt das Bureau der Gewerkschaftskommission am Freitag, den 26. Januar, geschlossen.

### Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

#### Der Kampf in der Holzindustrie.

Gestern meldeten sich auf dem Bureau des Holzarbeiterverbandes nur 6 Arbeiter, die am Dienstag von fünf Meistern, welche sich bisher noch nicht an der Aussperrung beteiligt hatten, ausgesperrt

worden sind. Aus solchen Betrieben, welche schon ausgesperrt haben, sind 17 Aussperrte hinzugekommen. Diesen 23 auf neue ausgesperrten sind 131 Arbeiter hinzuzugählen, die der Holzarbeiterverband am Dienstag aus Betrieben, welche eilige Arbeiter haben, herausgezogen hat. Die Zahl der Aussperrten und Streikenden hat sich demnach um 174 vermehrt und beträgt für Berlin insgesamt 8617. Von dieser Zahl gehen jedoch mindestens 1000 ab, die abgerüstet, beziehungsweise auswärts in Arbeit getreten sind. — Die geringe Zunahme, welche die Zahl der Aussperrten erfahren hat, berechtigt zu dem Schluss, daß die Aussperrung jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat. Man kann nach diesem Ergebnis sagen: Der vor langem vorbereitete und mit allen Mitteln einer rücksichtslosen Agitation ins Werk gesetzte Vorstoß gegen den Holzarbeiterverband ist bei weitem nicht so wichtig ausgefallen, wie es nach der Ansicht der scharfmacherischen Führer hätte sein sollen. Möglicherweise noch der eine oder andere Arbeitgeber durch terroristische Maßnahmen der Führer gezwungen wird, die Aussperrung mitzumachen. Das kann aber für die ganze Bewegung nicht mehr ins Gewicht fallen. Alle, die dem Schicksal der Herren Rohardt und Weg folgen wollten oder auch wegen Mangel an Arbeit ohne Schaden folgen konnten, dürften sich jetzt wohl im Meer der Angreifer des Holzarbeiterverbandes befinden. Demnach kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß der von den Scharfmachern beabsichtigte Erfolg der Aussperrung nicht eintritt.

Diese Annahme findet auch ihre Bestätigung durch das, was wir über die Stimmung und den Verlauf der Meisterversammlung erfahren, die am Montag im „Konkordiansaal“ abgehalten wurde. Wir konnten zwar keinen unserer Berichterstatter in die Versammlung schicken, denn auf unsere telephonische Anfrage beim Bureau der Tischlerinnung erhielten wir — jedenfalls aus dem Munde des Herrn Rohardt — die hündige Antwort: „Berichterstatter werden nicht zugelassen.“ — Wie sich nachträglich gezeigt hat, richtet sich der Ausschluß nur gegen unser Blatt. Berichterstatter bürgerlicher Blätter sind zugelassen worden. Wir fühlen uns dadurch keineswegs gekränkt und führen das nur deshalb an, weil es für die Führer der Tischlermeister wie für die ganze Situation kennzeichnend ist. Obgleich wir also keinen Berichterstatter in die Versammlung der Tischlermeister entsenden konnten, waren wir doch in der Lage, schon am Morgen nach der Versammlung einen kurzen Bericht zu bringen, der uns ohne unser Zutun von einem Teilnehmer der Versammlung zugestellt worden ist. Jetzt erhalten wir von einem Tischlermeister, der ebenfalls in jener Versammlung war, einen sehr ausführlichen Bericht mit dem Wunsch, denselben zu veröffentlichen, damit sowohl die Arbeiter als auch die Arbeitgeber, welche Herrn Rohardt nicht blindlings folgen, ein zutreffendes Bild von der Meisterversammlung erhalten. Wir können dem Wunsch des Einbers nicht in vollem Umfang nachkommen und müssen uns deshalb mit einer Wiedergabe der besonders charakteristischen Momente begnügen.

Die Versammlung war von 570—580 Meistern besucht. Diese Zahl deutet sich ungefähr mit der Zahl der Betriebe, welche ausgesperrt haben. Andere Meister werden auch nicht anwesend gewesen sein. Herr Weg, der eine kräftige Agitationsrede hielt, meinte, die Aussperrung habe kolossale Dimensionen angenommen. Er sagte auch klipp und klar, was auf der Seite der Unternehmer bisher abgelehnt worden ist, nämlich, daß die Unternehmer die Angreifer sind. Weiter sagte er: Hätten wir den Kampf zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsandt ist, verkleinert, so wäre doch kein dauernder Friede zustande gekommen und die Meister hätten dann gesagt, wozu haben wir unsere großartige Organisation!

Also das ist des Pudels Kern. Um sich die Gefolgschaft der Tischlermeister zu sichern, um zu zeigen, was man kann, mühten die Scharfmacher diese Aussperrung ins Werk zu setzen, denn wenn der Friede ein dauernder ist, könnten ja die Meister es für überflüssig halten, der Fahne der Herren Rohardt und Weg zu folgen. Die Herren arbeiten nach „großen Vorbildern“. So stellen sich schon „Staatsmänner“, die in hoher Politik machen, Konflikte, ja Kriege an, um sich im Amte zu erhalten.

Weiter sagte Herr Weg: Wenn wir die Forderungen der Gefellen betwähigen, müssen wir die Preise um 20 Proz. erhöhen. Erst wollen wir aber die Preise erhöhen. Auf keinen Fall lassen wir uns durch Streiks etwas abtrotzen. — Also weil die Arbeiter eine Lohn-erhöhung von 10 Proz. fordern, müssen die Preise um 20 Proz. erhöht werden. Ein feines Geschäft für die Unternehmer. Und wenn die Herren die 20 Proz. haben, dann wollen sie auch so gütig sein, den Arbeitern etwa 5 (vielleicht 6) Proz. zu bewilligen.

Diese Aussperrung werde nicht so lange dauern wie die vor zwei Jahren, meinte Herr Weg. Das glauben wir auch, doch sind wir hinsichtlich des Erfolges, den die Aussperrung schließlich haben wird, anderer Meinung wie Herr Weg. — Der Herr äußerte auch seine Freude darüber, daß die gesamte bürgerliche Presse auf Seiten der Arbeitgeber steht, er bildet sich auch ein, daß die Redaktion des „Vorwärts“ nicht mit dem Herzen zur Sache des Holzarbeiterverbandes steht. — Da hat Herr Weg seinen gläubigen Zuhörern etwas vorgeredet, was er selber schwerlich glauben kann. Für den Fall, daß er oder seine Gewerkschaft es doch glauben sollten, wollen wir ihm ausdrücklich versichern, daß er sich noch nie so gründlich geirrt hat, wie in diesem Falle.

Nach der Rede des Herrn Weg folgte die Verlesung der Drangen und Bezirke Öbmannen. Hieron interessiert uns nur der Bericht des Herrn König, Denunziator 7, welcher den Nordbezirk leitete. Herr König bezeugte die Aussperrung in seinem Bezirk als eine großartige. Er vergaß aber hinzuzufügen, daß er in seinem eigenen Betriebe keinen Anteil an dem „großartigen Erfolge“ hat. Wie uns die Leitung des Holzarbeiterverbandes soeben mitteilt, hat Herr König nur fünf Arbeiter ausgesperrt, während alle übrigen weiter arbeiten, sowohl die Lohn- wie die Akkordarbeiter. Ein Lohnarbeiter hat sogar in dieser Woche noch 24 Wäscheputzen zugeschnitten. Wenn Herr König den Beschaffen seiner Organisation, über deren großartigen Erfolg er berichtet, selber nachgekommen wäre, dann müßte er längst sämtliche Arbeiter ausgesperrt haben. Doch hier scheint Beschließen und danach handeln zweierlei zu sein. Doch darüber mögen die Tischlermeister mit ihren Führern rechten. Wir sehen aus der ganzen Situation, daß der Angriff der Unternehmer dem Holzarbeiterverband wohl einige Geldlocher kosten wird, ohne daß die Kraft und Widerstandsfähigkeit des Verbandes geschwächt werden kann und ohne daß er nötig hat, sich den Scharfmachern auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

Achtung, Mitglieder des Metallarbeiterverbandes! Die Fragearten für die Feststellung der Zahl der „Vorwärts“-Leser sowie der Mitglieder der Wahlvereine sind jetzt an die Vertrauensleute verschickt worden.

Die Karten müssen innerhalb einer Woche zurück sein. Sollten Vertrauensleute keine Karten erhalten haben, so ersuchen wir, dieselben im Bureau, Engel-Ufer 15, zu fordern. In kleineren Betrieben, die vielleicht keinen Vertrauensmann haben, kann ein anderer Kollege die Ausfüllung der Fragearten übernehmen. Wo die Vertrauensleute lässig sein sollten, bitten wir die Mitglieder, den Vertrauensmann zu mahnen. Es dürfen nur diejenigen als politisch organisiert oder als „Vorwärts“-Leser eingetragen werden, die dem Vertrauensmann das Mitgliedsbuch eines Wahlvereins bzw. die letzte „Vorwärts“-Quittung gezeigt haben. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bäcker! Den Kollegen hierdurch zur Kenntnis, daß in der königlichen Pelzwarenfabrik in Rotterdam Differenzen ausgebrochen sind. Jeder Zugang nach dort ist aufs strengste zu meiden. Verband deutscher Bäcker, Zahlstelle Berlin.

Achtung, Barbiergehilfen! Hiermit zur Kenntnis, daß in dem Geschäft Rochwitz, 9 nach wie vor ein organisierter Gehilfe beschäftigt ist, welcher die Interessen des Verbandes voll und ganz vertritt.

Der Vorstand des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehilfen, Berlin, Schillingstr. 16/18.

Die Ausperrung der Automobilfahrer besteht noch unüberändert fort. Die Unternehmer haben wieder eine Sitzung abgehalten und hoffen, durch allmähliche Heranbildung von Lehrlingen ihr Personal zu ersetzen. Diese schwache Hoffnung wird aber von vielen Unternehmern nicht geteilt, die vielmehr von Tag zu Tag darauf warten, daß ihre ausgesperrten Fahrer sich der neuen Ordnung unterwerfen und zurückkehren. Die Vertrauensmänner der ausgesperrten haben ebenfalls eine Sitzung abgehalten und festgestellt, daß noch kein Kämpfer aus ihren Reihen zum Feinde übergegangen ist. Immer mehr Leute haben sich dem Herbedroschenbetrieb zugewandt und auch Privatstellungen als Autofahrer oder Chauffeur angenommen. Die Uebri gen halten aus und wollen auf keinen Fall als Besiegte in die Betriebe zurückkehren.

### Deutsches Reich.

**Wächung, Holzbildhauer!** In Zeitz, Provinz Sachsen, sind unsere Kollegen bei der Firma Gustav Dinger u. Söhne in den Streik getreten. Die Lohnverhältnisse sind dort sehr traurige. Die Firma sucht nun in hiesigen bürgerlichen Zeitungen fünf bis sechs tüchtige Holzbildhauer. Beachte kein Kollege diese Annoncen. Galtet den Zug von Zeitz fern.

Die Agitationskommission der Bildhauer.

Die Bewegung der Zimmerleute in Nürnberg-Fürth scheint einem Konflikt entgegenzutreiben. Die Lohnkommission der Arbeiter hat mit den Unternehmern verhandelt, die unter keinen Umständen die neunstündige Arbeitszeit aufgeben und die Löhne nur geringfügig aufbessern, sowie sich nur auf einjährigen Tarifabschluss einlassen wollen, da beabsichtigt sei, im nächsten Jahre in ganz Nordbayern ein gleichmäßiges Lohnverhältnis zu schaffen. Die Arbeiter erklärten, daß sie an der neunstündigen Arbeitszeit und entsprechender Lohn-erhöhung festhalten und nötigenfalls die Bewegung bis zur letzten Konsequenz durchführen werden.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Heilsarmee eine Religionsgesellschaft?

Diese Frage, die schon früher das Reichsgericht beschäftigt hatte, wurde am Dienstag vom höchsten Gerichtshofe nochmals eingehend geprüft und beantwortet. Es handelte sich um ein Urteil des Landgerichts Dresden vom 18. September v. J., durch welches der Badergeselle Emil Müller wegen Störung des Gottesdienstes zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Am 25. Juli v. J. hatte er mit einem Offizier der Heilsarmee Streit gehabt. Er beschloß nun, sich an der Heilsarmee zu rächen. Er ging in eine Versammlung und rief während der Gebete und Gesänge: Unsan, Rumpfi! Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte damit den Gottesdienst einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft gestört hat. Die Heilsarmee sei als eine solche anzusehen; einer besonderen staatlichen Genehmigung bedürfe eine Religionsgesellschaft nicht. Die fragliche Versammlung stelle einen Gottesdienst dar, wenn sie auch dem Vereins- und Versammlungsrecht unterliege. — Gegen das Urteil hatte der Staatsanwalt zugunsten des Angeklagten Revision eingelegt. Der Reichs-anwalt erklärte sie für begründet. Es sei falsch, daß eine im Staate bestehende Religionsgesellschaft der staatlichen Genehmigung nicht bedürfe. Das sächsische Gesetz verlange gerade eine solche Genehmigung. Der Tatbestand des § 167 liege also nicht vor, wahrscheintlich aber der des § 168. Zu prüfen sei noch, ob der Saal zu religiösen Handlungen bestimmt war. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Zur Begründung wurde angeführt: Es kann ein Zweifel erhoben werden, ob die Heilsarmee eine Religionsgesellschaft im Sinne des § 167 ist, sofern sie nur als eine besonders organisierte Vereinigung zum Zwecke der inneren Rüstung zu betrachten war ohne eigene Glaubenslehre. Immerhin steht der Senat auf dem Standpunkte, daß die Heilsarmee sich besonderer Formen der Gottesverehrung zur Erreichung ihrer Zwecke bedient, daß man also wohl davon sprechen kann, sie habe einen besonderen religiösen Kultus. Wenn man die Sache in diesem Sinne betrachtet, kann der erkennende Senat (der 3.) ebenso wie der 2., die sich mit der Frage der Heilsarmee beschäftigt haben, dahin gelangen, anzunehmen, daß die Heilsarmee eine Religionsgesellschaft im Sinne des § 167 ist. Geht es nun aber nicht jede Religionsgesellschaft, sondern nur die im Staate bestehende. In dieser Richtung ist Gewicht darauf zu legen, daß der Wortlaut des Gesetzes („eine im Staate bestehende“) schon allein darauf hinweist, daß die Verhältnisse des betreffenden Bundesstaates in Betracht zu ziehen sind um so mehr, als eine reichsgerichtliche Regelung der Angelegenheit nicht stattgefunden hat. Es richtet sich also, da sich die geschichtliche und gesellschaftliche Entwicklung der kirchlich-rechtlichen Verhältnisse in den einzelnen Bundesstaaten verschieden gestaltet hat, die Beantwortung der Frage, ob eine Religionsgesellschaft im Einzelstaate besteht, nach der Gesetzgebung und der Rechtsentwicklung in den einzelnen Bundesstaaten. Es ist zu unterscheiden, ob in den einzelnen Bundesstaaten Vorschriften über die Zulassung von Religionsgesellschaften bestehen oder nicht. Ist letzteres der Fall, dann kann schon in der Tatsache, daß der Existenz und Vertätigung der Religionsgesellschaft staatlicherseits nicht in den Weg gelegt wird, der Nachweis dafür gefunden werden, daß sie im Staate besteht. Wo aber das Landesrecht gewisse Vorbedingungen setzt und eine besondere Zulassung erfordert, da kann nicht gesagt werden, daß eine Religionsgesellschaft im Staate besteht, ohne daß dieser gesetzlichen Voraussetzungen genügt würde. So liegen aber die Verhältnisse in Sachsen. Der § 21 des Gesetzes vom Juni 1870 erfordert die staatliche Genehmigung des Staats zur Ausübung des Kultus. Es ist nicht nachgewiesen, daß diese Genehmigung der Heilsarmee bisher in Sachsen erteilt worden sei. Deshalb mußte das Urteil aufgehoben werden. Anzuerkennen ist, daß möglicherweise ein Delikt nach § 168 vorliegt. Diese Frage wird in der neuen Verhandlung zu prüfen sein.

### „Mühses Recht.“

Die Praxis der preussischen Rechtsprechung hat wieder einmal eine treffliche Beleuchtung erfahren. Im Oktober 1905 veröffentlichte die in Stuttgart erscheinende Zeitschrift „Vorau“, ein Fachblatt für Installateure, eine Zeitschrift des Installateurs G. Grebe in Einbe (Hannover), in welcher die Sachgenossen aufgeführt wurden, gegen die von der Regierung oder deren Beamten dem Handwerk bereite Konkurrenzfront zu machen. In dem Schreiben wurde behauptet, der Geheimrat Regierungsrat und Baurat Vorchers in Hildesheim arbeite für den ganzen Regierungsbezirk Wasserleitungsprojekte aus, liefere das Material dazu und sei bekannt dafür, billige Wasserleitungen zu liefern, aber diese seien auch danach.

Dieser Artikel, der die Ueberschrift trug „Ein Notzettel aus dem Hannoverischen“, druckten eine Reihe Zeitungen ab, u. a. auch das „Göttinger Tageblatt“, das „Hildesheimer Tageblatt“ und die „Hilfser „Niederländ. Volkszeitung“. Gegen diese Blätter, wie auch gegen den „Vorau“ und gegen den Verfasser Grebe wurde darauf auf Veranlassung des Hildesheimer Regierungspräsidenten Klage wegen Verleumdung des Geheimrats Vorchers erhoben. Die Redakteur Hofmann-Wilfeld und Eschemann-Hildesheim kamen vor die Hildesheimer Strafkammer und wurden erperrt, weil „vorbestraft“, zu 300, letzterer zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Hildesheimer Strafkammer ließ das Anerkennen des Angeklagten Hofmann, den Wahrheitsbeweis durch zu stellende Zeugen zu erbringen, unberücksichtigt und vernahm als einzigen Zeugen den Nebenkläger Geheimrat Vorchers, also den Verleumdigen selbst!

In Göttingen wurde der Redakteur des dortigen Tagesblattes vom Schöffengericht zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Als Schöffe fungierte dabei ein Kollege des Installateurs Grebe, nämlich der Göttinger Installateur Blume. Dieser Herr hätte von dem Angeklagten eigentlich wegen Gefangenheit abgelehnt werden müssen, denn der Schöffe Blume hatte — was

der Angeklagte damals nicht wollte — selbst dem Baurat Vorchers Arbeiten bei dem Bau der Wasserleitungen geliefert!

Diese Prozesse vor den preussischen Gerichten waren bereits im vorigen Winter und Frühjahr zur Verhandlung gekommen. Erst vor wenigen Tagen hat nun in Stuttgart die Verhandlung gegen den Verfasser des inkriminierten Artikels, Grebe, und gegen den Redakteur Henking vom Stuttgarter „Vorau“ stattgefunden. Die Verhandlung vor dem Stuttgarter Gericht wich bedeutend von der vor den preussischen Gerichten ab. Das Zeugengebot der Angeklagten wurde in entgegenkommender Weise zugelassen und weitgehende Erhebungen veranstaltet. Die Beweisaufnahme fiel durchaus zugunsten des Artikels aus. So bezeugten die Zeugen Heiple und Schünemann aus Klein-Freden, sie waren Mitglieder einer von der Gemeinde eingeleiteten Wasserbaukommission, diese Kommission löste sich auf, weil sie gegenüber dem Baurat Vorchers nichts zu sagen hatte! Dieser wollte die Bestimmung über die Lieferung nicht aus der Hand geben. Mehr als ein Dutzend ähnlicher Aussagen liehen einen Blick in die Art der von der Regierung den Handwerkern bereiteten Konkurrenz tun.

Und was war die Folge dieser eingehenden und sachgemähen Untersuchung vor dem Stuttgarter Gericht? Die Angeklagten wurden beide freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt!

## Versammlungen.

Der deutsche Senefelder-Bund hielt am Montag im großen Saal des „Gewerkschaftshauses“ eine Versammlung der Mitglieder aller Filialen ab. Der erste Punkt der Tagesordnung war: „Die Gewerkschaften und die Reichstagswahl“. Der Redner, Genosse Paul Umbreit, begann seinen Vortrag mit der Bemerkung, daß die Gewerkschaften keine politischen Vereine seien und daß es ebenso notwendig wie zweckmäßig sei, die Vertretung der politischen Interessen den dazu geschaffenen Organisationen zu überlassen. Aber die Regierung habe die Gewerkschaften geradezu dazu gezwungen, sich auch um politische Fragen zu kümmern. — In einer Schilderung der ganzen, teils direkt gegen die Gewerkschaften, teils gegen andere Lebensinteressen der Arbeiterschaft gerichteten Regierungspolitik zeigte der Redner dann, wie notwendig es ist, daß die Gewerkschaften, und daß ihre Mitglieder den politischen Vorgängen nicht gleichgültig gegenüberstehen. Eine Uebersicht über das Verhalten der verschiedenen Reichstagsparteien führte den Redner zu dem Schluß, daß nur die Sozialdemokratie übrig bleibt als die Partei, die in jeder Hinsicht für die Rechte der Arbeiterschaft kämpft. Es liegt den Gewerkschaften fern, ihren Mitgliedern den sozialdemokratischen Stimmzettel in die Hand drücken zu wollen; es genüge, wenn sie ihnen einen guten Rat geben. Dies liege schon im Interesse der Selbsterhaltung der Gewerkschaften. Aber sie müßten den Mitgliedern auch sagen, daß es nicht hinreichte, nur ihren Stimmzettel abzugeben, sondern daß sie sich auch politisch organisieren müßten. Das innige Verhältnis zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung, das in Wamheim geschaffen wurde, werde die schönsten Früchte tragen und dazu mitwirken, daß es auch diesmal gelingt, alle Angriffe der Reaktion abzuwehren. — Stürmischer Beifall bewies, daß der Redner durchaus im Sinne der Versammelten gesprochen hatte. Im Anschluß an den Vortrag wies der Vorsitzende auf die Drangsalierung der Gewerkschaften durch die Behörden hin, auf die Verfolgung der Streikposten usw., und sprach die Ueberzeugung aus, daß kein Mittel so wichtig sein werde, der Regierung mit seinem Stimmzettel ein Vertrauensvotum zu geben. Einstimmig nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„In anbetraht des Umstandes, daß die Gewerkschaften als Objekt der Politik das größte Interesse an der Zusammenziehung des Reichstags haben, versprechen die versammelten Lithographen, Steinbruder und Berufsgenossen dafür zu wirken, daß der neue Reichstag so zusammengesetzt wird, daß er den Interessen der Gewerkschaften und ihrer Mitglieder durchaus Rechnung trägt. Sie erblicken die geeignetste Vertretung ihrer Interessen in der sozialdemokratischen Partei und werden daher nur einem Vertreter dieser Partei ihre Stimmen geben.“

Der zweite Punkt der Tagesordnung war auch außerordentlich geeignet, den Mitgliedern klar zu machen, daß die Regierung und die von ihr abhängige Verwaltung und Rechtsprechung in keiner Weise das Vertrauen der Arbeiterschaft verdient. Es handelte sich um das Reichsgerichtsurteil gegen den Senefelderbund, das bekanntlich das Urteil der Vorinstanz bestätigte und den Leuten Recht gibt, die, als sich die Lithographen und Steinbruder Deutschlands in einem stürmischen Kampf mit dem Unternehmertum befanden, die Beschlagnahme des Bundesvermögens erzwirkten. In dieser Angelegenheit sind nicht weniger als acht Urteile gefällt worden, die sich, teils ihrem Inhalt, teils ihrer Begründung nach, widersprechen. Nachdem der Referent Hermann Müller die höchst verwickelte Situation geschildert, der Verbandsvorsitzende Sillier und einige andere Mitglieder sich dazu geäußert hatten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die versammelten Mitglieder aller Berliner Filialen des Deutschen Senefelder-Bundes nehmen Kenntnis von der Entscheidung des Reichsgerichts in der Klage gegen die Verschmelzung. Die Verschmelzung bedauert das Urteil, durch das auf dem Gebiete des Vereinslebens völlig neues Recht geschaffen wird, und erklärt sich die Möglichkeit einer solchen Entscheidung nur aus der in der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung immer offener zutage tretenden Tendenz der Arbeiterbewegung Schwierigkeiten zu bereiten. Von der in Hannover am 25. Februar dieses Jahres zusammengetretenen Generalversammlung erwarteten die Versammelten, daß sie einen Weg findet, den durch die Verschmelzung geschaffenen Fortschritt in den Organisationsverhältnissen des Steinbrudergewerbes und verwandter Berufe aufrechtzuerhalten. Sollte dies aber nur auf dem Wege des Kompromisses mit dem sogenannten „Rechtsanwaltsverein“ möglich sein, so müßte dieser Weg, als der Ehre eines jeden Kollegen zuwiderlaufend, vermieden, und die Trennung der beiden Organisationen vorgezogen werden. In diesem Falle wäre durch einen Gegenseitigkeitsvertrag die Grundlage zu einheitlichem Zusammenwirken und zur Erreichung jenes der gewerkschaftlichen Aufgaben wie der Unterstützungseinrichtungen zu schaffen.“

Die Schmiebe hielten in Drösel's Festfällen eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Eingang wurde das Ableben von drei verdienten Kollegen in üblicher Weise geacht. Die hierauf vorgenommene Wahl eines Bureaubeamten fiel wieder auf den Kollegen Siering. Die für Januar beabsichtigte Aufnahme einer Statistik wurde zurückgestellt. Eine lebhafteste Erörterung knüpfte sich an einen Antrag der Besatzungskommission, welcher auf Ausschluß und Entziehung des Verkehrs gegen den Kollegen und Verkehrswirt A. Gahn lautete, der einen Kollegen unter Umgehung des Arbeitsnachweises in Arbeit brachte. Der Antrag wurde schließlich abgelehnt. Ein Antrag, am Schluß der Versammlung eine Zellerfassung stattfinden zu lassen und den Ertrag dem sozialdemokratischen Wahlfonds zu überweisen, wurde einstimmig angenommen. Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag der Ortsverwaltung, dem Wahlfonds 500 M. zu überweisen. Weiter gab die Versammlung einer Uebnahme eines Anteils am Gewerkschaftshausanbau von 4500 Mark ihre Zustimmung. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten richtete Siering am Schluß einbringliche Worte der Ermahnung an die Kollegen, bei der kommenden Reichstagswahl ihre Pflicht zu tun.

Die Kolktischer, Expeditions- und Nebenarbeiter nahmen am Sonntag im „Englischen Garten“ in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung Stellung zu den Reichstagswahlen. Das Referat hielt der Verbandsvorsitzende Otto Schulzki. Redner appelliert an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, der Regierung am 25. Januar die Quittung für ihre Haltung in Arbeiterfragen durch die Wahl eines sozialdemokratischen zu geben. Die Transportarbeiter sollten mit dafür sorgen, daß am 25. Januar über ganz Berlin die rote Fahne flattert. Der jubelnde Beifall

bewies, daß der Referent im Sinne seiner Zuhörer gesprochen hatte. Einstimmig wurde eine Resolution ausgenommen, sich mit den Arbeitgebern zu verständigen, damit am Wahltag von 2 Uhr ab die Arbeit ruht. Nachdem Verner Bericht über die Tätigkeit der Sektionsleitung erstattet, erfolgte die Neuwahl derselben. Als Sektionsleiter wird Fritz Werner, als Stellvertreter Ernst Daehne gewählt. Die Agitationskommission besteht aus Anton Schulz, Wilh. Scheer, Herm. Bring, Ernst Sprenger, Wilh. Otto, Felix Lepp, Alf. Kempin, O. Kraft, Theod. Koob, Jul. Gain, Ernst Lemke, Fritz Büchel, Adolf Bodenburg, Jakob Luno, Karl Zober und Ferd. Quasebarrh.

Der Verein Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I des Zentralverbandes d. G. L. B. hatte zum Dienstag, den 22. Januar eine öffentliche Versammlung nach dem großen Saal des „Englischen Garten“, Alexanderstr. 7c, einberufen, die auch gut besucht war. Der Referent, Arbeitersekretär Genosse Albin P. o. h. s., unternahm es, die als Thema für die Versammlung gestellte Frage „Wen wählen wir in den Reichstag?“ in seinem mehr als 1 1/2 stündigen Vortrag gründlich zu beantworten. Der Redner stellte sich nicht nur die Aufgabe, als Parteigänger für eine bestimmte Partei die Wähler zu interessieren und zu gewinnen, sondern er suchte auch den Gewerkschaftlern zu zeigen, daß es in den modernen Klassenkämpfen nur eine Klasse gibt, die die Interessen der für die Verbesserung ihrer Lage kämpfenden Arbeiter wirklich vertreten kann, nämlich die in der Sozialdemokratie politisch organisierte, sich ihrer Klassenlage bewußte Arbeiterklasse. Von nun an, diese Aufgabe gelang dem Redner in seiner lichtvollen Darstellung vortrefflich. Stürmischer, minutenlangender Beifall dankte dem Redner denn auch für seine vortrefflichen Ausführungen und fand folgende Resolution einstimmig Annahme:

„Die heute am 22. Januar im „Englischen Garten“ tagende, stark besuchte Versammlung des Vereins Berliner Hausdiener, Mitgliedschaft I des Zentralverbandes d. G. L. B., ist mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, sie erklärt, daß es für die modern denkenden Handelshilfsarbeiter selbstverständlich ist, am 25. Januar für die Sozialdemokratie ihre Stimme abzugeben. Die Versammlung protestiert gleichzeitig gegen das nur theoretisch bestehende gleiche Wahlrecht und beauftragt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion für eine gerechte Wahlkreis-einteilung energig ihre Stimme zu erheben.“

Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und der Vorsitzende machte noch auf die Gründung einer „gelben“ Gewerkschaft der Hausdiener, die sich schon als Streikbrecherkolonne etabliert, aufmerksam. Ein anderer Kollege bittet, sich während der Zischler-aussperrung nicht als Streikbrecher gebrauchen zu lassen, sondern alle gesperrten Firmen der Holzindustrie streng zu meiden. Ein begeistert aufgenommenes Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und die vorkämpfende Sozialdemokratie beschließt die prächtige Versammlung.

## Zum Wahlfonds

gingen in unserer Expedition Lindenstr. 09 folgende Beiträge ein:

Gesamtheit-Hilfsarbeiter des „Vorwärts“, Rotationsmaschinen, 2. Rate 10.—, Statthalb Konradmann 0.50, Heilstätte Veelig, B. III d. Schulse 2.50, Arbeiter-Nachfahrverein „Vorau“, R. d. A.-R.-A. „Freiheit“, 2. Rate 14.—, Von der Kneipe d. IV. Männerabteilung des Turnvereins „Fichte“ 20.—, Gesangverein „Vereinigte Sänger Lichtensberg“ d. Zahn 5.—, D. B. 2.—, Drei Kollegen d. Otto 5.—, Schlosser d. Firma Radtighall, Lindenstraße, 2. Rate 3.70, Zentralverband d. Maurer, Zweigverein Hennickehof 10.—, Fingerkolonne G. Niskan, Köpenick 6.—, Sechsklasse der organisierten Bauarbeiter (Sektion II) d. Genossenschaftsbauerei Friedrichshagen 5.—, Groß Slavtowa Mikradowich 3.—, Scherlaffe d. Arbeiter d. Firma Pappel 10.—, Vöttcher d. Schultze-Bräneri, Abt. I, dar. I M. Wette 2.00, A. u. G. 5.00, Anders, Dunderstr. 81 2.05, Verband d. Kupfer-schmiede, Filiale Berlin 160.—, Förner und Hilfsarbeiter d. Firma Hartung, Hefenstraße, Willestraße, 2. Rate 60.—, Gef. auf der Hochzeit Alisch, Hufschmiedstraße 3.75, Von einer begeisterten u. überzeugten Sozialdemokratin 50.—, Summa 308,40 M. Vereits quittiert 17 041,91 M. Summa 18 250,31 M.

Weitere Beiträge werden in unserer Expedition entgegen-gemommen.

## Eingegangene Druckschriften.

„Volkswirtschaftliche Blätter“ Nr. 2 (herausgegeben im Auftrag des Deutschen Volkswirtschaftlichen Verbandes von G. E. Krüger-Berlin). Karl Heymanns Verlag, Berlin W. 8.  
Der Prosch gegen G. Thöfgen wegen Bruch des Ehrenbrevets von G. Thöfgen-Weber, 48 S. Verlag A. Stichtenoth Nachf., Bielefeld.  
Koloniale Abhandlungen. Heft 6. Der Kolonialismus in Süd-afrika von A. Krenfeld. Preis 40 Pf. — Heft 7. Die großen Epochen der neuzeitlichen Kolonialgeschichte von Dr. G. v. Halle. Preis 40 Pf. Verlag: B. Schöner, Berlin W. 30.  
Handbuch für Reichstagswähler. Statthalb. Preis 1 M. Verlag: G. Schöner, Dresden.  
Monatschrift für christl. Sozialreform. Januarheft. Begründet von Prof. R. v. Bogelung. M. 6.10. Verlag Böhrer, Dresden u. Cle., Jülich.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandl.) Rindfleisch Ia 70—75 pr. 100 Pfd., IIa 64—69, IIIa 58—63, IVa 50—56. Kalbfleisch, Doppelländer 110—125, Ia 82—90, IIa 72—80, IIIa 54—68, I. Schlachtkühe Ia 68—74, IIa 50—64, Schweinefleisch 54—62, Rehwild Ia pr. 100 Pfd. 0.00, IIa 0.00—0.00, Rotwild Ia 0.36—0.50, IIa 0.30, do. Kalber 0.45—0.55, Damwild 0.45—0.58, do. Kalber 0.40—0.65, Wildschweine 0.35—0.60, Ferkel 0.60—0.70, Gänse pr. Stck 2.40—2.50, do. klein und IIa 1.75—2.10, Kammhahn pr. Stck 0.60—1.00, Wühler pr. Stck 0.00, Gänse, alle pr. Stck 1.50—2.00, do. IIa 1.30—1.50, do. junge pr. Stck 0.75, Tauben pr. Stck 0.60—0.97, junge kleine 0.00—0.00, taubenfreie 1.00, Enten pr. Stck 1.80—2.75, Hamburger junge pr. Stck 0.90—1.00, Gänse, Oberbrüder, pr. 100 Pfd. 0.58, do. Hamburger pr. Pfd. 1.00 bis 1.20, Gänse 0.50—0.90, Gänse pr. 100 Pfd. 70—90, gr. 65—71, Bänder 0.00, matt 0.00, Schmalz, groß 0.00—0.00, unsort. 0.00, Weiz, matt 30, Kle, groß 0.00, mittel 00, klein und mittel 00—00, Wägen, klein 0.00, groß 0.00, 82—51, Karpfen, 10er 0.00, do. 30—35er 0.00, 50er 0.00, 30—100er 66, Barle, matt 00—00, do. 0.00, Karawägen 0.00, Viehische 0.00, Weiz 0.00, Bunte Rühge 00—00, Amerikanischer Lachs Ia neuer pr. 100 Pfd. 110—130, do. IIa neuer 90—100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 30, Sprotten, Kleier, Wal 0.75—1.25, Dorsch, Wal 0.80—0.90, Hühner, Kleier, Stige Ia 4—6, do. mittel pr. Rste 2—3, Hamb. Stige 4—5, halbe Rste 1.50—2, Wägen, pr. Wal Kleier 3.50—5.00, Straubhuder 6.00, Kle, groß pr. Pfd. 1.10—1.30, mittelgroß 0.80—1.00, klein 0.50—0.60, Heringe pr. Schod 4—5, Schellfische Rste 3—4.00, do. 1/2 Rste 2.00, Kaviar, p. 100 Pfd. 20, Heilbutt 0.00, Sardellen, 1000er pr. Anker 93, 1904er 93, 1903er 93, 1902er 73—75, Schottische Kollheringe 1905 0.00, large 40—44, full 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44, Heringe, neue Raste, pr. 7/8, To. 60—120, Sardinen, russ., 1/2, 1.50—1.80, Bratheringe, Büchle (4 Rste) 1.50—1.75, Neunagen, Schodsch 11, kleine 6—6, Riesen 14, Eier, Lande, pr. Schod 4.75—5.25, Butter pr. 100 Pfd. Ia 114—120, IIa 110—115, IIIa 108—112, abfallende 90—100, Saure Gurken Schod 3.50—4.00, Pfeffergurken 3.50—4.00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0.00, magnum bonum 2.10—2.25, Daberste 2.10—2.25, Rosen 0.00, weize 1.75—2.00, Salattartoffeln 5.00—6.00, Spmat pr. 100 Pfd. 12—18, Karotten pr. 100 Pfd. 10—12, Sellerie, blasse, pr. Schod 2.00—3.00, do. pommerische 5.00—6.00, Zwiebeln große, pr. 100 Pfd. 2.50—4.00, do. kleine 2.00—2.50, do. blasse (Perz-) 0.00, Charvotteln 0.00, Petersilie, grün, Schodsch 2.00, Rohlrad pr. Schod 0.00, Rettig, hart, pr. Schod 2.40—4.50, Rohwürden pr. 100 Pfd. 2.50—3.00, Zellerow Rübden pr. 100 Pfd. 7—10, Weiße Rübden, große 2—2.50, kleine 6—8, Rote Rübden 2.00—2.50, Blumenthal hoch, pr. Kopf 0.00, Rohlraden pr. Schod 2—2.50, Wirtstoft pr. Schod 3.00—6.00, Rasthof pr. Schod 3.00—5.00, Weichhol 100 Pfd. 2.00—2.50, Kolenstoh p. 100 Pfd. 15—25, Grünstoh pr. 100 Pfd. 2—5, Schnittlauch 12 Topfe 4—4.50, Birnen, pr. 100 Pfd. blasse 7—16, 66cm. 8—20, Ital. 15—25, Äpfel, pr. 100 Pfd., blasse 5—22, Gravenheimer 0.00, Troler in Rüssen 0.00, Riste 32—60, Amerik. 11—30, Zitronen, Weßma, 300 Stck 8.00—10.00, 300 Stck 8.00—9.00, 200 Stck 9—13, Äpfelinen, Jassa, pr. Riste 0.00, Murcia 200er Riste 7—10, do. 300er 8—11, Valencia 420er Riste 13—18.00, do. 714er 18—20, Reßma, 100er 10, do. 150er 10.50, do. 80er 9.50,

Gesamtheit u. Verlaasshalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verantwortlicher Redakteur: F. W. Weber, Berlin. Für den

Der Wahlkampf in Groß-Berlin.

Was jeder Reichstagswähler für den 25. Januar wissen muß!

Was er wissen muß? Zunächst, daß das Reichstagswahlrecht ein anderes ist als das Wahlrecht für den Landtag oder die Gemeinde. Das Wahlrecht und auch das Wahlverfahren ist hier ein anderes.

Vor allem ist

die Wahl zum Reichstag eine geheime.

Dieser Vorzug erklärt die außerordentliche Wahlbeteiligung, die man bei allen Reichstagswahlen beobachten kann. Er erklärt aber auch die Unbeliebtheit, die das Reichstagswahlrecht bei sämtlichen bürgerlichen Parteien, trotz aller schönen Redensarten sogenannter „Wahlrechtsfreunde“, genießt. Bei den Reichstagswahlen hat der Wähler im Wahllokal nicht etwa den Namen des Mannes zu nennen, den er wählen will, sondern er übergibt dem Wahlvorsteher einen in ein Kuvert gesteckten Stimmzettel. In einer besonderen Wahlzelle, die immer nur von einer Person betreten werden darf, hat der Wähler seinen Stimmzettel vorher in das Kuvert zu stecken, das ihm im Wahllokal eingehändigt worden ist. Den Stimmzettel muß er sich selber mitbringen. Die Parteien schicken sie ihm ins Haus oder drücken sie ihm draußen vor dem Wahllokal in die Hand. Jeder Wähler achte darauf, daß er den richtigen Stimmzettel (aber nur einen!) in das Kuvert steckt.

Wahlberechtigt

sind bei den Reichstagswahlen auch Schlafburschen und auch solche Personen, die keinerlei Steuern zahlen. Das ist für die bemittelten Bevölkerungsschichten und für die Parteien, die auf sie sich stützen, wieder noch ein Grund mehr, das Reichstagswahlrecht zu lassen. Das Wahlrecht hat jeder Deutsche, der über 25 Jahre ist. Wenn er am Tage der Listenaufstellung, die diesmal am 15. Dezember erfolgt ist, das 25. Lebensjahr schon erreicht hatte, so muß er in die Liste aufgenommen worden sein.

Dauer des Wahlaktes.

Um 10 Uhr morgens beginnt die Wahl, um 7 Uhr abends wird sie geschlossen. Punkt 7 Uhr! Wer um diese Zeit noch nicht seinen Stimmzettel abgegeben hat, darf nicht mehr heranzukommen, auch wenn er schon im Wahllokal sich befindet. Es ist daher jedem Wähler zu raten, daß er

so zeitig wie möglich

zur Wahl geht. Wer sich leisten kann, komme möglichst schon am Vormittag. In den Abendstunden ist der Andrang groß; wer zu anderen Stunden kommen kann, sollte nicht am Abend anderen Wählern den Platz wegnehmen. Wo jeder zu wählen hat, das haben unsere Leser aus der Uebersicht der Wahllokale ersehen, die wir in unserem Blatt veröffentlicht haben.

Versehe sich jeder Wähler mit Legitimation.

Uebrigens vergesse niemand, eine Legitimation mitzunehmen, durch die er sich über seine Person ausweisen kann. Für die Reichstagswahlen wird nämlich den Wählern keine amtliche Legitimation ins Haus geschickt. Die Herren Wahlvorsteher sind in der Regel freisinnige, und mancher von ihnen argwöhnt in jedem Wähler, den er nicht persönlich kennt, einen Schwindler. Wer dann erst im letzten Augenblick nach Hause laufen muß, um sich seine Legitimation zu holen, kann leicht um sein Wahlrecht kommen. Als Legitimation werden am besten die polizeiliche Anmeldebekundigung, die letzte Steuerquittung oder der Mietskontrakt benutzt. Wer nach Aufstellung der Wählerlisten die Wohnung gewechselt hat, wählt trotzdem da, wo er zur Zeit der Listenaufstellung wohnte. Solche Wähler sollten aber doppelt vorsichtig sein und sich mit ausreichender Legitimation versehen.

Vorsicht gegen Stimmzettelverteiler.

Vorsicht empfehlen wir auch gegenüber gewissen Zettelverteilern. Es gibt Zettelverteiler, die die Kandidaten des Freisinn, der Konservativen, des Zentrums usw. dreist als „Arbeiterkandidaten“ anpreisen, um Wähler aus der Arbeiterklasse zu übertölpeln. Arbeiterkandidaten sind nur die Kandidaten der Sozialdemokratie! Ganz besonders werden die Wähler des zweiten Kreises das beachten müssen.

Wissen muß ein verständiger Wähler überhaupt das, daß er überall keinem anderen Kandidaten als dem der Sozialdemokratie seine Stimme geben kann. Der richtige Stimmzettel ist immer nur der sozialdemokratische. Man kann ihn sich von Hause mitbringen und ihn in der Wahlzelle unbemerkt in das Kuvert stecken. Ohne Furcht vor Verfolgung und Schädigung durch Arbeitgeber oder Vorgesetzte darf jetzt jeder sozialdemokratisch stimmen und mithelfen zum Sieg der Sozialdemokratie!

Gegnerische Wahlarbeit.

Während sich unsere Parteigenossen zur Flugblattverbreitung und anderer Wahlarbeit in der bereitwilligsten und lobenswertesten Weise in den Dienst der eigenen Sache stellen, sind unsere Gegner nach dieser Richtung hin auf fremde Hilfe angewiesen. Die Liberalen bedienen sich zur Verbreitung ihrer Wahlaufsätze in der Hauptsache der Post und der Paketfahrtgesellschaft, während die Konservativen eigens Leute engagieren zum Austragen ihrer Flugblätter. Die Paketfahrt gibt ihren Austrägern besondere Warnungen mit auf den Weg, die zugleich bestimmte Strafbestimmungen enthalten. Ein solches Schriftstück wurde uns abschriftlich zugestellt, es besagt:

Wir machen die Voten darauf aufmerksam, daß seitens der liberalen Parteien das Postfeld durch ein großes Aufgebot von Kontrollleuten überwacht wird.

Wir warnen daher das Personal nachdrücklich vor allen unlauteren Manipulationen während der Posttätigkeit, da wir beim Nachweis solcher der einzelnen Voten in der vollen Höhe ihrer Haftung haftbar machen.

Von besonderem Vertrauen gegen die Angestellten zeugt dieses Schriftstück gerade nicht.

Die Konservativen haben, wie schon oben bemerkt, Hülfskräfte angenommen, die das reaktionäre Geschreibsel austragen müssen. Diese Arbeit geht nur sehr langsam und es ist in großen Wahlkreisen sehr fraglich, ob die Leute bis zum Wahltag den Kreis einmal vollständig besetzt haben. Dazu kommt die Schwierigkeit, die Leute bis zum Wahltag zu halten. Das liegt nämlich daran, daß man diesen Hülfskräften ohne jede Kenntnis der

einzelnen Stadtgegenden Aufgaben zumutet, die sie nicht erfüllen können. Einer dieser Voten im 6. Wahlkreis erzählte, daß er an einem Tage nicht weniger denn 86 Häuser belegen sollte, es aber nicht schaffte. Es war auch eine Unmöglichkeit, da die betreffenden Häuser mehrere Seitenflügel und zwei bzw. drei große Hinterhäuser enthielten. Dabei steht die Bezahlung dieser Tätigkeit in keinem Verhältnis zur verlangten Leistung. Drei Mark ist der Lohn für dieses Arbeitspensum. Zu dieser Tätigkeit meldet sich mancher, der arbeitslos ist und nun glaubt, etwas zu verdienen; aber auch mancher befindet sich darunter, der es mit seiner Aufgabe nicht gerade sehr ernst nimmt. Das ist begreiflich, wenn man bedenkt, daß diese Personen nicht das Interesse an der Arbeit nehmen, wie das bei unseren Parteigenossen der Fall ist, die ja für ihre eigene Sache wirken. Da kommt es denn oft vor, daß so mancher das ewige Treppauf, Treppab bald satt kriegt und es schließlich vorzieht, Flugblätter flugblattfrei sein zu lassen und in einer Aneipe sich Stärkung holt. Am Wahltag ist vielfach daselbe der Fall und wir haben oft gesehen, daß konservative Stimmzettelverteiler bereits mittags nicht mehr dabei stehen konnten. Ereignen sich aber solche Fälle, so konnte man schon bei den bisherigen Wahlen konstatieren, daß alles auf unsere Partei abgewälzt wurde. Da hieß es: Sozialdemokraten haben den Leuten die Flugblätter abgenommen, die Stimmzettelverteiler der Gegner betrunken gemacht usw.

Dieses Wahlmärchen kehrt auch in diesem Wahlkampfe wieder. Zunächst erscheint der Magistratsadjunkt auf der Bildfläche und melde: pflichtschuldigst: „Arbeiter überfallen heute einen Zettelverteiler, entriß ihm über 2000 konservative Flugblätter, vernichteten sie und verschwanden, noch bevor die Polizei einschreiten konnte.“

Wo sich dieser Vorfall zugetragen, wird natürlich geflüsterlich verschwiegen; es könnte sonst der Schwindel wohl aufgedeckt werden. Auch das „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ darf getreu dem Grundsatz: „Gelogen wie telegraphiert“ nicht zurückbleiben; es verbreitet folgende Mitteilung: „Um die Agitation der nationalen Parteien in einigen Berliner Reichstagswahlkreisen lahm zu legen, beabsichtigen Sozialdemokraten, sobald freisinnige oder konservative Flugblätter in diesem Kreise zur Verteilung gelangt sind, die Häuser abzugehen und alle in den Briefkästen oder in den Türen stehenden Flugblätter jener Parteien an sich zu nehmen und zu vernichten.“

Das „Wolffsche Bureau“ ist zwar etwas vorsichtiger als der Magistratsadjunkt, denn es spricht nur von der Absicht der Sozialdemokraten, allein Schwindel ist auch diese Nachricht.

Den Vogel schießt aber eine sozialistenfresserische Korrespondenz ab, die wir in der „Post“ finden. Da heißt es:

„Achtung! Sozialdemokratische Betrüger und Diebe gehen um! Besonders in Berlin werden die bürgerlichen Parteien in gleicher Weise von sozialdemokratischem Gesindel bedroht. Zettelverteiler sind überfallen und ihnen Tausende von Flugblättern geraubt worden! Genossen des Herrn Singer haben sich unter falschen Angaben in gegnerische Wahlbüros geschlichen und sich zum Verteilen von Flugblättern erbötet, um sie dann zu vernichten. Das Mandat ist gefährdet. Die Meldung, daß Sozialdemokraten in die Häuser gehen wollen, um soeben ausgelegte gegnerische Flugblätter en gros zu stehlen, kann nicht ernst genug genommen werden. Man möge in solchen Fällen von Diebstahl kein Mittel beweisen, sondern jedes Mitglied der sozialdemokratischen organisierten Diebesbanden, wenn man ihrer habhaft wird, festhalten und dem nächsten Schutzmann übergeben!“

Daß die „Post“ von sozialdemokratischem Gesindel, sozialdemokratischen Betrügern und Dieben phantasiert, ist bei einem sogenannten „Staatsberathenden“ Blatte selbstverständlich, das gehört zum Handwerk eines Postfessels. Wir drücken den „Wolffsin“ nur ab, um durch den Humor im Wahlkampfe zu seinem Recht kommen zu lassen, denn im Ernste gesprochen, haben wir für unsere Kräfte wirklich bessere Verwendung, als gegnerische Flugblätter oder Stimmzettel wegzunehmen, wie dies die Parteigenossen der „Post“ auf dem Lande wiederholt versucht und auch angestrebt haben, sogar durch Inanspruchnahme behördlicher Organe. Wenn unsere Gegner für ihre Zwecke nicht genügend zuverlässige Leute finden, und diese Leute zur Entschuldigend für unerledigte Aufgaben ihren Auftraggebern solche Varen aufbinden von Wegnahme der Flugblätter und dergleichen, so können wir doch nichts dafür.

Mögen die Herren Kommerzienräte, Bankiers, Fabrikbesitzer und dergleichen doch selbst ihre Flugblätter und Stimmzettel austragen, dann wissen unsere Gegner doch, daß das Material an die richtige Adresse gekommen ist. Vorläufig bezweifeln wir nur, daß unser Vorschlag auf fruchtbaren Boden fällt.

Was ihr Wahlrecht gebraucht

sehen sich eine ganze Anzahl Wähler Berlins, deren Reklamation auf Eintragung in die Wählerliste nicht berücksichtigt wurde, trotzdem alle Voraussetzungen dazu vorhanden waren. Zum Beispiel im Wahlkreise geboren Deutsche, die ihr Staatszugehörigkeitsergebnis und ihren Wittelspruch bei der Reklamation vorwiesen. Und was das Schandhafteste ist, die Ablehnung wurde den Betroffenen so spät zugestellt, daß jede Reklamation und nachträgliche Eintragung unmöglich wurde. Und liegt heute wieder ein solcher Fall vor: die Ablehnung ist vom 14. Januar datiert, die Zustellung erfolgte am 20. Januar. — Nach § 3 des Wahlreglements muß die Entscheidung über seine Reklamation jedem Reklamanten spätestens drei Wochen nach Auslegung der Wählerliste durch den Gemeindevorstand bekannt gemacht sein — also spätestens am 17. Januar. Der Abschluß der Wählerliste muß am 18. Januar erfolgt sein. Also jeder Wähler, dessen Reklamation zu Unrecht nicht berücksichtigt wurde, hat sofort beim Oberpräsidenten in Potsdam Beschwerde zu erheben, sowohl über die Ablehnung wie über die verspätete Zustellung. Wählen kann er freilich trotzdem nicht mehr, aber für den Wahlprotokoll sind diese Fälle wichtig, weil solche Stimmen dem unterlegenen Kandidaten zugerechnet werden müssen, was wichtig ist, wenn z. B. der freisinnige mit kleiner Majorität gewählt worden wäre.

Wir fordern alle solche zu Unrecht zurückgewiesenen Wähler zur Beschwerde an den Oberpräsidenten und zur Mitteilung an und oder das Wahlkomitee ihres Kreises auf.

Es ist ja gewiß eine Schande für den freisinnigen Berliner Magistrat, in solch bummeliger Weise solch wichtige Angelegenheiten zu behandeln. Wenn auch der Erfolg, nicht die Absicht, solcher Schlamerei für den Augenblick dem Freisinn zugute kommt, wir wollen aber dafür sorgen, daß das die Ende nachkommt. Und Herr Bürgermeister Reide wie Herr Stadtrat Fischbeck täten vielleicht besser, in solchen Dingen nach dem Rechte zu sehen, denn als Regierungskandidaten über Wählreden zu brüten.

Links oder rechts?

Die Wahlkandidaten, mit denen in Berlin der Freisinn unter der erst noch zu ermittelnden Gleichwohlhälfte der Konservativen

„das rote Banner herunterzuholen“ verspricht, bilden an sich schon ein wunderliches Sammelsurium von Rischmaßmännern aller Art. Sehr ergötlich trat das hervor in einer Versammlung freisinniger Wähler, die am Dienstag für den fünften Kreis abgehalten wurde.

Um den Kandidaten des Freisinn, den Stadtverordneten Cassel, den Wählern anzupreisen, war aus dem zweiten Kreis der dortige Freisinnkandidat Bürgermeister Reide herbeigeeilt. Herr Reide, der noch keine Erfahrung in Freisinnstreffen hat und daher noch das Herz auf der Zunge trägt, sprach von der Notwendigkeit, nicht nur die Sozialdemokratie zurückzudrängen, sondern auch in den Zentrumsturm eine Pflanze zu schlagen. Habe man erst das erreicht, dann sei die „Möglichkeit eines Kampfes zwischen links und rechts gegeben.“ Er sagte nicht, ob dann der Freisinn zur Linken oder zur Rechten sich zählen werde, ob er mit der Sozialdemokratie gegen die Konservativen oder mit den Konservativen gegen die Sozialdemokratie kämpfen werde. Herr Cassel begriff aber, daß bei dem wütenden Haß, mit dem der Freisinn die Sozialdemokratie wegen ihres rückhälligen Eintretens für Arbeiterinteressen verfolgt, kein Mensch darüber in Zweifel sein könne, auf welcher Seite dann der Freisinn zu suchen sein würde. Da galt es, zungenfertig zu korrigieren, was der Herr Bürgermeister unklar und vorlaut verpfuscht hatte. Was bei Herrn Reide in seinem „Wahlkreis der Kornschmitten, mindestens der Reichsten“ ausgeplaudert werden darf, das muß bei Herrn Cassel in seinem Wahlkreis möglichst vertuscht werden. Herr Cassel versicherte, Bülow's Wahlpatole „gegen Zentrum und gegen Sozialdemokratie“ habe sich als unhaltbar herausgestellt. Die Gegensätze zwischen Liberalen und Konservativen seien keineswegs verwischt worden, der Liberalismus kämpfe nach wie vor auch gegen die Konservativen. Da hatte der Herr Bürgermeister sein Fett weg! In einem Flugblatt unserer Genossen war übrigens gesagt worden, Herr Cassel habe in einer seiner Versammlungen den Fuhrtritt, den Bülow dem Freisinn erteilt habe, als „eine ziemlich befriedigende Zensur“ für den Freisinn akzeptiert. Ueber so viel Schlichtigkeit der roten erbot sich Herr Cassel so sehr, daß er in diesem Augenblick ein Bild von überwältigender Komik darbot.

Die Sozialdemokraten, diese schlechten Kerle, bereiteten ihm diesmal überhaupt viel Verdruß. Sie waren nur noch in geringer Zahl in seine Versammlung gekommen — und von den wenigen, die gekommen waren, tat fast niemand ihm den Gefallen, seine Schimpferei auf die Sozialdemokratie mit einem Zwischenruf zu beantworten. Die meisten waren boshaft genug, ihn schweigend anzuhören. Sie behaupten ihn hiermit der Möglichkeit, die Zwischenrufer in seinem schnoddrigen Ton herunterzumachen — und er kam so um den Haupteffekt herum. Es war amüsant, mit anzuhören, wie er seine Angriffe immer mehr steigerte, immer wieder auf die Sozialdemokratie zurückkam, und dennoch nicht erreichte, was er brauchte, um Eindruck zu machen. Er flicht förmlich um einen Skandal, aber der Trick mißlang. Doch die Antwort soll dem Freisinn nicht geschenkt werden: er wird sie am 25. Januar erhalten!

Im Traben zu fischen,

versuchen die Konservativen im 2. Wahlkreise durch die Kandidatur Reinhardt's. Auf den Stimmzetteln wird dieser Renommist als „Arbeiter“ Wilhelm Reinhardt bezeichnet und es ist nicht ausgeschlossen, daß am Wahltag Stimmzettelverteiler der Konservativen angezogen sind, Reinhardt als den Arbeiterkandidaten anzupreisen, um so Stimmen von Leuten zu bekommen, denen die Parteirichtung Reinhardt's nicht bekannt ist. Wir machen deshalb unsere Stimmzettelverteiler darauf aufmerksam, in solchen Fällen sofort darauf hinzuweisen, daß Reinhardt kein Arbeiterkandidat, sondern der Kandidat der Konservativen — ihr Werkzeug — ist und daß der wirkliche Arbeiterkandidat nur der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Richard Fischer ist.

Ständes Geschmeiß.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hat für eine Reihe Wahlkreise vorgesehen, im letzten Moment mit Flugblättern hervorzutreten, die die Persönlichkeit des sozialdemokratischen Kandidaten verdächtigen. Die Flugblätter sollen heute, teilweise erst morgen verbreitet werden, um eine Entgegnung unmöglich zu machen. In diesen widerlichen Flugblättern werden die Wähler himmelhoch gebeten, wenn sie nicht für den „nationalen“ Kandidaten eintreten wollen, doch wenigstens dem so nett verleumdeten Sozialdemokraten die Stimme nicht zu geben, sondern sich der Stimme zu enthalten.

Zu den Wahlkreisen, die von Reichsverbandsagnaden so beglückt werden sollten, gehört auch der Kreis Rieder-Warnim. Das Vorgehenmangel, das „Die Post“ und dergleichen Unratsloosen mit ihren politischen Hinterleuten zusammengebracht hatte, wurde zu einem Flugblatt „verarbeitet“. Als Verleger sollte fungieren Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, Berlin SW., Dessauerstraße 30. Doch das postalische Vorgehen war selbst dem Reichsverband zu gemein und dreist. Er lehnte die Uebernahme des Verleges ab. Nunmehr zeichnet kein Verleger, sondern als Drucker ist angegeben „Die Post“, Zimmerstr. 94, als Verleger, Verfasser oder Herausgeber ist niemand genannt, vielmehr nur vor der Angabe der Druckfirma „Wahlkomitee der nationalen Wähler“. Warum ist entgegen dem § 6 des Preßgesetzes kein Verleger genannt? Offenbar, weil niemand dies Simmelsammelsurium von frechen Verleumdungen gegen Genossen Stadthagen zeichnen wollte. Genosse Stadthagen hat ein begriffliches Interesse daran, die geistigen Väter des Verleumdungsblattes kennen zu lernen. Er hat deshalb unter Ueberreichung eines solchen Flugblattes bei der Staatsanwaltschaft beantragt:

auf Grund der §§ 6 und 28 Ziffer 1 die Flugblätter mit Beschlag zu legen und den Verfasser und Verleger zu ermitteln.

Dem für Rieder-Warnim bestimmten Flugblatt ist in der Anforderung, für Rieder zu stimmen, der ohnungsvolle Scherz passiert, daß als Datum des Stimmens für Rieder der 25. Februar genannt ist.

Wie wir in vorgetrübter Stunde erfahren, sind den Vätern dieses Sammelsuriums von Gemeinheit und Verleumdung Bedenken aufgefliegen, die veranlaßt haben, daß die Verbreitung des Lügengemengfels inhibiert worden ist. Und solche Elemente vertreten die „nationale Ehre“.

Mögen am 25. Januar diese „nationalen“ Verleumder die Antwort erhalten, die ihnen gebührt.

Von „Wahlmogezeiten“

wissen die bürgerlichen Blätter jetzt viel zu erzählen. Der Magistratsadjunkt versendet an die Zeitungen eine Notiz nach der anderen, in denen er die Behauptung aufstellt, daß bei früheren Wahlen vielfach gemogelt worden sei und die Vermutung ausspricht, daß es auch diesmal wieder an Mogezeiten nicht fehlen werde. Für Wähler,

die bezogen waren, berreist waren, krank waren, bereits gestorben waren, seien andere Personen zum Wahllokal gegangen und hätten unter falschem Namen gewählt. Diesmal aber werde man besser aufpassen, um die Mogler zu erwischen und sie zur Bestrafung zu bringen. Zum Ueberflus wird ein Rundschreiben des Ministers des Innern mitgeteilt, das auf die Strafbarkeit der „Doppelwähler“ hinweist. Jeder Wähler darf nur an einem Orte wählen, auch dann, wenn er etwa an zwei Orten in die Wählerliste aufgenommen worden ist. Gegen Doppelwähler soll mit aller Strenge vorgegangen werden.

Werkwürdig ist, daß all diese Erzählungen über Wahlmogeleyen fast niemals eine Angabe des Ortes enthalten, wo die Mogeleyen vorgekommen sein soll. Das hat auch seinen guten Grund. Wenn die Erzählungen nachgeprüft werden könnten, würde sich ergeben, daß ein paar Fälle dazu benutzt worden sind, das alte Wahlmährchen glaubhaft zu machen, es seien „umfangreiche Mogeleyen“ begangen worden. Mit diesem Mährchen pflegt besonders der Berliner Freisinn seine Niederlagen zu beschönigen; denn für freisinnige Wähler versteht es sich ja von selber, daß all die Freisinnigen nur sozialdemokratisch gewählt haben können. Wenn jetzt von freisinniger Seite und im Auftrage des Magistrats schon im voraus angekündigt wird, daß gewiß auch diesmal wieder gemogelt werden würde, dann läßt das eigentlich nicht darauf schließen, daß die Siegeszuversicht, die der Berliner Freisinn in seinen Wählerversammlungen zur Schau trägt, völlig echt ist. Offenbar soll im voraus angekündigt werden, daß man es wieder nur den „sozialdemokratischen Wahlmogeleyen“ zuschreiben habe, wenn der Freisinn die rote Fahne wieder nicht „runterholt“.

Mit welchen Mitteln übrigens hierfür Stimmung zu machen versucht wird, das lehrt eine Notiz, die wir in „Rotes Berliner Tageblatt“ finden. Da heißt es: „In den größeren Städten“ ist mehrfach amtlich festgestellt worden, so unter anderem 1898 im zweiten Berliner Reichstagswahlkreise, daß Almosenempfänger — in Berlin gibt es deren gegen 84 000 — Stimmen abgegeben haben.“ Hier ist ausnahmsweise mal der Ort und das Jahr genannt. Auch die Tatsache ist richtig. Warum aber hinzugefügt wird, daß es in Berlin 84 000 Almosenempfänger gibt, das wissen die Götter. Soll der schauernde Leser in den Gedanken verlegt werden, daß gar alle 84 000 wählen und den Freisinn um seine geträumten Lorbeerkränze prellen? Wählen kann ein Almosenempfänger doch nur, wenn er aus Versehen in die Wählerlisten geraten ist. Und dann noch eins, berechnetes Tageblatt: unter den 84 000 Almosenempfängern sind — mehr als 25 000 Frauen.

Der „alleinige“ liberale Kandidat des dritten Wahlkreises, Herr Rosenow, ist von der Unentbehrlichkeit seiner Person im Reichstage so durchdrungen, daß er alle Tage einige Male in die Welt hinausposaunt, Berlin geht zugrunde, wenn die Wähler des dritten Kreises nicht ihn — den Herrn Rosenow — wählen. Wie ungläublich aufgedunsen dieser „alleinige liberale Kandidat“ ist, geht zum Ueberflus aus einem Flugblatt hervor, das heute verbreitet wird und in welchem der eitle Herr unsere Genossen obendrein folgendermaßen beschimpft:

„Mitsbürger! Was sind das denn eigentlich für Leute, die unserm Rosenow den Sieg streitig machen wollen? Ihr habt es ja erlebt, wie diese Leute in unwürdiger Weise planmäßig und organisiert Sprengkolonnen in unsere Versammlungen entsenden haben, aus ohnmächtiger Wut darüber, daß Tausende von liberalen Wählern zu uns gedrängt sind, weil sie es müde sind, sich von den Sozialdemokraten tyrannisieren zu lassen.“

Die planmäßig organisierten Sprengkolonnen existieren, wie wir schon kürzlich nachwiesen, nur in der Phantasie des Herrn Rosenow, der jeden Zwischenruf, der während seiner Rede und auf seine Anpöbelungen unserer Partei gemacht wurde, als solche beabsichtigte Versammlungsunterbrechung ansieht.

Wie wir übrigens hören, wird Herr Rosenow in einer der nächsten Stadterordnetenversammlungen den Antrag stellen, die Anschlagstulen erheblich zu vergrößern. Bei der Wahl hat sich nämlich der Mißstand herausgestellt, daß sich die Säulen zur Aufnahme des Namens des alleinigen liberalen Kandidaten für den dritten Wahlkreis als zu klein erwiesen.

Zur Wahlhilfe für die Freisinnigen abkommandiert haben auch diesmal wie bei der letzten Wahl eine Anzahl Geschäftsinhaber ihre Angestellten. Von verschiedenen Seiten werden uns über diesen Mißbrauch der wirtschaftlichen Uebermacht der Unternehmer Mitteilungen gemacht. Im ersten Wahlkreise sind vom Freisinn gedruckte Briefe an die Inhaber größerer Legalfirmen und auch sonstiger Branchen versandt worden, in welchen um Ueberlassung von Personal für den Wahltag schon von vormittags 9 Uhr an gebeten wird. Unterzeichnet ist das Schriftstück von Herrn Dr. Hermes. In den betreffenden Geschäften wird nicht erst gefragt, ob sich der eine oder der andere freiwillig melden will, sondern es werden einfach eine Anzahl Personen zur Wahlarbeit bestimmt. Und daß ein Handlungsgeschäfte, wenn es auch noch so sehr mit seiner eigenen politischen Ueberzeugung im Widerspruch steht, oft genug nicht wagt, ein solches Ansuchen zurückzuweisen, wenn es par ordro de moufti an ihn ergeht, ist eine Leidee nur zu bekannte Tatsache.

So hilft der Freisinn politische Meinungsfreiheit schätzen! Außer dieser verlangten Abkommandierung der Angestellten durch Unternehmer greifen die Freisinnigen noch zu anderen Mitteln, um Hülfskräfte zur Wahl zu bekommen. Es wird uns berichtet, daß vom städtischen Arbeitsnachweis zahlreiche Frauen und Mädchen nach der Köpenickerstraße 94/97 geschickt wurden, um Flugblätter und Stimmzettel für Herrn Rosenow zu fertigen. Für neuverpflichtete Arbeiterinnen sollen 2,50 Mark bezahlt worden sein. Alle diese Mittel, die die Freisinnigen in ihrer Not anwenden, werden ihnen hoffentlich nichts helfen. Die Wähler haben längst erkannt, was Geistes Kinder unsere Freisinnigen sind und werden am Freitag, dem Wahltag, durch einen kräftigen Fußtritt quittieren.

Die Blüte der Nation will im Wahlkampf nicht zurückbleiben. Vor den Hochschulen werden Flugblätter an die Studenten verteilt, in welchen dieselben zu wirkungsvoller, vaterländischer Arbeit aufgefordert werden. Wir werden also am Wahltag auch den Studenten an der Arbeit sehen, wie er saumige Wähler nach „deutscher Art“ an die Wahlurne schleppt. Wird ein schönes Vergnügen werden!

Als Wahlrechtshüter scheint sich der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Herr Dr. Freund, der liberale Kandidat für Spandau-Distrikt betätigen zu wollen, wenn er von der Anordnung Kenntnis hat und sie billigt, die auf die Patienten und Wärter in der Heilstätte Lichtenberg Anwendung finden soll. Es wird uns berichtet, daß den Leuten dieser Anstalt jeder Urlaub zum Wahltag, dem 25. Januar verweigert wird mit dem Bemerkens: Wer trotzdem geht, könne seine Sachen gleich packen! Einmal verfährt diese Androhung gegen das Gesetz und zweitens würde sie Herrn Dr. Freund in eine noch hellere Beleuchtung rücken, wie das schon der Fall ist. Vielleicht nimmt sich der Vorstand der Landesversicherung dieser Leute an und stellt fest, wer hier der Schuldige ist.

Diesem Genossen, die ihre Tätigkeit am Wahltag auf dem Lande beziehungsweise in den Provinzstädten ausüben, wollen sich mit genügender Legitimation (Militärpapiere, Steuerzettel) versehen, um unnötigen Scherereien aus dem Wege zu gehen.

Zur Reichstagswahl erklärt der Magistrat gemäß einer Anordnung des Ministers des Innern folgende

Bekanntmachung: Die Wahlberechtigten sind berechtigt, von den zur Wahl erscheinenden Personen bei Zweifel über ihre Identität eine Legitimation zu verlangen und erscheinende Wähler, die neu zugezogen sind oder von denen sonst anzunehmen ist, daß sie auch anderwärts in die Wählerliste eingetragen sind, darauf aufmerksam zu machen, daß jedermann nur in einem Wahlbezirk und bei der Haupt- und Stichwahl je nur einmal wählen darf. Wir sind angewiesen, Personen, die unter falschem Namen oder mehrfach in verschiedenen Wahlbezirken gewählt haben, zur Bestrafung anzuzeigen.

Das Wahllokal des 715. Wahlbezirks ist nach Bräufelderstr. 15 bei Langfeld verlegt.

Wählerversammlungen. Erster Wahlkreis. Heute, Donnerstag abend 8 Uhr: Letzte Wählerversammlung bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35. Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr finden vier Wählerversammlungen statt und zwar in folgenden Lokalen: Arminhallen, Kommandantenstr. 20; Duggenbogen, am Moritzplatz; Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, und Märkischer Hof, Admiralsstr. 18c, in denen die Genossen Richard Fischer, Johannes Sassenbach, Richard Augustin und Adolf Cohen die Wähler „auf zur Wahl“ rufen werden.

Fünfter Kreis. Donnerstag, den 24. Januar, 8 Uhr abends, vier Wählerversammlungen: Lipp's Brauerei, Am Friedrichshain; Schweizer-Garten, Am Königsdamm; Altes Schützenhaus, Platenstr. 5; Johannisstr. 20. Referenten: Friedländer, Piepmann, Wels und Dr. Weyl sowie in allen Versammlungen Ansprache des Kandidaten Robert Schmidt.

Wir erwarten, daß alle Genossen und Genossinnen erscheinen und niemand bei diesen letzten Veranstaltungen fehlt. Die Wahlkomitees.

### Zentralwahlbureau unserer Partei.

- 1. Wahlkreis, Restaurant Weichsicht, Grünstr. 21. Amt I 1787.
  - 2. „ Referentenschule, Lindenstr. 3 (letzte Hof). Amt IV 10170.
  - 3. „ Restaurant Pasa, Dresdenerstr. 116. Amt IV 4174.
  - 4. „ „ Merkwski, Andreasstr. 26. Amt VII 945.
  - 5. „ „ Münzer, Sophienstr. 6. Amt III 8367.
  - 6. „ „ Fahrenow, Ravenstr. 6. Amt III 2137.
- Zeltow-Beeskow. Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstraße 3. Amt Charlottenburg 4606.
- Niederbarnim. Voghen-Rammelsburg, Tempel, Alt-Voghen 56. Amt VII 10 078.

Für diejenigen Kreise, welche am Wahltag Hülfskräfte gebrauchen, teilen wir nachstehend die Bezirkswahlbureau mit, von welchen aus die Zuweisung erfolgen kann:

- 2. Kreis. 1. Restaurant Siemers, Wilhelmsstr. 59, Amt VI 9247.
- 2. „ „ Grohmann, Magdeburgerplatz 3, Amt VI 9456.
- 3. „ „ Damm, Schützenstr. 18/19.
- 4. „ „ Schmidt, Lindenstr. 3, II. Hof.
- 5. „ „ Söh. Hornstr. 2, Amt VI 9964.
- 6. „ „ Thomsen, Snelkenaustr. 30, Amt IV 1408.
- 7. „ „ Leu, Voelckstr. 7, Amt IV 2340.
- 8. „ „ Donath, Schönleinsstr. 6, Amt IV 1391.

3. Kreis. Südost. Fröhlich, Muskaustr. 1, Amt IV 4519. Osten (Landsberger Viertel). Beyerhoff, Eibingerstr. 9, Amt VII 6348. Osten (Stalauer Viertel). Piez, Warschauerstr. 61, Amt VII 3327.

- 6. Kreis. 1. Bernau, Schwedterstr. 23, Amt III 83.
- 2. Ludwigstranz, N. 68, Dunderstr. 8, Amt III 8969.
- 3. Gube, Kopenhagenerstr. 74, Amt III 2472.
- 4. Wille, Brunnenstr. 188, Amt III 6325.
- 5. Frey Bergmann, Brunnenstr. 79, Amt III 2572.
- 6. Paul Egthen, Pflugstr. 5, Amt III 2271.
- 7. „ „ Georg Viedeke, Waldstr. 8, Amt II 660.
- 8. „ „ Frey Piez, Biesenstr. 29, Amt II 1288.
- 9. Heinrich Sauerweier, Raxstr. 16.
- 10. Albert Knapp, Grünthalerstr. 5, Amt III 787.

Die Wahlhelfer, die den ganzen Tag sich zur Verfügung stellen, wollen sich schon um 8 Uhr in dem Abteilungsbureau bezw. Bezirkslokal ihres Kreises einfinden, damit die Zuteilung der Wahlarbeit korrekt erfolgen kann. Diejenigen Genossen, die nur teilweise abkömmlich sind und zur Lösung anderer Genossen sich bereit erklärt haben, wollen sich recht pünktlich in ihrem Abteilungsbureau bezw. Bezirkslokale einfinden. Die Genossen des 6. Kreises, welche im 1. Kreise geholfen haben, werden gebeten, sich an den Stellen, an welchen sie vorher tätig waren, einzufinden.

Je zahlreicher aber sich Genossen am Tage der Wahl in den Dienst der Partei stellen, desto leichter und erfolgreicher wird die Arbeit und desto sicherer ist der Sieg! Der Aktionsauschuß.

### Wahlversammlungen. Erster Wahlkreis.

Die Versammlung, welche am Dienstag in Wendts Saal in der Weuthstraße tagte, war, wie die meisten Versammlungen, welche während dieses Wahlkampfes von unserer Seite veranstaltet worden sind, sehr gut besucht. Meistens waren es Handlungsgeschäfte, Hülfearbeiter aus kaufmännischen Geschäften, auch kleine Geschäftseute. Ein Publikum, wie es der Geschäftsgegend, in der das Versammlungslokal liegt, entspricht. Daß auch die Angehörigen dieser Kreise, welche bis vor kurzem noch zu dem Herdarm der bürgerlichen Parteien, besonders der Freisinnigen, gehörten, ihre Sympathie nun-

mehr der Sozialdemokratie zugewandt haben, das bewies der ungeteilte Beifall, den der Vortrag des Genossen Kaliski fand. Seine Kenngleichung der Demburgischen Kolonialreform, die scharfe Beurteilung des Verhaltens der Freisinnigen wurden mit ebenso lebhaftem, oft sämlichem Beifall aufgenommen, wie die Empfehlung der Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten. — Nach dem Referenten nahm Genosse Eisner das Wort. Es war eine durch Tatsachen gestützte scharfe Beleuchtung der deutschen Kolonialpolitik, die der Redner gab. Als die größte Gefahr der deutschen Kolonialpolitik bezeichnete er den Umstand, daß sie eine Bedrohung der englischen Kolonien sei, und daß sich deshalb schwere auswärtige Konflikte aus der abenteuerlichen Politik in Afrika ergeben würden. Der Ausfall der Wahl sei deshalb auch eine Frage an das internationale Schicksal Europas. — Zur Diskussion nahm ein Gegner, Dr. Thierbach das Wort. — Zu welcher Partei er sich rechnet, konnte man aus seinen Worten nicht ersehen. Anscheinend ist er ein Freisinniger, doch wählte er auf die vom Referenten vorgelegene außerst scharfe Beurteilung dieser Partei nichts weiter zu sagen, als daß man, auch ohne Sozialdemokrat zu sein, das persönliche Regiment nicht zu billigen brauche. Andererseits schien es wieder, als sei der Herr selber kein Gegner des persönlichen Regiments, wenigstens wollte er der Versammlung einreden, daß ja selbst in der sozialdemokratischen Partei ein persönliches Regiment des Genossen Nebel herrsche. — Durch diese alberne Rederei erntete der Herr Doktor natürlich nur allgemeines Gelächter und eine treffende Widerlegung durch den Referenten. — Damit war die Versammlung beendet.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee des ersten Kreises veranstaltete am Dienstag in der Johannisstraße auch eine Versammlung, die erst um 1 Uhr nachts eröffnet wurde. Warum begann die Versammlung zu so später Stunde? Wohl war es eine Wählerversammlung, wie deren schon eine große Menge stattgefunden haben und doch unterschied sie sich von allen anderen Wählerversammlungen dadurch, daß nur die Wähler eines besonderen Berufes, und zwar alle persönlich eingeladen waren. Den Wählern, welche in Hotels und Gastwirtschaften angestellt sind, galt die Einladung, und diese Arbeiter sind bekanntlich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht in ihrem Berufe beschäftigt und deshalb nicht in der Lage, eine Versammlung zu besuchen, welche abends stattfindet und schon zu Ende ist, wenn die Hotel- und Gastwirtschaften die kurze Ruhepause antreten können, die ihnen zwischen zwei Arbeitstagen vergönnt ist. Etwa 200 Personen waren in der Versammlung erschienen. Mit Verständnis und Interesse folgten sie den Ausführungen des Genossen Kaliski, der ihnen nachwies, daß es eine Folge der ausbeuterischen Gelfüste des Kapitals ist, wenn die Lage der hier in Frage kommenden Angestellten in den meisten Fällen eine weit schlechtere ist, als die Lage anderer Arbeiterschichten. Insbesondere erinnerte der Referent daran, daß die Hotelbdiener usw. noch immer des Arbeiterschutzes entbehren, den die sozialdemokratische Partei im Reichstage seit Jahren für diese Angestellten fordert, der ihnen aber durch die bürgerlichen Parteien bisher verweigert worden ist. Unter allseitigem lebhaftem Beifall forderte der Referent die Anwesenden auf, für ihre Interessen dadurch zu wirken, daß sie am 25. Januar dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme geben und auch unter ihren Kollegen, die nicht anwesend waren, in diesem Sinne zu wirken. Da nur die Sozialdemokratie für möglichst weitgehenden geschlichen Arbeiterschutz eintritt, so ist auch das Interesse der Hotel- u. d. Angestellten am besten gewahrt, wenn sie dem Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme geben. — Der lebhafteste Beifall, mit dem die Versammlung die Ausführungen des Referenten aufnahm, läßt erwarten, daß die Hotel- und Gastwirtschaftsangestellten im ersten Wahlkreise dem Rufe, der an sie ergangen ist, Folge leisten und an ihrem Teil beitragen werden zum Siege unseres Kandidaten, des Genossen Krone.

### Zweiter Wahlkreis.

Eine imposante Wählerversammlung, veranstaltet von den Genossen im zweiten Berliner Reichstagswahlkreis, tagte am Dienstag im Stablfement der Bodbrauerei am Tempelhofer Berg. Der Riesenaal füllte sich schnell, so daß man daran gehen mußte, die Tische zu entfernen. Redner des Abends war Paul Singer. Er wurde von den Tausenden, die der Wahlkampf zusammengeführt hatte, lebhaft begrüßt. Einleitend kennzeichnete er die Situation, die zur Auflösung des verflochtenen Reichstages geführt hat, wobei er unter hartem Beifall hervorhob, daß allerdings die Sozialdemokratie durchaus zufrieden sein könne damit, daß dieser Reichstag kein natürliches Ende gefunden habe, sondern vorher zu seinen Vätern versammelt wurde. Wohin der Kurs wirklich gehe, das sei durch ein Wort Wilhoms bei jenen Kolonialverhandlungen blickartig gezeigt worden: „Die Regierung könne sich vom Parlament und den Parteien nicht vor-schreiben lassen, wie viel sie zur Kriegsführung brauche usw.“ Es werde deshalb am 25. Januar neben vielen anderen wichtigen Fragen auch die zu entscheiden sein, ob den Ausschlag in derartigen Dingen nur geben solle das persönliche Regiment, die Militärdiktatur, der große Generalstab, oder ob nicht vielmehr das Wort des Volkes mit vollem Gewicht in die Waagschale zu werfen sei. (Lebhafter Beifall.) Wir meinen, daß des Volkes Wille das höchste Gesetz sein müsse. (Stürmische Zustimmung.) In großen Umrissen zeichnete Redner ein wahrheitsgetreues Bild der reichs-deutschen Politik auf den verschiedensten Gebieten, unter Beachtung der damit verbundenen Volkserwüstung. Ein besonderes Kapitel widmete er auch der Kolonialpolitik der Firma Wölows, Demburg u. Co., bei deren Phantasien man an das berühmte oder vielmehr berüchtigte Beispiel der Potemkinschen Dörfer erinnert werde. (Allgemeine Heiterkeit und Beifall.) Sorgen wir am 25. Januar dafür, daß der Kolonialparoxismus etwas ernüchtert werde. — Eine gründliche Abrechnung hielt Genosse Singer mit dem Freisinn, dessen Sünden und dessen absolute Unzuverlässigkeit er unter vielfachen Beifallsbezeugungen einer sehr scharfen, indessen ebenso gerechten Kritik unterzog. Mit Verbe trat er für die Wahl des Genossen Richard Fischer als den Kandidaten der Sozialdemokratie ein. Schmutzläbel über Schmutzläbel schützte die freisinnige Gesellschaft in diesem Wahlkampf über sozialdemokratische Kandidaten aus. So auch über den Kandidaten des zweiten Wahlkreises. Nur damit es nicht so aussähe, als ob man nichts zu den elenden Verleumdungen in den gegnerischen Flugblättern zu sagen wisse, komme er darauf zurück. In Richard Fischer besähen wir einen der bravsten und ältesten, im Feuer des Sozialkampfes und im Gefängnis gehärteten Kämpfer. In früherer Jugend habe er das Los der Verbannung über sich ergehen lassen müssen, weil er für seine Ueberzeugung eingetreten sei. Wenn trotz aller Aufklärungen die Freisinnigen in ihren Flugblättern an den Verleumdungen gegen Richard Fischer festhielten, so gebüete dazu die ganze Verfaßte eines politischen Komödis. Daß Differenzen in der Buchdruckerlei des „Vorwärts“ vorgekommen seien, habe niemand geleugnet. Aber als ein genauer Sachkenner dürfe er sagen, daß sie zum allgeröchelten Zeile zur Zufriedenheit der Arbeiter beigelegt seien. Ohne Ueberhebung dürfe er darauf hinweisen, daß die Arbeitsverhältnisse im „Vorwärts“ weitens bessere seien, als in anderen, in bürgerlichen Betrieben. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse seien im „Vorwärts“ in einer Weise geordnet, daß den Arbeitern alle Rechte, die ihnen zustämen, zugestanden seien. Daß in einem Großbetriebe Meinungsverschiedenheiten vorkämen, wer wolle das leugnen! Sei das ein Grund dafür, den „Vorwärts“ in so gemeiner, nichtswürdiger Weise als eine Ausbeutungsbude hinzustellen? Die infamere Behauptung, es sei ein Buchhändlergeschäft, enthalte nicht nur eine Verleumdung der leitenden Personen und der zuständigen Kommission, sondern auch der im Betriebe beschäftigten Arbeiter. Was vorgekommen, seien kleine Differenzen, die ihren Ausgleich gefunden hätten. Daß Fischer Arbeitern die Ehre abgestritten habe, sei eine gemeine nichtswürdige Verleumdung. Die fragliche Äußerung sei in einem ganz anderen Zusammenhang gefallen, und die Arbeiter selber hätten erklärt, sie könnten den Worten eine solche Auslegung nicht geben. Ebenso sei es eine perfide Verleumdung, daß die Selbständigkeit der Arbeiter mit Füßen getreten und ihre Ehre angefochten werde durch Kontrollmaßregeln. Fischer habe es

bisher mit Recht unterlassen, zu antworten auf die Schmähungen gegen ihn. Das richtigste wäre ja auch ein Schweigen der Berachtung. Nachdem aber die Frage in den Flugblättern der Liberalen aufgerollt sei, halte Redner es für eine Pflicht des Anstandes, zu erklären, daß Fischers Bestimmungen sich in demselben Rahmen bewegt hätten, wie er durch die Firmenträger und durch die beigeordnete Kommission vorgeschrieben sei. Eine grenzenlose Gemeinheit stellten die Angaben dar, daß Fischer in seiner Person ein Ausbund von Ausbeutungspolitik sei. Glaube man jenen Leuten ihre Worte nicht! Betrachte man sie als das, was sie sind, als gemeine nichtswürdige Wahlmänner der Liberalen, die mit den Waffen der Verleumdung kämpfen. (Stürmischer Beifall.) In Leipzig hätten gegenüber ähnlichen Verleumdungen die Buchdrucker erklärt, nur in der Sozialdemokratie ihre Vertretung zu finden. Nach seiner festen Überzeugung würden ebenso die Buchdrucker Berlins sprechen, würden auch die des „Vorwärts“ sprechen. Jene Subleihen des Freisinnigen können noch unter denen, die bisher ein Monopol des Reichsverbandes zur Verleumdung der Sozialdemokratie gewesen seien. (Lebhaftes Zustimmung.) — Nachdem Redner noch die Gefahr beleuchtet hatte, in der sich das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht befindet, schilderte er Wicken und Ziele der Sozialdemokratie, um dann seinen mehr als 2½stündigen Vortrag mit einem flammenden Aufruf zu intensiver Wahlagitatio n zu schließen. Tue ein jeder, auch die proletarische Frau, seine Schuldigkeit, damit Richard Fischer mit glänzender Majorität gewählt werde und auch über dem zweiten Kreise wieder die rote, die siegreiche Fahne der Sozialdemokratie wehe! — Gewaltig durchbrause minutenlang der Beifall der versammelten Tausende den Saal. — Nach kurzer Diskussion schloß die imposante Versammlung mit dem alten Kampfruf.

### Dritter Wahlkreis.

„Die Wahlen und die bürgerlichen Parteien“ war die Tagesordnung zweier Wählerversammlungen, die unsere Parteigenossen am Dienstag im dritten Wahlkreis veranstaltet hatten. Die große Halle hatte dahin gewirkt, daß die Versammlungen nicht so außerordentlich stark besucht waren wie bisher, doch hatte sich sowohl im „Deutschen Hof“ wie in den „Arminhallen“ eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden.

Im großen Saale des „Deutschen Hofes“ sprach der Kandidat des Kreises, Genosse Heine. Seine wirkungsvolle Rede wurde oft von Beifall, aber einige Male auch von gegnerischen Zwischenrufen unterbrochen. Dies war der Fall, als der Redner von der unglücklichen Ehe oder Paarung zwischen Freisinnigen und Konservativen sprach und den Freisinn als die Frau bezeichnete. Da rief ein Freisinniger oder Demokrat: „Die Frau behält aber meistens Recht!“ — „Das mag bei euch so sein“, erwiderte Heine; „aber eine solche Frau, die von vornherein so wenig Achtung einflößt wie die Tante Voh, wird nicht Recht behalten und nicht gut behandelt werden von ihrem Manne, dem preussischen Junkertum.“ — In der Diskussion stellte sich der Zwischenrufer als ein weit links stehender „Demokrat“ vor, erklärte, daß er im Prinzip mit Heine nicht uneinig sei, daß aber Rosenow nicht der „schlimmste Mann“ sei, als der er hingestellt worden wäre. Ob die Freisinnigen sich paaren würden mit den Konservativen, müsse man erst „abwarten“. Daß die Freisinnigen für die sogenannten lumpigen 9 Millionen stimmten, käme dann in Betracht, zumal jetzt ein Mann an die Spitze der Kolonialverwaltung gestellt wäre, der gewillt sei, den Saal auszumüllen. Warum aber gingen Sozialdemokratie und Zentrum zusammen, wie im heutigen „Vorwärts“ steht? Gegen Junkertum und Dunkelmann müsse gekämpft werden. Man solle dahin streben, daß der Liberalismus sich mehr nach links, die Sozialdemokratie mehr nach rechts entwickle. — Natürlich war es Heine ein leichtes, nachzuweisen, wie irrig und töricht jene Behauptungen sind. Gerade am „Vorwärts“ vom Dienstag zeigte er, daß die Sozialdemokratie den Kampf gegen das Zentrum mit unverminderter Kraft führt und gegen die Dunkelmänner vorgeht in einer Weise, die jede Bundesgenossenschaft ausschließt, daß aber, wie der Wahlkampf und die freisinnige Presse beweist, das Wahlbündnis zwischen Freisinnigen und Konservativen eine offensündige Tatsache ist. Ebenso wies der Redner nach, wie eitel die Hoffnung ist, daß Dernburg der starke Mann sein werde, der der kolonialen Miswirtschaft ein Ende bereitet; daß es sich bei dem Bewilligungsgesetz der Freisinnigen nicht um 9 Millionen, sondern um viel höhere Summen und tatsächlich um das Budgetrecht des Reichstags handelt, und daß der Vorwars, daß die Freisinnigen die demokratischen Ideale vertreten haben, nur zu berechtigt ist. — Die Ausführungen Heines wurden ebenso wie die einiger anderer Parteigenossen mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In den „Arminhallen“ sprach Genosse Fülle zu einer zahlreichen Versammlung, die mit größter Aufmerksamkeit seinen Ausführungen folgte und lebhaft ihren Beifall spendete. Der Redner schilderte die reaktionäre Miswirtschaft im Reich und in den Kolonien, räumte mit verschiedenen Vorwürfen der Gegner auf und bemerkte unter anderem, er habe bei seiner Agitation in der Provinz die Erfahrung gemacht, daß auch dort selbst uns fernstehende Wähler den Schwirbel, die „nationale Ehre“ stehe auf dem Spiele und es handle sich um das Wohl „unserer braven Jungen“, sofort durchschauten und erklärten: „Ach was, das ist ja alles Unsinn, was in den nationalen Blättern steht.“ — Der Mahnung des Redners, alle Kraft einzusetzen, um dem sozialdemokratischen Kandidaten einen glänzenden Sieg zu sichern, stimmte die Versammlung begeistert zu.

### Sechster Wahlkreis.

Die am Dienstag abgehaltene Wählerversammlung bei Daase, Brunnenstr. 104, gestaltete sich für die Anwesenden zu einem in mehrfacher Beziehung recht interessanten Abend. Als Referent war Genosse Dümel erschienen. Redner streifte kurz die bekannten Ursachen der Reichstagsauflösung und ging dann in großzügiger Weise auf eine Reihe derjenigen Fragen ein, die uns als grundsätzlich von unseren Gegnern trennen. Seine treffliche Kennzeichnung des heutigen Staates nicht als Kultur-, sondern als Polizeistaat, sowie das anschauliche Bild, das er von der Struktur unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung und den daraus erwachsenden natürlichen Klassengegensätzen entwarf, sicherten ihm den lebhaftesten Beifall der Versammlung. — Als erster Diskussionsredner meldete sich ein junger Genosse, der den Feldzug gegen die Hereros als Afrika-Krieger mitgemacht hatte und sich jetzt invalide fühlt. Es sei alles so ganz anders gekommen, als wie es ihm hier bei der Truppe so schön vorgebildet worden war. Und nun schilderte er Südwest-Afrika gerade nicht als Dernburgsches Dattelland. Im Gegenteil: Enttäuschung auf Schritt und Tritt. Trauriges Oedland, Dornbüsche, spärliches Hartgras, Wüstensand, Steinboden, meilenlange Durstpfeden, freipierte Zug- und Reittiere, hin und wieder mal ein elendes stinkendes Wasserloch mit totem und lebendem Viehzeug drin, Strapazen, Tag- und Nachtmärsche, Kampf am Waterberg, Durst und nochmals Durst und endlich — Typhus. Nur einen Lunz fand er nach seiner Genesung: Klaus aus Afrika. Mit dem „Heldenkum“, mit den erträumten Abenteuern wars nichts. Und wo für hatte er gefittet? Jetzt weh er's. „Die Sozialdemokratie hat durchaus recht“, so schloß er, „wenn sie sagt, daß jeder, der von Südwest-Afrika wieder heimkehrt, als Sozialdemokrat zurückkommt. Nicht durch neue Truppenentsendungen wird den armen Soldaten dort unten geholfen, sondern dadurch, daß man sie sämtlich wieder zurückholt, so wie es die Sozialdemokratie will.“ Mit dieser einfachen, ungekünstelten Erzählung seiner eigenen Erlebnisse hatte der kurtierte Afrika-Krieger ein wesentliches zur Bestätigung, was die Sozialdemokratie schon längst über das Dernburgsche „Wunderland“ gesagt hat. Nach diesem Redner wandte sich Fraulein Hoppe mit eindringlicher Mahnung an die anwesenden Frauen, auch ihrerseits nach Kräften für den Wahlsieg der sozialdemokratischen Partei zu wirken, wenn auch nicht als Wählerinnen, so doch als Wählerinnen. Daraus meldete sich ein junger Mann als Gegner zum Wort. Er wählte offenbar noch selbst nicht zu welcher Parteirichtung er sich eigentlich bekennen sollte. Daß gab er sich als Bodenreformer und halb als

Antifemil. Genosse Dümel belehrte in seinem Schlußwort den judenfeindlichen Reformschwärmer ebenso wohlwollend wie schlagfertig über das Inhaltbare seiner verworrenen Anschauungen. Mit einem Hoch auf die Partei wurde die Versammlung sodann um Mitternacht geschlossen.

In Wallkniebers Saal hatten sich die Wähler vom Gesundbrunnen ebenfalls wieder zahlreich eingefunden, um ein Referat des Genossen Fagels über die bevorstehenden Reichstagswahlen entgegenzunehmen. Redner behandelte alle einschlägigen Fragen der deutschen Tages- und Weltpolitik gemeinverständlich und mit großer Sachkenntnis, so daß die Versammlung seinen Ausführungen lebhaften Beifall spendete. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Vom Vorsitzenden wurde alsdann nochmals auf die Notwendigkeit einer möglichst rührigen Haus- und Werkstattagitation hingewiesen, damit der Genosse Ledebour als Vertreter des größten deutschen Wahlkreises auch mit einer entsprechend hohen Stimmenzahl gewählt werde.

Die Versammlung im „Swinemünder Gesellschaftshaus“ war um 8 Uhr abgesperrt. Eine dichtgedrängte Menge lauschte den Ausführungen des Genossen Strobel über die bevorstehende Reichstagswahl. Der Referent fand lebhaftes Zustimmung, als er erklärte, daß die Regierung überrascht sein werde von der Antwort, die das Volk auf die ihm zur Entscheidung übergebenen Fragen am 25. Januar erteilen wird. Mit gespanntem Interesse folgte die Versammlung dem Bilde, das Strobel von der Kolonialpolitik entrollte und helle Entrüstung brach aus, als er einige der Kolonialgreuel schilderte. Er ging dann auf die Geschichte der Auflösung des Reichstages ein und zeigte, wie die Regierung den Reichstag täuschte und wie das Wort von der „nationalen Ehre“, die auf dem Spiele stehen soll, nur eine hohle Phrase ist. Die sozialdemokratische Partei gibt die Parole aus, daß mit dem ganzen System gebrochen werden muß und fordert die Wähler zur Gefolgschaft auf. Der Sieg, den uns der 25. Januar bringen wird, soll wieder eine Etappe auf dem Vormarsch zur sozialistischen Gesellschaftsordnung sein. Stürmischer Beifall folgte diesen Schlußworten des Redners. Es wurde noch bekannt gemacht, daß der 4. und 6. Kreis viel Kräfte für die Agitation in der Provinz brauchen, denn diesen Kreisen ist vornehmlich die Aufgabe zugefallen, in der Provinz zu wirken.

### Kreis Teltow.

#### Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie

Stellt sich jetzt das „Rixdorfer Tageblatt“ dem Wahlausschuh der „geeinigten nationalen Parteien und Vereinigungen“ zur Verfügung. Bereits in der vorgeschriebenen und gefrigen Nummer des Blattes befindet sich der Wahlaufsatz gegen die Sozialdemokratie. Die hunderte und tausende Arbeiterwähler, die innerlich schon längst zur Sozialdemokratie gehören, aber noch „unparteiischen“ Blattes sind, haben jetzt das Vergnügen, sich in diesem Blatte beduht und bekämpfen zu lassen. In geradezu demagogischen Wendungen laßt der Aufsatz gegen die Sozialdemokratie Stimmung zu machen. Den Abmotten wird die Gefährlichkeit und feindliche Haltung der Sozialdemokratie gegen den kleinen Geschäftsmann und Mittelstand zum Erbfeind vor Augen geführt. Die Sozialdemokratie ist in dem Aufsatz die Ausbeuterin der Arbeiterklasse und laßt denselben den siebenfachen Betrag aller Staats- und Gemeindefteuern zu Parteiabgaben aus der Tasche. Selbst das Lieb vom Terrorismus der Sozialdemokratie fehlt nicht. Dieser blödsinnige Schwirbel dürfte wohl der Rixdorfer Arbeiterklasse zur Genüge beweisen, daß mit ihr eitel Vauernfang getrieben werden soll. Es laßt nur eine Lohung für sie geben, den sozialdemokratischen Kandidaten Frey Zubeil gegen den Kandidaten der reaktionären Parteien Boddin zum Siege zu verhelfen.

Bürgerliche Wahlkampfspenden. In einer Quittung teils der „Friedenauer Lokal-Anzeiger“ mit, daß Ende der vergangenen Woche zum Kampf gegen die Sozialdemokratie schon 8,50 M. eingegangen wären. Nun ist dem Blatt ein Eingehandszugesangen, in welchem eine gerechte Verteilung obiger Summe vorgeschlagen wird. Das Eingehands hat folgenden Wortlaut: Das ist ja ein großartiges Resultat! Als Verteilungsmodus schlagen wir dem geschätzten „Lokal-Anzeiger“ vor, von diesen für den Wahlausschuh aller bürgerlichen Parteien eingegangenen 8,50 Mark zu senden, 1. an den konservativen-liberalen Kandidaten Boddin in Rixdorf 4,15 M., 2. an den liberalen-konservativen Kandidaten Reufer in Charlottenburg 4,15 M., 2 Postanweisungen a 10 Pf. Poeto = 20 Pf., zusammen 8,50 M. Bei dieser Opferwilligkeit des Friedenauer Bürgerkums werden wir wohl darauf verzichten müssen, Flugblätter zur Empfehlung dieser beiden Kandidaten zu erhalten, die ja doch nur Unwahrheiten enthalten würden. Es hat auch alles keinen Zweck, gewählt wird Frey Zubeil, und zwar deswegen, weil er mit Entschiedenheit die liberalen Forderungen vertritt und weil er über unsere schamlosen Zustände so denkt, wie die Mehrzahl der gebildeten Wähler. Mehrere wirklich Liberale von Friedenau.

Ein hierauf folgendes Eingehands erklärt die erste Zufahrt als ein „Wachwerk verkappter Anhänger des zukünftigen Justizstaates“. Des weiteren wirt ihnen der Einleider Wangel an Bildung vor. Es sei, heißt es weiter, eine Unverschämtheit, ihren mangelhaften Geisteszustand der Mehrzahl der gebildeten Wähler zu imputieren. Diese werden ihnen im übrigen am 25. Januar die richtige Antwort zuteil werden lassen. Es ist sicher keine angenehme Sache, sich für herztliche Spenden noch verulken lassen zu müssen. Indes 8,50 M. zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist gerade nicht zu viel, wenn man bedenkt, daß das Sammelergebnis der Friedenauer Sozialdemokratie bereits 850 M. beträgt. Die Friedenauer Genossen müssen aber dafür sorgen, daß selbst die paar lumpigen Groschen, die einige Bürgerliche zur Bekämpfung der Sozialdemokratie hergeben, umloft großfeyt sind. Die heutige Versammlung bietet noch einmal Gelegenheit zu demonstrieren und sich zum morgigen Wahlkampf zu rüsten. Alle Wähler müssen heute abend in der Versammlung erscheinen.

„Wie stellt sich die ländliche Bevölkerung und die Schiffer zu der bevorstehenden Reichstagswahl?“ lautete das Thema zweier Wählerversammlungen in Lebbin bei Storkow und Bernsdorf, in denen die Genossen Horlich und Störmer referierten. Die treffenden Darlegungen der Referenten riefen den stürmischen Beifall der Versammelten hervor.

Niederlehme. Eine aus deutschen und polnischen Wählern bestehende Versammlung nahm am Sonntag im Wallkniebers Saal Stellung zur Reichstagswahl. Der Referent Chryznowski-Berlin hielt sein Referat in polnischer und deutscher Sprache und führte somit den zahlreichen Anwesenden in klarer verständlicher Form die politische Lage vor Augen. Er zeigte den Woten, daß die polnische Fraktion die Regierung bei allen kulturfeindlichen Plänen unterstützt hat und nur die Sozialdemokratie die Wahren der Interessen der Nichtbesitzenden ist. Es müsse deshalb Pflicht der polnischen Wähler sein, ihre Stimme nur dem sozialdemokratischen Kandidaten Frey Zubeil zu geben. Ein Herr Wosinski-Berlin vom polnischen Nationalkomitee konnte zwar den Ausführungen des Referenten nicht entgegenreten, er meinte jedoch, durch den Zusammenhalt der Polen werde der Regierung begünstigt gemacht, daß ihre Unterdrückungspolitik gegen die Polen nicht nahe. Die Ausführungen des Redners wurden von den folgenden Diskussionrednern widerlegt. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammelten in Niederlehme erklären heute, 20. Januar, sich mit den Ausführungen des Genossen Chryznowski einverstanden und verpflichten sich, am 25. Januar wie ein Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten Frey Zubeil zu stimmen.

In Hauke's Abloge hörten am Dienstag im „Seglerklub“ die Reutheuer Wähler, denen durch Saalverweigerung ein Lokal am Orte selbst nicht zur Verfügung steht, ein Referat des Genossen Kurt Heinig-Berlin. Die Versammlung war trotz der „Gunde-fälle“ und der weiteren Entfremdung des Lokals von dem weitau-gekehrten Reutheuer gut besucht und ihr Verlauf laßt darauf schließen, daß die Stimmenzahl für Zubeil eine beträchtliche Erhöhung erfahren wird. — Im zweiten Punkt der Tagesordnung rechnete die

Versammlung mit den Reutheuer Saalverweigerern Trill, Lindemann und Kasiaebt gründlich ab und gelobte, alles daran zu setzen, den von den Großen der Arbeiter lebenden, sie aber höhennenden und durch Saalverweigerung bestämpfenden Herren die gebührende Quittung zu erteilen.

### Nieder-Barnim.

In Weihensee beschäftigte sich eine Wählerversammlung polnischer Sozialdemokraten mit der Reichstagswahl. Zu derselben hatte sich eine Anzahl Nationalpolen eingefunden. Die den Ausführungen des Referenten Abramowicz mit gespannter Aufmerksamkeit folgten. Derselbe plädierte für einmütiges Eintreten für den sozialdemokratischen Kandidaten Artur Stadthagen, da eine polnische Sonderlandabatur nur Stimmenspaltung herbeiführen würde. Eine in diesem Sinne verfaßte Resolution fand gegen einige Stimmen Annahme.

Die zum Dienstag nach Enders Lokal in Weihensee einberufene Wählerversammlung war bis auf den letzten Platz gefüllt. Wohl 1200 Personen waren anwesend. Die Ausführungen des Kandidaten Genossen Stadthagen fanden braunenden Beifall. Der Vorsitzende Genosse Taubmann forderte in erster Reihe die Gegner wiederholt eindringlich auf, das Wort zu ergreifen. Endlich nahm Professor Kemis, der Leiter des hiesigen Ordnungsbereichs, das Wort. Seinen Ausführungen gegenüber bewährten die Versammelten die größte Ruhe, wiederholt löste aber die gar zu sonderbare Vogit des Herrn Professors wahre Heiterkeitsstürme aus. Man solle, meinte der Professor, doch in nationalen Dingen einander nicht bekämpfen, dazu gehörten die Kolonien, die seien notwendig. Denn wo sollen wir mit unserem Reichum hin? Habe doch der Nationalwohlsand seit 1870 um 30 Milliarden zugenommen. Wenn nicht sofort, so würden doch auch die Arbeiter in 20, 30, 40 oder 50 Jahren Vorteile haben. Das Zentrum sei zu bekämpfen. Denn 1872 bis 1878 stand es in Opposition, nie tue es etwas umsonst, immer treibe es Kuhhandel, wen die Schwarzen gepakt, den lassen sie nicht aus den Fingern, er erinnere an den Kanofgang im Väterhemde um. Als die Versammlung die kulturkämpferischen und die herrschende Klasse unbewußt verpöhlenden Ergüsse des Jugendbildners mit heiterer Ruhe anhörte, polterte er erklaunt los: „Sie sind ja selbst Gegner des Zentrums, warum küssen Sie mich nicht Weifall?“ Lustiger ironischer Beifallsturm erreute darauf den geistigen Führer des „nationalen“ Breies. Dann bat er die Anwesenden himmelhoch, doch für die Reaktionäre zu stimmen. „Sie brauchen Ihrer sozialdemokratischen Begegnung nichts zu verbergen, Sie können Sozialdemokraten bleiben, wenn Sie für uns stimmen“, apostrophierte er unter schallendem Gelächter die Zuhörer. So hatte der Professor den Wilkowschen Sammelruf noch übertrumpft. Weitere Gegner meldeten sich trotz wiederholten Aufrufs nicht. Dem Professor wurde von dem Genossen Seger, von Frau Leuber und Sommerfeld arg heimgeleuchtet und betont, wie dringend notwendig gegenüber der Agitation der Gegner durch wirtschaftlichen Druck, heimliche Verleumdungen und unheimliche Verleumdungen es sei, daß der Mann zum Protest gegen das herrschende Verleumdungs- und Ausbeutungssystem aufgedoten werde, um so durch eine imposante Mehrheit der Reaktion das Wiederkommen zu verhindern. Nach einem die professoralen Glossen zerpfählenden und zur intensiven Arbeit anfeuernden Schlußwort des Genossen Stadthagen schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie und ihren Sieg die imposante Versammlung.

Heinersdorf bei Weihensee. In den letzten Tagen hatte der bekannte Lehrer Berg im Orte eine Wählerversammlung aller nationalen Parteien einberufen und in der Einladung volle Redefreiheit zugesichert. Unsere Parteigenossen von Weihensee besuchten in der Stärke von etwa 100 Personen zusammen mit den Heinersdorfer Parteigenossen diese Versammlung. Herr Berg betrat um 9½ Uhr den Saal. Wer aber glaubte, die Ursachen der Reichstagsauflösung, oder so etwas wie ein „nationales“ Programm, oder auch nur die Empfehlung irgend eines Kandidaten zu erfahren, wurde schwer enttäuscht. Dafür mußten der Reichum der sozialdemokratischen Führer, „Wobels Bild“, Stadthagens Betreibe-spekulationen“ usw. herhalten. Die Versammelten, unter denen die 15 bis 20 „Nationalen“ wie eine Schar verschämterter Kläulein saßen, bewahrte angesichts der Anpöbelungen eine musterhafte Haltung. Der Referent betonte beständig seine Arbeiterfreundlichkeit und brachte es richtig fertig, bis nach 11 Uhr zu reden, so daß den eingezzeichneten Rednern nur je 10 Minuten Zeit blieb. Genosse Strabm bezeichnete sehr treffend die Ausführungen als ein „Medetragout“, welches mehr Zeit zur Widerlegung brauche und wies energisch die Berunglimpungen unserer verdienten Parteiführer zurück. Der nächste Redner, ebenfalls ein Parteigenosse, ging mit Herrn Berg scharf ins Gericht, wies, soweit es in 10 Minuten möglich war die Gemeingefährlichkeit der jetzigen Politik nach und erreichte denn auch, daß Herr Berg bei dem Hintwies auf die alten Wäpchen über unsere leitenden Führer newös wurde.

Der Vorsitzende unterbrach und wies auf die Poltegestunde hin: da aber keine Polizei anwesend war, erklärte Herr Berg selbst das Hausrecht vom Birt übernommen zu haben und ein Weiterreden nicht gestatten zu können; dies hielt ihn aber nicht ab, selbst noch ¼ Stunde beim Schlußwort zu vertweilen.

Mit einem braunenden Hoch auf die Sozialdemokratie verließen die Genossen den Saal.

Die Versammlung hat in diesem unreaktionären Ort in der Nähe Berlins, in dem kein Saal für uns zu haben ist, großen Eindruck gemacht, so daß sogar der Vorsitzende erklärte: er sei nicht mit allen Ausführungen des Referenten einverstanden und wolle noch eine zweite Versammlung einberufen.

Reinickendorf. Das Wahllokal im 109. Wahlbezirk ist nicht Provinzstr. 86, sondern 76 bei Großmann.

Auch in Wahltdorf ist die Stimmung eine glänzende, was die am Dienstag gut besuchte Wählerversammlung, in welcher Genosse Kloth referierte, bewies. Die anwesenden Gegner meldeten sich trotz mehrmaliger Aufforderung nicht zum Wort. Das war um so auffallender, als aus einer vor einigen Tagen stattgefundenen „nationalen“ Wählerversammlung, in der Bürgermeister Zietzen referierte, unsere Parteigenossen vor Beginn der eigentlichen Versammlung mit dem Hintwies auf das Hausrecht ausgewiesen wurden, weil angeblich in einer vorher in Kaulsdorf stattgefundenen sozialdemokratischen Versammlung keine Redefreiheit gewährt worden sei.

In Schneide referierte vor gut besuchter Versammlung Genosse Rühl, dessen Ausführungen die bereits vorhandene Wahlkampfstimmung noch günstiger gestalteten. Genosse Danzmann forderte die Anwesenden noch zum Schluß auf, sich am Wahltag voll und ganz zur Verfügung zu stellen.

Grenzschiff-Buchholz. Am Montag referierte Genosse Stadthagen in überfüllter Versammlung im Röhrensee Saal. Der Beginn der Versammlung mußte leider hinausgeschoben werden, da der Referent nicht den Bahnanschluß erreichte. Der Vorsitzende füllte durch Mitteilungen über die Agitation und Wahlhandlung die Pause aus. In eindringlicher Rede legte Genosse Stadthagen unsere Stellungnahme zu der durch die Reichstagsauflösung geschaffenen politischen Lage in Deutschland auseinander und erläuterte kurz die hauptsächlichsten Programmforderungen. Die Zeit war kurz bemessen, da um 10 Uhr Poltegestunde ist. Lebhafter Beifall wurde dem Vortragenden beifolgt und nach einem kurzen anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden gingen die Versammelten mit Hochrufen auf die Partei und den Genossen Stadthagen auseinander.

Die am Sonntag vom Wahlverein für Waldmannslust und Umgegend nach Stolpe bei Bergemann einberufene Volkerversammlung war gut besucht. Der Referent Genosse Denger entliegte sich seines Auftrages in 1½stündiger, oftmals von lebhaftem Beifall unterbrochener Rede. Unbarmerzig ging er mit den Gegnern und deren Flugblättern ins Gericht. An der Debatte beteiligten sich in

längeren Ausführungen die Genossen Neumann, Quade und Kottlerba. Die beiden Gegner, welche zur allgemeinen Freude erschienen, waren inzwischen verduftet. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

5-600 zählte die Besucherzahl einer am Dienstag in Friedrichshagen stattgehabten Wählerversammlung. Der Lokalteil war vollständig gefüllt. Das Referat hielt Genosse Wermuth, dessen Ausführungen lebhaften Beifall fanden. Am gleichen Abend hatten auch die bürgerlichen Parteien eine Versammlung nach dem Eiseller einberufen, in der der Kandidat Pfeiffer als Referent angekündigt war. Die paar „nationalen“ Seelen blieben aber hübsch unter sich.

## Der Wahlkampf in der Provinz Brandenburg.

Im Wahlkreis Potsdam-Osthavelland wurde der letzte Sonntag vor der Wahlkampfzeit zu reger Agitationsarbeit benutzt. Zahlreiche Wählerversammlungen fanden statt, zum Teil unter freiem Himmel, so in Schönwalde, Zaheland, Pausin, Staffelde und Knoblauch. In Poesch war es unseren Genossen zum ersten Male gelungen, ein Lokal zu bekommen. Hier referierte Genosse Fülle-Verlin vor circa 300 Personen. Eine angeregte Diskussion folgte, an der sich u. a. der Ortsvorsteher Bogler und der Ortsparter Conrad beteiligten. Letzterer Herr hatte in einer freisinnigen Wählerversammlung acht Tage vorher recht ausfallige Bemerkungen über die Sozialdemokratie gemacht. Diesmal war der Herr viel zurückhaltender. Er erklärte von vornherein, daß er sich in vielem mit der Kritik des sozialdemokratischen Redners einverstanden erklären müsse und attestierte dies in einem sachlichen und maßvollen Vortrag. Trotzdem kam er zu dem Schluss, daß man als Christ und Staatsbürger konservativ wählen müsse. In seinem Schlusswort ging der Referent auf alle Einwände der Gegner ein und beleuchtete namentlich die Behauptung des Pastors Conrad, daß die indirekte Besteuerung von der Bevölkerung nicht so gemerkt werde. Mit einem dreifachen, begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung, die einen vorzüglichen Eindruck hinterlassen hat, geschlossen.

In Kremmen sprach abends 7 Uhr ebenfalls Genosse Fülle-Verlin im vollbesetzten Saale bei Papproth. Auch hier hatten sich Gegner aller Parteishattierungen eingefunden. Es meldete sich aber trotz wiederholter dringender Aufforderung niemand zum Wort. „Die haben die Kurage verloren!“ meinte ein aller Kremmener Bürger; „diesmal wählen wir alle rot!“ In Schönwalde fand eine Versammlung unter freiem Himmel statt, in der Genosse Rich. Schmidt-Wellen referierte. Die Versammlung war trotz starkem Schneegestöber von 60-70 Personen besucht. Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Aus dem Wahlkreis Kalau-Duckow wird uns geschrieben: Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel aufgelöst und wieder eröffnet, das dürfte wohl zu den Seltenheiten gehören. Die Genossen des Dorfes Niehneudorf bei Solßen mühten zum Sonntag eine Versammlung unter freiem Himmel abhalten, da ihnen kein Versammlungsort zur Verfügung stand. Die Versammlung war von circa 125 Personen besucht. Ein seltener Zaun wurde sogleich in Gestalt einiger mit Schnur verbundener Pfähle hergestellt. Der Gendarm meinte, die Schnur gefalle ihm nicht; doch auf Zureden des Vorsitzenden machte er weiter keine Einwendungen. Als der Vorsitzende aber die Versammlung 7 Minuten nach der in der Anmeldung angegebenen Zeit eröffnete und dem Genossen Stadtverordneten Gottfried Schulz-Verlin das Wort erteilte, löste der Gendarm die Versammlung auf mit der Begründung: „Es sind 7 Minuten über die Zeit verstrichen!“ Daß der Herr Bachmeister energisch auf das Vereinsgesetz aufmerksam gemacht wurde, versteht sich am Rande. Auf die schließliche Auflösung des Vorsitzenden: „Wir wollen doch die Versammlung fortführen!“ erklärte der Herr: „Na, machen Sie man weiter.“ Unter großer Heiterkeit eröffnete der Vorsitzende noch einmal die Versammlung und erteilte dem Genossen Gottfried Schulz das Wort zu seinem Vortrage, der lauten Beifall fand. — In der Diskussion sprachen die Genossen Marcus und Roebus ebenfalls unter großem Beifall. Als der Genosse Marcus den Artikel über den freien preussischen Junker und Reserveleutnant verlas, der die Landarbeiter mit Schweinen und Rigeunern verglich, erscholl ein vielstimmiges Pfui! Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung.

Im Wahlkreis Ost- und West-Sternberg kam am Sonntag in einer konservativen Versammlung zu Keppen ein Sozialdemokrat sehr wider den Willen der Einberufer zum Wort. Die Versammlung in der Stadtrauerei war wohl von 1000 Personen besucht, Saal und Nebenzimmer waren überfüllt. Der konservative Kandidat v. Kappenberg-Kohlentw. entwickelte sein Programm. Er versicherte u. a.: Er reise fest auf der Verfassung, das Reichstags-Wahlrecht wolle er schützen — nur seine Auswüchse (ein vieldeutiges Wort) bekämpfen. In der Diskussion sprach dann ein Herr aus Keppen 20 Minuten unter dem Gelächter der Versammlung viel krauses Zeug zusammen. Als Vertreter der Sozialdemokratie forderte nun der Genosse Karl Wiesenthal das Wort. Der Vorsitzende verzweigte es ihm mit der Begründung, nur die Kandidaten aller Parteien und die Wähler des Kreises belämen das Wort. Unser Genosse hatte seinen Platz auf der Bühne dicht hinter dem Referenten. Nach der Wortverweigerung sagte er diesem: „Soeben versicherten Sie, daß Sie auf dem Boden der Verfassung ständen. Danach gibt es auch Versammlungs- und Redefreiheit. Bekomme ich nicht sofort das Wort, so rufe ich in die Versammlung hinein, daß Sie wissenschaftlich die Unwahrheit gesagt haben.“ So gelang es mit Unterstützung unserer Genossen in der Versammlung, die fürmlich forderten, daß unsern Vertreter das Wort erteilt werde, daß der Referent selbst vom Vorsitzenden forderte, das Wort zu erteilen.

In 20 Minuten, die er als Redezeit hatte, zerplückte nun unter lautloser Stille der Versammlung unser Genosse das Referat des konservativen Herrn. Draufender Beifall folgte seiner Aufforderung, am 25. Januar den Genossen Freiwaldt zu wählen. Erst der wiederholten Aufforderung aus der Versammlung leistete Herr von Kappenberg Folge und suchte sich zu verteidigen. Doch wie kläglich! Da er die sachlichen Ausführungen des Genossen Wiesenthal sich nicht zu erschüttern getraute, mußte schließlich das alte Märchen der schlechten Bezahlung der Kämmererinnen durch den Genossen Paul Singer die Verlegenheit des Referenten verdecken. Der Vorsitzende rief bei dieser Stelle das Wort: „Der Kompanion des Juden Singer!“ In einer persönlichen Bemerkung wies Genosse Wiesenthal die Verdächtigung gegen den Genossen Singer gebührend zurück. Die Versammlung dürste unserer Partei nicht unerheblich genützt haben.

Auch im Wahlkreis Jülichau-Krossen kam in der vorigen Woche ein Genosse in einer gegnerischen Versammlung zum Wort. In Daberfaul fand eine Versammlung der vereinigten Liberalen statt, in der Graf Bothmer-Rünken referierte. In der Diskussion sprach zunächst der Pastor Standen-Beutny für den konservativen Kandidaten Schlüter. Nach ihm erhielt Genosse Aug. Vach-Landberg das Wort, der dem Arbeiterlang des Herrn Pastors so trefflich zu Leibe ging, daß dieser konservative Politiker des öfteren die Farbe wechselte. Als unser Genosse geendet hatte, wünschte der Gutbesitzer und Amtsrat zu Lochwitz das Wort. Es wurde ihm aber wegen der nahen Polizeistunde verweigert. Es geschah ihm sehr recht. So konnte der Herr einmal den Segen der Polizeistunde am eigenen Leibe spüren. Er war natürlich höchst entrüstet. Die Stimmung der Genossen im Kreise ist die beste.

Im Junkerparadies, dem Kreise Königsberg (Neumark) tobte zur Zeit ein Kampf, der an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Vier Kandidaten ringen um den Preis, denn zu dem konservativen, liberalen und sozialdemokratischen hat sich noch ein antisemitischer Kandidat gesellt und zwar der Redakteur der „Staatsbürgerzeitung“ Kammerer, der die Schönheit seiner Person den Wählern im Bild auf Flugblättern vor Augen führt.

Unsere Genossen haben es durch jahrelange unausgesetzte Tätigkeit erreicht, daß der Zentralwahlverein in zwölf Orten festgesetzt und die Zahl der Organisierten sich vervierfacht hat. So war es möglich, den Vertrieb der Flugblätter, Kalender usw. mit eigenen Kräften zu bewerkstelligen, was noch bei der letzten Wahl durch Hilfskräfte aus Berlin erfolgen mußte.

Der Kampf wurde, wie sich ganz von selbst versteht, von uns durch eine Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ zu Gütsebiefe eröffnet, wo es allerdings nichts zu trinken gibt und eine Versammlung in Küstrin. Beide Versammlungen waren glänzend besucht. Seit übertrifft wurden diese Versammlungen durch die am 13. und 20. Januar in Küstrin abgehaltenen, die beide polizeilich abgesperrt wurden, weil der Andrang geradezu lebensgefährlich war. Der Saal ist auf 1000 Personen polizeilich abgeschätzt, dreizehn bis vierzehnhundert Personen aus allen Parteien waren sicher anwesend; solche Versammlungen hat Küstrin noch nie gesehen. Aber auch die Versammlungen der Liberalen sind sehr gut besucht, allerdings mit einem starken Einschlag unserer Genossen; zum Teil, wie in Neudamm bildeten wir die Majorität, obwohl die doppelte Zahl wegen Ueberfüllung draußen bleiben mußte. In allen liberalen Versammlungen erhielt unser Kandidat, Stadtverordneter Bergmann-Verlin annähernd dreiviertelstündige Redezeit. Geling es uns einmal, einen Saal zu mieten, so würde er uns trotz Mietvertrag und gezahlter Rente wieder abgetrieben, so in Alt-Rädny und Alt-Müritzen. Im erstern Orte gab der Amtsvorsteher, der Sohn des ehemaligen liberalen Reichstagsabgeordneten Lüben, die Verschönerung für die am Tage vorher erfolgte Anmeldung nicht heraus, und der Gendarm löste die Versammlung auf, weil keine Anmeldebekanntmachung vorgelegt werden konnte. Die Konjunktur haben ihre Versammlungen nur für königstreue Wähler ab, der Besuch ist daher auch nur schwach. Diskussionen finden nicht statt, es dürfen nur Fragen gestellt werden, aber keine oppositionellen, sonst fliegt der Fragesteller raus.

Die Herren verlassen sich auf ihre bewährten Praktiken der auch heute noch mit Erfolg betriebenen Wahlbeeinflussungen. Gibt es doch eine ganze Anzahl Wahlbezirke, wo hundert Prozent der eingeschriebenen Wähler konservativ gewählt haben. In einzelnen Orten sind den Ortsarbeitern bei der letzten Wahl vom Gutbesitzer, der zugleich Amtsvorsteher war, die Stimmzettel im Wahllokal verabreicht, aber gar ohne Ruberit abgenommen und in die Urne gelegt worden. Andere haben wieder ganz munter auf dem Kuvert in die Urne den Namen des Wählers geschrieben, um eine „hübsche“ leichte Kontrolle zu haben. Nun, für diesmal ist Vorbeuge getroffen, den Herren ordentlich auf die Finger zu setzen. Trotz dieser Praktiken hatten die bürgerlichen Parteien bei der Wahl 1903 nur 28 Stimmen Junahme, die Sozialdemokraten aber 1694 Stimmen. Der selbige Verlauf läßt der Hoffnung Raum, daß wir abermals einen solchen Sprung machen werden, dessen Wirkung die Zertrümmerung der konservativen Herrschaft sein wird.

Jedenfalls können sich die Parteigenossen im Kreise das Zeugnis ausstellen, daß es an hingebender Arbeit nicht gefehlt hat.

## Gerichts-Zeitung.

Graf Pädler, der Held der Ordnungsparteien, vor Gericht.

Wegen Anreizung zu Gewalttätigkeiten hatte sich gestern der Graf Walter v. Pädler-Alt-Löhne wiederum vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Langner zu verantworten. Es handelte sich um eine am 5. November in Kellers Festsaal stattgefundene Versammlung, in welcher der Angeklagte einen Vortrag über den Antisemitismus und seine Feinde hielt. In den inneren Feinden rechnete er Leute wie den Grafen Reventlow, wobei er die Bemerkung machte: „Jetzt ist der Hund einfach verredet!“, ferner die kleinen antisemitischen Blätter, die „von den Juden besprochen seien“. Zu den äußeren Feinden gehören nach seiner Meinung die preussischen Behörden. „Der mit diesem Korps der Rache zu tun habe, sei verloren. Sol' sie der Teufel!“ Er habe bei dem Kaiser Audienzen nachgesucht, aber gar keine Antwort darauf erhalten, während Juden wie Wallin und Wendelsohn empfangen werden. Im weiteren Verlaufe seiner Rede hat der Angeklagte nach den Aufzeichnungen des überwachenden Polizeileutnants v. Herzfurth sich dahin geäußert: Die Offiziere hätten sich bisher von den Juden frei gehalten, sie könnten uns aber unterkäufen und eine frische und fidele Bierreise mit uns mitmachen.“ Er hat dann ferner davon gesprochen, daß man die Juden „anpumpen“ müsse. Diese Bemerkung soll unter Hinweis auf einen kurz vorher bei Salinger u. Leppmann ausgeführten Einbruchsdiebstahl gemacht sein. „Zu den Juden müssen Sie hingehen und sie anpumpen; da kann die Polizei nichts machen. Vor einigen Tagen haben auch einige forsche Kerle bei Salinger u. Leppmann 40 000 M. gepumpt, die sie bisher nicht zurückgebracht haben. Wenn Sie sich etwas vornehmen und zum kleinen Lohn gehen, dann müssen Sie nicht allein hingehen.“ Schließlich betonte er die Notwendigkeit, die Lokale von dem Ungeziefer, den Ratten und Mäusen zu säubern und forderte auf „zum frischen, fröhlichen Krampfe“. — Der Angeklagte bestritt, die Absicht gehabt zu haben, zu Gewalttätigkeiten aufzufordern. Das seien Versammlungs-schreie, ohne die ein Führer des Volkes in großen Versammlungen nicht auskommen könne. Die Harmlosigkeit seiner Äußerungen ergebe sich aus der Tatsache, daß die Versammlung nicht aufgelöst wurde. Im übrigen bitte er um Verzeihung, weil er dem Polizeileutnant Drenzenzen aus jener Versammlung gegenüberstellen wolle. — In dem heutigen Termin war von der Staatsanwaltschaft auch Medizinalrat Dr. Hoffmann als Sachverständiger geladen. Ueber den Grund dieser Ladung befragt, äußerte sich Staatsanwaltschaftsrat Dr. Artelt dahin: Wenn man die Familie des Angeklagten, seinen Bildungsgrad und die Tatsache in Betracht zieht, daß er des Königs Hof getragen und die Rechts-wissenschaft studiert hat, wenn man ferner die Tätigkeit berücksichtigt, die der Graf seit vielen Jahren ausübt und wenn man endlich erwägt, daß er trotz der Erfahrungen, die er in kriminalistischer Beziehung an sich selbst hat machen müssen, sich nicht veranlaßt gesehen hat, seine Tätigkeiten anders zu gestalten, so liegt der Gedanke nahe, daß bei dem Grafen ein geistiger Defekt vorhanden ist, daß er sich nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte befindet. Bei dieser Sachlage hält es die Staatsanwaltschaft für notwendig, den Grafen auf seinen Seinszustand untersuchen zu lassen. — Der Angeklagte widersprach diesem Antrage, den er für einen loslosen Schimpf ansehe, welchen ihm die Staatsanwaltschaft antue. Er wisse gar nicht, wie die Staatsanwaltschaft zu einem solchen Antrage komme. Die Judenfrage könne man nicht mit Glacéhandschuhen anfassen, dazu gehöre eine eiserne Faust. Das weise doch nicht auf Verirrtheit hin. — Das Gericht beschloß Verurteilung. Der Antrag des Staatsanwalts auf Beobachtung des Angeklagten wurde abgelehnt, da die vorgebrachten Tatsachen einen Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten zu begründen nicht geeignet seien.

Der Gerichtsbescheid erscheint unter Verhinderung des geistigen und moralischen Tiefstandes der Kreise zutreffend, in deren sozialen und politischen Anschauungen der Graf aufgewachsen ist.

Verfahren wegen Meineids gegen Fürstin Wredes Diener eingeleitet. Gegen den ehemaligen Diener des Fürsten Wrede, Willi Glase, war bekanntlich von der Staatsanwaltschaft in Gütrow auch ein Verfahren wegen Meineids eingeleitet worden. Er

wurde beschuldigt, am 30. April 1906 zu Wafedow bei seiner Vernehmung unter seinem Eide wahrheitswidrig bekundet zu haben, daß er in dem an der Fürstin Wrede nach Madrid gerichteten Brief ausdrücklich gesagt habe, die 50 000 M. Schweißgelder, die er verlange, seien „für die Armen“ bestimmt. Jetzt ist durch Beschluß der Gütrower Strafkammer dieses Verfahren eingestellt worden. Die Strafkammer sah keinen genügenden Anlaß für die Annahme, daß der Angeklagte die unrichtige Angabe über den Inhalt des Briefes wider besseres Wissen oder auch nur fahrlässiger Weise falsch gemacht habe. Der Angeklagte habe bei seiner Vernehmung des sicheren Glaubens sein können, daß der zur Absendung gelangte Brief den von ihm angegebenen Inhalt gehabt habe. — Glase verbüßt zur Zeit die ihm in der Erpreßungsangelegenheit auferlegte Strafe im Strafgefängnis Plöschsee. — Fürstin Wrede ist — noch nicht angeklagt.

Ein „Skandal“ — 5 Monate Gefängnis.

Wegen Beleidigung des sächsischen Justizministers Dr. Otto ist am 4. August v. J. vom Landgericht Dresden der Schriftsteller Erich Herz zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hat als Redakteur der „Dresdener Rundschau“ einen Artikel veröffentlicht und mit einem Schlußsatz versehen, in welchem behauptet wurde, in Sachsen würden die älteren Richter gegen die jüngeren zurückgesetzt. In dem Schlußsatz nannte der Angeklagte das angebliche Verfahren des Ministers einen Skandal. — Die Revision des Angeklagten wurde am Dienstag vom Reichsgericht verworfen.

Anerkennung berechtigter Interessen des die Eisenbahn benutzenden Publikums.

Vom Landgericht Hamburg ist am 27. September v. J. der Eisenbahner und Redakteur des „Weser“ der Eisenbahner, R. J. F. Weiß, von der Anklage, den inzwischen verstorbenen Minister v. Dubde beleidigt zu haben, freigesprochen worden. Er hatte im Anschluß an einen Bericht über die Gerichtsverhandlung gegen die Beamten, welche das Eisenbahnunglück bei Spremberg verursacht haben, eine Anzahl Zeitungstimmen zusammengestellt und abgedruckt. Durch eine Stelle darin über das „schändliche Spießhütchen“ sollte der Minister beleidigt sein. Das Urteil nimmt an, daß das genannte Ungeheuer lediglich durch die Fahrlässigkeit zweier Beamten verursacht worden ist und daß der zweigleisige Betrieb der fraglichen Strecke auch keinen absoluten Schuß gegen Anfälle geboten haben würde. Democh hat das Gericht dem Angeklagten den Schutz des § 193 gebilligt, da es kein Recht sei, die Rede des Ministers im Abgeordnetenhause, d. h. eine amtliche Leistung, zu kritisieren, und er als Einwohner, der genötigt sei, die preussischen Bahnen zu benutzen, das Recht habe, den vermeintlichen Uebelstand zu rügen. Auch in dem Ausdrücke, daß die ersparten Gelder dem Militärloch in den Taschen geworfen würden, hat das Gericht keine Beleidigung durch die Form erblickt. — Die Revision des Staatsanwalts gegen dieses Urteil wurde am Montag vom Reichsgericht verworfen.

## Vermischtes.

Ein Unfall des Orient-Expreßzuges. Dem ausfahrenden Orient-Expreßzug 12 fuhr gestern Abend in der Station Augsburg die für den Personenzug 722 bestimmte Lokomotive in die Planke, wobei diese Lokomotive sowie die des Orient-Expreßzuges entgleisten und nebst drei Wagen unerheblich beschädigt wurden. Von den Insassen des Orient-Expreßzuges wurden der Koch des Speisewagens und sein Gehülfe, beide von Paris, durch herabstürzendes Kochgeschirr leicht verletzt; sonst kam niemand zu Schaden. Der Expreßzug setzte mit den unbeschädigt gebliebenen und zwei neu eingestellten Wagen die Fahrt mit 68 Minuten Verspätung fort.

Ein Selbstmord. In Nürnberg haben sich gestern Nacht zwei Schwestern, die als Privatierinnen in der Birkenmeierstraße wohnten und seit längerer Zeit nervenleidend gewesen sein sollen, von ihrem im 3. Stock belegenen Wohnraum in den Hofraum hinabgestürzt, wo sie zerschmettert liegen blieben.

Ein großer Brand. Wie der „Vogl. Anz.“ aus Mählen meldet, ist gestern früh 6 1/2 Uhr die große mechanische Stammgarnweberei von Gebrüder Gehalter bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Zwei Mädchen sind bei dem Brande ums Leben gekommen. Die Entstehungsurache des Feuers ist noch nicht bekannt. Ueber 200 Arbeiter sind brotlos.

Die Kälte. In ganz England herrscht, wie aus London berichtet wird, furchtbare Kälte. Auf einem Bestellgange fand ein Landwirtsträger in Schottland vier Ersttorene.

Petersburg, 22. Januar. Telegramme aus verschiedenen Gegenden des Reiches melden andauernde große Kälte bis zu 35 Grad Reaumur. Wegen Schneeverwehungen können auf den Südbahnen Züge nicht verkehren. Der Hafen von Odessa ist zugefroren, sodaß die dort liegenden Dampfer einem Dampfer, der in der Nähe von Odessa Schiffbruch gelitten hatte, nicht Hilfe bringen konnten. Zahlreiche Todesfälle durch Erfrieren werden gemeldet. Die Schulen sind in verschiedenen Städten geschlossen worden.

Ein neues Erdbeben. Der Seismograph in Grenoble hat gestern morgen um 9 Uhr 20 Minuten zwei Erdbebenstöße angezeigt.

In Konstantinopel wurde gestern früh um 4 1/2 Uhr ein ziemlich starkes Erdbeben verspürt.

Ein Großfeuer. In Rostow am Don hat auf dem großen Gute der Aktiengesellschaft Siegel Großfeuer sämtliche Gebäude, darunter auch die Fabrik zerstört. Der Schaden wird auf über eine Million Rubel angegeben.

1500 Menschen ums Leben gekommen.

Ueber die Plutwelle in Niederländisch-Indien wird noch aus Gung berichtet, daß die Hauptinsel Simenlatjoet fast gänzlich vom Erdboden verschwunden ist. Man glaubt, daß noch mehr als 1500 Menschen ums Leben gekommen sind. Der Sachschaden ist fast unermesslich; das ganze Küstengebiet der Insel Sumatra ist überschwemmt. Gleichzeitig mit der Plutwelle wurden mehrere Erdstöße beobachtet.

Die Hilfsfonds für San Francisco sollten bekanntlich durch Veruntreuungen arg geschädigt worden sein. Sogar der Bürgermeister Schmitz wurde beschuldigt, daß er seine Hände nicht rein gehalten habe und damit wollte man zugleich einen Schatten auf die Gewerkschaftsbewegung werfen, durch die Schmitz als „Arbeiter-mahor“ in die Höhe kam. Jetzt ist von der Gesellschaft, welche die Fonds verwaltete, an den Kriegssekretär in Washington, dem die Angelegenheit unterhandelt, die Mitteilung gelangt, daß alle Gerüchte von Unterschlagungen grundlos seien. Jeder Geber hat eine numerierte Quittung erhalten, von drei Beamten unterzeichnet, die Bücher sind in Ordnung und das einzig fehlende Paket mit Geldscheinen ist später aufgefunden worden. Die Gesellschaft bittet, diese Mitteilung bekannt werden zu lassen, denn genaue Untersuchungen haben nichts ergeben, was die Gerüchte rechtfertigen konnte.

Wasserstand am 23. Januar. Elbe bei Rülka — Peter, bei Dresden — 2 Sp., bei Ragdenburg + 3,40 Meter, Elbgang. — Uru + 1 bei Straßburg — Peter. — Oder bei Rahlow — Peter. — Oder bei Riesa — Peter. — Oder bei Bries — Peter. — Oder bei Bueslau Unterpegel + 1,30 Meter.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis.

Heute abend 7 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus statt.

Alle Mann müssen zur Stelle sein, damit die Arbeit schnell erledigt wird.

Diejenigen Parteigenossen, welche sich am Tage der Wahl zur Verfügung stellen, und ihrem Bezirksführer noch nicht bestimmt versprochen haben, in ihrem Bezirke zu helfen, werden ersucht, sich an das Wahlbureau D. Berner, Mittenwalderstr. 30, zu melden, oder am 25. Januar, früh 1/2 Uhr, in den Bezirkswahlbureaus, von wo aus alle überflüssigen Kräfte durch die Zentrale verteilt werden, zu erscheinen.

Achtung! Fünfter Wahlkreis!

Donnerstag, den 24. Januar, 7 Uhr abends: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Die Genossen des Kreises sowie die Helfer aus dem vierten Kreise Ost treten dort an, wo sie schon früher tätig waren.

Alle Mann zur Stelle, damit die Arbeit rasch erledigt wird.

Das Zentralwahlbureau des Kreises Teltow-Deeslow-Storkow-Charlottenburg befindet sich in Charlottenburg, Rosinenstr. 3. Die Resultate der einzelnen Orte des Kreises werden ersucht, die Resultate auf dem schnellsten Wege nach dorthin zu übermitteln. Bei Telegrammen benutze man folgende Adresse:

Dringend. Eberhardt, Charlottenburg, Volkshaus.

Auf jeden Fall sind aber die ausgegebenen Zählkarten ausgefüllt einzufinden.

Diejenigen Orte des Kreises, welche Versammlungen am Abend des Wahltages zwecks Bekanntgabe der Wahlergebnisse veranstalten, wollen sich zur Empfangnahme der Resultate an einem der nächstgelegenen Wahlbureaus: Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 3, Schöneberg, Obst, Weiningerstr. 8, oder Rixdorf, Doppe, Hermannstr. 40, wenden.

Das Zentral-Wahlkomitee.

Rixdorf. Die Zeitungspedition, Redaktr. 2, ist am Tage der Wahl von vormittags 10 Uhr ab geschlossen. Ebenso werden Bücher aus der Bibliothek des Wahlvereins an diesem Tage nicht abgegeben.

In Rücksicht darauf, daß ein großer Teil der Wahllokale räumlich sehr beengt ist, ersuchen wir die Genossen, sich nach Abgabe ihrer Stimme aus dem Wahlraum zu entfernen, um den von uns bestellten Listenführern usw. die Arbeit nicht unnötig zu erschweren. Es ist zu erwarten, daß sich die Wahlhandlung vorwiegend in den Mittags- und Abendstunden unter großem Andrang vollziehen wird. Ein unnötiger Aufenthalt im Wahlraum und überflüssige Fragestellungen an die Listenführer würde nur störend wirken. Ferner bitten wir, den Anordnungen der durch Legitimationskarten kenntlichen Genossen unbedingt Folge leisten zu wollen.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee für Rixdorf.

Charlottenburg. Am heutigen Donnerstag finden fünf Volksversammlungen statt (siehe „Vorwärts“-Annonce). Ferner ersuchen wir alle diejenigen Gewerkschaften, welche am 25. Januar arbeiten, sich um 9 Uhr vormittags im „Volkshaus“, Rosinenstr. 3, im kleinen Saal, einzufinden. Mitgliedsbuch der Gewerkschaft ist der Kontrolle halber vorzuzeigen. Die Mitglieder des Wahlvereins erhalten ihre Anweisung vom Bezirksführer. Soweit dieses nicht geschehen ist, haben sich auch diese Genossen im Volkshaus um 9 Uhr einzufinden.

Schöneberg. Wähler! Parteigenossen! Heute am Vorabend der Wahlschlacht ist es notwendig, noch einmal die Waffen zu schärfen. Um jedem Gelegenheit zu geben, sich daran zu beteiligen, finden vier Volksversammlungen statt. Der sogenannte Liberalismus ist zu diesen Versammlungen eingeladen und können dessen Vertreter ihre Ansichten den Arbeitern unterbreiten. Wir wollen den Herren durch zahlreichem Besuch beweisen, daß ein Leichnam, genannt Freisinn, nicht in der Lage ist, die Sozialdemokratie totzuschlagen. Versäume niemand am Freitag rechtzeitig zur Wahl zu gehen.

Mariendorf, Mariensfelde und Umgegend. Freitag, den 25. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet in Mariendorf bei Vorfeldd, Feldstr. 44, und in Mariensfelde bei Berger, Dorfstr. 80, je eine Versammlung statt. Tagesordnung in beiden Versammlungen: Verkündigung der Wahlergebnisse. Die Genossen werden ersucht, recht rege für den Besuch der Versammlungen zu agitieren.

Steglitz. Alle Parteigenossen, welche am 25. d. Mts. helfen wollen, melden sich im Zentralbureau, Restaurant Wahrensdorf, Schloßstr. 117, Telefon Nr. 224, von früh 7 Uhr an geöffnet. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schellhase, Verkündigung der Wahlergebnisse. Helfe, wenn es irgend möglich ist.

Treptow-Baumshulenkweg. Heute, Donnerstag, finden zwei große Volksversammlungen statt: Für Baumshulenkweg in Speers Festsaal, Referent Genosse Julius Kohn, und für Treptow in Meyers Lokal, Köpenicker Landstraße 20, Referent Genosse Pagels. Parteigenossen! Sorgt für einen guten Besuch.

Unsere Wahlkontroll-Lokale befinden sich in Treptow im Restaurant Bernede (Adrennbahn), Eisenstraße, Ecke Treptower Chaussee, Telefon: Amt 4 Nr. 9707; für Baumshulenkweg im Restaurant Joseph Schäfer, Baumshulenstr. 14/15, Telefon: Amt Ober-Schöneweide Nr. 52. Parteigenossen, die sich am Wahltage der Partei zur Verfügung stellen, wollen sich nur in diesen Kontrolllokalen melden. Das Wahlkomitee.

Stralau. 1. Bezirk. Alt-Stralau 3-67, Tunnelstraße, Friedrich Jungestraße, Seeweg, Parallelweg, Liebesinsel, Abtei, Vulkanring. Wahllokal: Alte Laverne, Alt-Stralau Nr. 26-27. — 2. Bezirk. Alt-Stralau 1-2 und 65-71 sowie Markgrafendamm. Wahllokal: „Zum gemütlichen Fröh“, Rittmoos, Alt-Stralau Nr. 5.

Lichtenberg. Heute, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Samaritaner Aler“, Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Tagesordnung: Ein letztes Wort an die Reichstagswähler. Referent: Reichstagskandidat Artur Stadthagen. Wir erwarten zahlreiche Besuche. Das Wahlkomitee.

Johannisthal. Heute, Donnerstagabend 8 Uhr, findet im Lokal von Krüger, Friedrichstr. 10, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Genosse Kurt Eisner wird über die bevorstehende Reichstagswahl referieren. Pflicht der Parteigenossen ist es, für diese Versammlung zu agitieren. — Die Genossen, die am Freitag mit auf die Tour gehen, müssen bestimmt erscheinen.

Karlshorst. Den Genossen hierdurch zur Mitteilung, daß das Wahlkomitee am Wahltage sein Bureau im Gasthaus zur Rennbahn (Treslow-Allee, neben dem Fürstenthaus) aufschlägt. Die Genossen werden aufgefordert, sich zur Mitwirkung bei den

Wahlarbeiten zur Verfügung zu stellen. Diejenigen, welche bereits am Vormittag mitwirken können, wollen sich um 9 Uhr im vorbezeichneten Wahlbureau einfinden. Die Genossen, die sich für die Wahlarbeit in Biesdorf bereit halten wollen, mögen sich Freitag früh 8 Uhr am Bahnhof einfinden.

Wahlbureau-Süd (Königsal). Das Wahllokal befindet sich in Wahlbureau, Bahnhofstr. 83 bei Brandt.

Friedrichsfelde. Heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, im Lokal von Pube, Pringel-Allee 90: Öffentliche Reichstagswähler-Versammlung. Referent: Genosse Stühmer. Das letzte Wort an die Wähler.

Reinickendorf-Ost. Das Zentral-Wahlbureau befindet sich bei Brüdner, Pringelstr. 82. Alle Genossen, die sich am Tage der Wahl zur Verfügung stellen und noch nicht eingestellt sind, melden sich von früh 8 Uhr ab; ebenso die Radfahrer. Das Wahlkomitee.

Rieber-Schönhausen. Wahllokale: 1. Bezirk, Lokal „Schloß Schönhausen“, Lindenstr. 11 (umfaßt die Germanenstraße, Leutenowstraße, Neplerstraße, Sachsenstraße, Rosenhaller Grenzweg, Treslowstraße, Blücherstraße, Brangelstraße, Bietzenstraße, Wismarplatz, Lindenstraße, Kaiserin Augustastr. 1, Friedrich-Wilhelmstraße, Viktoriast. 1, Fockelstraße, Kaiserweg, Hohenzollernplatz). — 2. Bezirk, Lokal Lieder mit, Kaiser Wilhelmstraße 88 (umfaßt die Kaiser Wilhelmstraße, Waldstraße, Umlandstraße, Eichenstraße, Platanenstraße). — 3. Bezirk, Lokal „Neu-Karlshof“, Charlottenstr. 8 (umfaßt die Platanenburgerstraße, Siegfriedstraße, Rolandstraße, Buchholzerstraße, Idastraße, Hermannstraße, Charlottenstraße, Waldemarstraße, Waldowstraße, Markhaferstraße, Weußstraße, Straße 8, Schillerstraße, Körnerstraße, Fröh Neuterstraße, Schloß-Allee).

Bezirk Rieber-Schönhausen. Wahllokale: Mühlenbeck (im Amtsgebäude), Summt (im Schulhause), Jühlsdorf (im Schulhause), Benjandendorf (im Schulhause), Schildow (im Wulfschen Gasthof), Plankenfelde (im Slaabischen Gasthof).

Bezirk Waidmannslust. Das Bezirks-Wahlbureau befindet sich am Tage der Wahl in Hermsdorf im Lokal „Zum Forsthaus“, Auguste Viktoriastraße, Telefonamt Tegel Nr. 100. Alle Genossen, die von früh an sich der Partei zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, sich spätestens früh 7 Uhr im „Forsthaus“ einzufinden, von wo aus die Verteilung an die einzelnen Wahllokale erfolgt. Ebenfalls haben sich die Radfahrer dort zu stellen. Diejenigen Genossen, die bis Mittag arbeiten, werden ersucht, nach Abgabe ihrer Stimme sich dem Wahlbureau in Hermsdorf zur Verfügung zu stellen, damit die Ablösung der Genossen von ihren Posten vorgenommen werden kann. In Anbetracht der Wichtigkeit der jetzigen Reichstagswahl ist es Pflicht aller Parteigenossen, sich der Arbeit am Wahltage zu widmen, denn nur dadurch können wir zum Siege gelangen. Das Wahlkomitee.

Mittenwalde. Donnerstagabend 7 1/2 Uhr: Volksversammlung. Referent: Emil Lüdtke-Vaumschulenkweg.

Spanau. Alle Funktionäre und Listenführer werden ersucht, sich Freitag früh 7 Uhr bei Aume einzufinden.

Deffauer Genossen bitten uns, darauf hinzuweisen, daß die in Berlin arbeitenden und in Deffau in der Wählerliste stehenden Maurer am Wahltage in Deffau sein und ihre Stimme abgeben sollen. Es kommt auf jede Stimme an.

Berliner Nachrichten.

Die juristische Sprechstunde

fällt am Freitag, dem Wahltage aus.

Berliner Kommunalfreisinn im Wahlkampf.

Haben die Leistungen des Freisinns in der Berliner Gemeindeverwaltung irgend etwas zu tun mit den Reichstagswahlen? So fragen die Freisinnigen, wenn man ihnen vorhält, wie oft der Berliner Kommunalfreisinn die Interessen des werktätigen Volkes mit Füßen getreten hat.

Zwischen dem Freisinn in der Kommune Berlin und dem Freisinn des Reichstags wird allemal dann unterschieden, wenn das den Freisinnigen in ihren Kram paßt. In Wirklichkeit sind ja die viel fordernden Freisinnigen des Deutschen Reichstags und die wenig gewährenden Freisinnigen des Berliner Stadtparlaments ein und dieselbe Clique. Wenn ihnen mal anders paßt, dann verleugnet die Clique nicht ihre Leute, sondern weist ausdrücklich darauf hin, daß sie alle zusammengehören. Der Zufall will es, daß diesmal obenein den vier für den Freisinn wichtigsten Wahlkreisen Berlins als Freisinnskandidaten vier Personen präsentiert worden sind, die in der Berliner Gemeindeverwaltung eine Rolle spielen: im ersten Kreis Stadtverordneter Kämpf, im zweiten Kreis Bürgermeister Reide, im dritten Kreis Stadtverordneter Rosenow, im fünften Kreis Stadtverordneter Cassel. Da macht sich's ja ganz von selber, daß man sich daran erinnert, wie der Freisinn im allgemeinen und diese vier im besonderen ihre „Volksfreundlichkeit“ betätigt haben. Und gerade diese vier Freisinnskandidaten weisen in ihren Wählerversammlungen darauf hin, „wieviel“ die Stadt Berlin für das werltätige Volk getan habe und „wieviel“ es noch tun wolle.

Trieb doch Herr Cassel, ein Hauptführer des Kommunalfreisinns und Hauptschuldiger an Berlins Rückständigkeit, in seiner Versammlung vom Dienstag die Dreistigkeit so weit, den Wählern vorzuzugestehen, wenn in Berlin vielfach sozialpolitische Einrichtungen geschaffen worden seien, wenn den Gemeindearbeitern Urlaub gewährt, wenn Schulärzte angestellt, wenn eine Pflichtfortbildungsschule eingeführt, die Krankenpflege verbessert, die Bibliotheken umgestaltet worden seien, so sei speziell er an keiner dieser Aufgaben unbeteiligt gewesen! Gewiß, „unbeteiligt“ war Herr Cassel niemals. Aber seine Teilnahme an der Lösung solcher Aufgaben besteht in der Regel zunächst darin, daß er erklärt, man müsse sich die Sache doch sehr überlegen, am Ende brauche man so weit nicht zu gehen, es sei auch auf den Kostenpunkt Rücksicht zu nehmen. Lieber solle man die Erfüllung dieser Forderung einer späteren Zeit vorbehalten, und so weiter. Wenn aber dann dem unermüdlichen Mahnen und Drängen unserer Genossen in der Stadtverordnetenversammlung schließlich nicht länger Widerstand geleistet werden kann, dann entsuppt sich plötzlich Herr Cassel als derjenige, der „gern bereit“ ist, auf alles einzugehen. Und wenn es dann endlich zur Erfüllung der alten sozialdemokratischen Forderung kommt, dann — ist's der Freisinn, der alles „selber gemacht“ hat. Müssen wir Herrn Cassel erst sagen, wie lange es gedauert hat, bis die Sozialdemokraten die Urlaubsangelegenheit in Fluß bringen konnten? Weiß er nicht mehr, mit welchem Hohn die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit den Ruf der Sozialdemokraten nach Schulärzten anfangs beantwortet hat? Erinnert er sich nicht mehr daran, wie oft die freisinnige Mehrheit gegen die Sozialdemokratie die Pflichtfortbildungsschule für unmöglich erklärt hat? Hat er vergessen, wie oft die Sozialdemokratie den Mangel an Krankenhäusern zur Sprache gebracht und wie

oft die Mehrheit ihn abgestritten hat? Sollen wir ihm ins Gedächtnis zurufen, daß auch der Gedanke einer Neugestaltung der Volksbibliothek nur durch Anregungen von sozialdemokratischer Seite gefördert worden ist?

Der Berliner Freisinn läßt im Wahlkampf sich nicht daran genügen, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Er will auch mit seiner eigenen Tüchtigkeit prahlen, und da muß dann auch die Berliner Kommunalverwaltung zur höheren Ehre des Freisinns gepriesen werden. Es ist nötig, daß man all diesen Komödianten von Zeit zu Zeit immer mal wieder die schöne Maske von ihren häßlichen Gesichtern herunterreißt.

Zur Lehrereinstellungsfrage

wird uns aus Lehrerkreisen geschrieben: „Der Wahlkampf treibt immer sonderbarere Blüten. Im „Vorwärts“ ist ja schon öfters darauf hingewiesen, mit welcher erstaunlichen Regelmäßigkeit die Regierungen vor den Wahlen „ihren“ Beamten und Arbeitern ihr ganz besonderes Wohlwollen und ihre stete Fürsorge anpreisen. Diese Methode, „gute“ Wahlen zu machen, scheint sich auch der hiesige Magistrat im jetzigen Wahlkampf angeeignet zu haben, wie eine vor einigen Tagen in die Tagespresse lanzierte Notiz beweist. Es ist den Lesern des „Vorwärts“ bekannt, welche tragikomische Rolle die Aufbesserung der Lehrergehälter seit mehr als Jahresfrist im Berliner öffentlichen Leben spielt. Mit erstaunlicher Regelmäßigkeit wandern die betreffenden Vorlagen vom Magistrat zur Stadtverordnetenversammlung, um hier angenommen und dort wieder verworfen zu werden. Der Wahlkampf scheint aber auch dieses holde Schaukelspiel gekostet zu haben, denn während der Magistrat sonst immer nahezu drei Monate gebraucht, um seine Entschlüsse zu treffen, hat er diesmal „schon“ in vier Wochen zu den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Dezember v. J. Stellung genommen, indem er, wie nicht anders zu erwarten war, den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung nicht beitrug, sondern eine anderweitige Regelung der Sache versprach. Gleich verächtliche der Magistratssoffiziosität, daß der Magistrat in der nunmehr zu erwartenden Vorlage sowohl den Wünschen der Lehrerschaft als auch den Beschlüssen der Stadtverordneten entgegenkommen werde. Aber nicht bloß die Schnelligkeit, mit welcher der Magistrat dieses Mal die Angelegenheit erledigt hat, sondern auch die durchaus unverbindliche Form, in welcher er sein Versprechen hält, sind charakteristisch und lassen die ganze magistratssoffiziöse Notiz als Wahlmaße erscheinen. Zunächst sind zwei Mitglieder des Magistrats, Bürgermeister Reide und Stadtrat Fischek, als Reichstagskandidaten direkt interessiert. Zwar kennt der Freisinn die Launenhaftigkeit der Getreuen seiner Getreuen, der Lehrer, viel zu gut, um nicht zu wissen, wie leicht sich dieselben durch große Worte auch ohne entsprechende Taten zufriedenzustellen lassen. Immerhin deuten einige Ereignisse der letzten Zeit darauf hin, daß die Kerntruppen der freisinnigen Armee, die Lehrerschaft, fahnenflüchtig werden könnte. In Danzig hatte man den dortigen freisinnigen Reichstagskandidaten und hiesigen Stadtverordneten Herrn Wommsen auf eine Weisung von Berlin aus auf sein eigenartiges Verhalten in der Stadtverordnetenversammlung am 13. Dezember v. J. hingewiesen — er hatte nämlich den Magistrat weder verteidigt und war ob dieser Mannesstet vom Herrn Oberbürgermeister eines Handdrucks gewürdigt worden — und ihn gefragt, wie er sich künftig zur Befolgung der Lehrer stellen werde. Da er erwiderte, er werde auch in Zukunft den „übertriebenen“ Forderungen der Lehrerschaft entgegenzutreten, so hat ihm die Lehrerschaft seines Wahlkreises die Heeresfolge verweigert. In dieselbe unangenehme Lage sollten auch die beiden Magistratsmitglieder und Reichstagskandidaten, Herr Reide und Herr Fischek, durch lästige Fragen gebracht werden; dem ist nun aber der Magistrat durch die oben erwähnte Veröffentlichung zuvorgekommen. Leider ist dem Magistrat auch hier durch „grobe Indiskretion“ ein Strich durch die Rechnung gemacht worden. In welcher Weise der Magistrat den Stadtverordneten und Lehrern entgegenkommen wollte, sollte bis nach den Wahlen geheim gehalten werden. Die Befolgungstala ist aber trotz größter Sorgfalt, sie geheim zu halten, in die Presse gekommen. Darob soll im Rathaus große Entrüstung herrschen. Ja, der Herr Oberbürgermeister soll, wie man sich in freisinnigen Wählerversammlungen erzählt, erklärt haben, daß diese Vorlage nun die letzte sei, die er in dieser Angelegenheit mache; gehe sie nicht durch, so gehe er. Es ist freilich sehr zweifelhaft, ob der Herr Oberbürgermeister der Berliner Lehrerschaft diese größte aller Freuden, die sie je erlebt hat, gönnen wird, er mühte denn „höheren“ Orts verbindliche Zusicherungen, das Städtische Erbe antreten zu dürfen, erhalten haben.

Von einem Entgegenkommen des Magistrats kann in der neuen Vorlage ganz und gar keine Rede sein. Er bewilligt keinen Pfennig mehr als in seinen sonstigen Vorlagen, nur hat er die Zulagen einmal wieder, Abwechslung muß ja sein, auf die unteren und oberen Stufen verschoben, während die mittleren leer ausgehen. Auch darin ist ein gut Stück echt freisinniger Politik zu finden. In dem man die unteren Stufen erheblich aufbessert, will man die finanzielle Anziehungskraft Berlins auf die aus der Provinz kommenden Lehrer, die in den letzten Jahren gewaltig nachgelassen hatte, härten, und die oberen Stufen, denen meist die Führer der Lehrerschaft, die freisinnigen Wahlmänner und lästigen Antischambritten angehören, will man gleichfalls zufriedenzustellen, ohne auch nur einen Pfennig mehr auszugeben. Der Magistrat rechnet wohl auch selbst nicht mit einer Annahme seiner Vorlage durch die Stadtverordnetenversammlung. Aber selbst auf die Gesfahr hin, daß das letztere geschähe, mühte er sich sagen, daß der Vorlage die behördliche Bestätigung versagt werden würde, da ein Drittel der Lehrer überhaupt keine Aufbesserung erhält und gerade die Stufen, die es ebenso wie die unteren sehr nötig haben. Die Komödie wird also von neuem beginnen und die Lehrerschaft wird dabei die Reste bezahlen. Es ist auch möglich, daß der Magistrat mit dieser Methode zugleich erziehlisch wirken will auf die „begehrliche nimmerfalte“ Lehrerschaft. Vielleicht will er sie abschüchtern lassen, um sie so gefügiger gegen ihre Oberen zu machen. Die Wirkungen dieser Erziehungsmethode kennt ja keiner besser als der Berliner Magistrat und vor allem der Oberbürgermeister. Man hat sie ja oft genug von „oben“ herab auf sie angewandt. Doch nicht jeder ist für diese Methode empfänglich, nicht bei jedem erzeugt sie Lendenlähmung und Knochenweichung; schon manchem hat sie die Augen geöffnet, und schon manchem hat sie erstarren lassen. Goffen wir, daß sie auch bei dem größten Teile der Lehrerschaft die zuletzt genannte Wirkung hervorbringt, daß sie die Lehrer die wahren Freunde der Volksschule erkennen läßt, die bereit sind, ihren Worten auch Taten folgen zu lassen.

Diese Auslassungen eines Lehrers werden ergänzt durch eine Erklärung des Vorstandes des Berliner Lehrervereins folgenden Inhalts: „Die neueste Magistratsvorlage stellt sich im wesentlichen als eine Umkehrung der Vorschläge vom 30. November v. J. dar; während die frühere Vorlage für die Lehrer 882 800 M. aufwenden wollte, kostet die neue Vorlage 408 200 M., also 20 400 M. mehr. Die Stadtverordneten wollten mit ihrem Beschluß vom 13. Dezember v. J., dem der Magistrat nicht beigetreten ist, 528 060 M. aufwenden. Der Beschluß der Stadtverordneten hatte außerdem den Vorzug, daß allen (rund 8000) Lehrern Zulagen zwischen 150 und 250 M. zugebacht waren, während nach der Magistratsvorlage ein Drittel (etwa 1000) leer ausgeht. Die Stadtverordnetenversammlung wollte die Berliner Lehrer eine Kleinigkeit (im Durchschnitt 50 M. pro Jahr) besser stellen als ihre Kollegen in Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf; der Magistrat will den Lehrern im wesentlichen (mit ganz geringen Abweichungen) das geben, was die Lehrer Charlottenburgs seit ziemlich zwei Jahren erhalten. Daß der Beschluß der Stadtver-

ordnen angeht die Steuerungsverhältnisse, von denen alle bedrückt werden, der bessere ist, liegt auf der Hand. Die Herren Cassel und Rosenow, die hauptsächlich auf jenen Beschluß hingearbeitet haben, waren sich als gute Kenner des städtischen Etats auch zweifellos klar, daß die Finanzlage der Stadt die Mehrzahl ohne neue Steuern tragen könnte. Hoffentlich kommt diese Frage, die nun schon über Jahr und Tag in der Schwebe ist, endlich einmal zu einem befriedigenden Abschluß.

Die Bibliothek der Arbeiterbildungsschule bleibt heute abend wegen der morgen stattfindenden Reichstagswahl geschlossen.

**Arbeiter-Samariterkolonne.** Die Übungsstunde der 3. Abteilung für Schöneberg findet der Reichstagswahl wegen erst in der nächsten Woche statt. Das Nähere wird noch bekannt gemacht.

Die grimmige Kälte hat auch auf die Tunnelarbeiten am Spittelmarkt und Potsdamerplatz einen ungünstigen Einfluß ausgeübt. Die Erdarbeiten, welchen durch den an der Riedelwallstraße liegenden Kanal ohnehin bald der Fortgang versperrt wird, mußten in letzter Nacht um 3 Uhr gänzlich eingestellt werden, weil die Transportfähige in dem zugefrorenen Wasserlauf stecken blieb. Dagegen wird an der Installation der Wasserleitung für den Bahnhofstunnel am Spittelmarkt und ebenso an den Klammern in der Wall- und Riedelwallstraße weiter gearbeitet. Der Kälte wegen haben die Betonierarbeiten unter dem Hotelneubau am Leipzigerplatz eingestellt werden müssen, während der Abbruch des alten, eingleisigen Tunnels in der Königgräberstraße fortgesetzt und in wenigen Tagen beendet sein wird.

Bis auf 21 Grad Celsius unter Null war am gestrigen Morgen das registrierende Thermometer der Uraniafäden an einigen Stellen der Stadt, so beispielsweise am Rathaus, gesunken, während das Barometer gleichzeitig enorm stieg und in Berlin einen Höhepunkt erreichte, wie er unseres Wissens hier noch nicht beobachtet worden ist. Die Skalenreihe des registrierenden Barometers reichte nicht aus für die Aufzeichnung des Schreibstiftes, da bei den Uraniafäden als höchst möglichen Stand des Barometers 785 Millimeter angenommen wird, während heute morgen ein Stand von 787 Millimeter abzulesen war. — Die Spree ist jetzt nicht nur außerhalb Berlins mit einer Eisfläche überzogen, sondern auch innerhalb der Stadt ist der Wasserlauf vielfach zugefroren, obwohl bei der zumeist geschützten Lage und infolge der durch Einengung stärkerer Strömung der Spree die Eisbildung auf derselben erschwert ist. Das Eis des Müggelsees hat innerhalb einer 24stündigen Frostperiode eine Festigkeit erlangt, wie sie bisher in so kurzer Zeit noch nicht beobachtet worden ist. Schon am gestrigen Vormittag tummelten sich Kinder auf der polizeilich natürlich noch nicht freigegebenen Fläche, doch besitz das Eis, das am heutigen Tage schon eine Stärke von 4 Zoll aufweist, bereits eine recht erhebliche Tragfähigkeit. Jedenfalls dürfte die beliebte Bahn schon morgen, spätestens aber am Freitag die erforderliche Stärke besitzen, um polizeilich freigegeben zu werden.

Die Ferien in den Gemeindeferien sind wie folgt festgesetzt: Osterferien: Schluß des Unterrichts Sonnabend, den 23. März 1907, Anfang des Unterrichts Montag, den 8. April 1907. Pfingstferien: Schluß des Unterrichts Freitag, den 17. Mai 1907, Anfang des Unterrichts Freitag, den 24. Mai 1907. Sommerferien: Schluß des Unterrichts Freitag, den 5. Juli 1907, Anfang des Unterrichts Dienstag, den 18. August 1907. Herbstferien: Schluß des Unterrichts Sonnabend, den 23. September 1907, Anfang des Unterrichts Dienstag, den 8. Oktober 1907. Weihnachtsferien: Schluß des Unterrichts Sonnabend, den 21. Dezember 1907, Beginn des Unterrichts Dienstag, den 7. Januar 1908.

Wie finden diese Aufstellung recht unvollständig, denn es fehlen die schon zur Regel gewordenen Paradenferien und Einzugsferien.

#### Eine neue Millionenbrücke.

Unter dem Vorsteh des Bürgermeisters Dr. Reiche fand gestern eine Sitzung der Tiefbaudeputation statt, in der Stadtbaurat Krause die Entwürfe für den Bau einer Brücke zur Ueberführung der Puhlystraße über den Bahnhof Moabit und einer Brücke im Zuge der ersten zur Verbindung der Puhly- und Führerstraße über den Schiffahrtskanal und dessen beiden Ufer, des Nord- und Südufers, vorlegte. Beide Brücken sollen zur besseren Verbindung des Wedding mit Moabit dienen. Die Kosten sind mit 1.800.000 M. + 420.000 M., zusammen 1.720.000 M. veranschlagt. Die Entwürfe des gewaltigen Bauwerkes wurden von der Deputation genehmigt. Nach diesen Entwürfen wird in der Puhlystraße eine Rampe aufgeführt, die nach der Luisenstraße acht Bogen enthält. Ein Bogen soll für den Verkehr frei bleiben, die übrigen sieben sollen ähnlich den Stadtbahnbrücken für städtische Zwecke — Straßenreinigungsdépôt usw. — nutzbar gemacht werden. Die Mittelprobenade der Puhlystraße wird für diese Rampe in Anspruch genommen werden. Der Eisenbahndamm wird natürlich vollständig und zwar in einer Länge von 200 Meter überbrückt werden. Zur Erleichterung des Verkehrs ist von der Luisenstraße aus eine Treppenanlage vorgesehen, die es ermöglicht, von dieser Straße aus mit Umgehung der langen Rampe die Brücke zu erreichen. Die zweite Brücke als Fortsetzung der ersten hat über den Schiffahrtskanal eine Spannweite von 25 Meter und über den beiden Uferströmen von je 12 Meter. Die Architektur wird mit Rücksicht auf die gewaltigen Abmessungen und die bedeutenden Kosten in einfachen Formen gehalten werden. Es sind sogenannte Trogformen aus mächtigen Fundlingen in den Entwürfen vorgesehen. Die sogenannte „Millionenbrücke“ über den Bahnhof Gesundbrunnen kostete rund eine Million Mark, so daß also diese neue Brücke (Puhlybrücke) rund dreieiertel Millionen Mark mehr verursachen würde.

**Verlegung von Straßenbahnlinien.** Die Straßenbahn muß zwei Linien wegen des Baues der Untergrundbahn in der Jägerstraße verlegen. Um den Bau dieser Bahn vorzubereiten, nimmt jetzt die städtische Kanalabwasserkanalverwaltung Kanalbauarbeiten in der Jägerstraße zwischen der Oberwall- und Kurstraße vor. Die Linien der Großen Berliner Straßenbahn 17 Greifswalderstraße—Moabit und 68 Greifswalderstraße—Hansaplatz können deshalb bis zur Beendigung der Arbeiten nicht durch die Jägerstraße geführt werden. Die beiden Linien gehen von der Oberwallstraße durch diese und durch die Französischestr.

Zur Lage der Arbeiter auf den städtischen Rieselgütern wird uns geschrieben:

Wenn es eine Kategorie städtischer Arbeiter gibt, die noch unter den Bedingungen der ostelbischen Arbeitsverhältnisse fronden müssen, so sind es die Rieselgüterarbeiter, obwohl der kürzlich erschienene Verwaltungsbericht an einer Stelle sagt, daß mit etwa 200 Mark Löhne pro Hektar 50 Mark mehr als auf Privatgütern bezahlt werde, die in höherer Reihe landwirtschaftliche Maschinen zur Erparung von Handarbeit verwenden könnten. Wir halten dafür, daß die bei der Drainage und auf den Rieselgütern vollbrachte Arbeit nicht mit der landwirtschaftlichen Arbeit auf den Privatgütern verglichen werden darf, weil die Arbeit zum großen Teil eine körperlich schwerere, ungefähre und widerliche ist. Die Rieselgüter, die in Wind und Wetter die von den Pumpstationen angeleitete Saug- zu regulieren haben, erhalten täglich 2,50 bis 3 Mark Lohn bei einer Arbeitszeit von durchschnittlich 12 Stunden täglich. Da Schuttbuden trotz zahlreicher Eingaben nicht genehmigt sind, so müssen die Arbeiter hinter den Erdbällen oder in selbstgegrabenen Erdhöhlen Schutz vor Unwetter suchen. Die Arbeiter erhalten täglich 4,75 M., während Hülfsarbeiter mit 35 Pf. Stundenlohn zufrieden sein müssen. Den größten Teil der Arbeitskräfte der Rieselgüter stellt jedoch das Gutspersonal und die auf den Rieselgütern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen dar, die sich aus anständigen, meist mit Deputatlöhnen angestellten Leuten, aus Schmittzen für Sommerarbeit und Häuslingen des

Arbeitshauses zu Mummelsburg zusammensetzen. Es waren vorhanden durchschnittlich im Monat:

1. ortsangehörige Männer 1162
2. " " " 978
3. " " " 916
4. Häuslinge aus Mummelsburg 1142

zusammen 4198 Personen.

Diese Leute erhalten außer einem nach heutigen Verhältnissen unzulänglichen Deputat im Sommer 1,80 M. täglich, im Winter 1,20 bis 1,40 M. täglich. Bei 12—15tägiger Arbeitszeit macht das einen Stundenlohn von 10 bis 15 Pf. Das Deputat besteht im Durchschnitt aus Kartoffeln, Gartenland, Brennmaterial und etwas Stroh. Anscheinend ist als Pfahst das Rechtsverhältnis der Gutsbesitzer maßgebend, denn es bestehen weder Arbeiterauschüsse, noch haben diese städtischen Arbeiter Anspruch auf Ferien oder Melitenverfugung. Bei geringfügigen Verfehen werden den Arbeitern die Strafen vom geringen Sold rückwärts abgezogen. Daß die Arbeit auf den Rieselgütern ihre gesundheitlichen Gefahren hat, beweist wohl am besten die Stelle des Jahresberichts, in der die Erkrankungen ausführlich aufgezählt werden. Bei den 4198 Personen zeigten sich 1200 Erkrankungen, die in ärztliche Behandlung kamen. Zahlreich waren die Erkrankungen der Verdauungs- und Atmungsorgane.

Zur Hebung der sozialen Lage der Rieselgüterarbeiter muß seitens der Stadt Berlin noch Milderheit geschehen, wozu man sich heute nach kapitalistischen Gepflogenheiten nicht verstehen will.

**Saalbesitzer und Deutscher Kriegerbund.** Einen offenen Brief an den Deutschen Kriegerbund richtet der Bund der Saal- und Konzertsaalbesitzer Deutschlands in seinem Organ, um die Frage der Saalverweigerung für sozialdemokratische Versammlungen zu erklären. Der Deutsche Kriegerbund hat bekanntlich den Grundfah aufgestellt, daß alle diejenigen Saalbesitzer aus den Kriegervereinen auszuschließen seien, die ihre Lokale für sozialdemokratische Versammlungen hergeben. Hiergegen wendet sich der offene Brief in eingehender Weise. Es wird darauf hingewiesen, daß sich erst kürzlich die Regierung gegen Saalverweigerungen ausgesprochen hat. Durch die Hergabe des Saales sympathisierende der betreffende Saalbesitzer noch lange nicht in den Zielen der Sozialdemokratie. Er wäre aber ruiniert, wenn er irgend einer Partei die Benutzung seiner Räume vorenthalten würde. Man könne ihm das Geschäft mit Sozialdemokraten ebensowenig verbieten, wie anderen Gewerbetreibenden. Der offene Brief schließt mit der Aufforderung an das Präsidium des Deutschen Kriegerbundes, die in der Mehrzahl durchaus königstreuen Saalbesitzer nicht durch das Festhalten an seinem bisherigen Standpunkt zu Scharen aus den Kriegervereinen zu treiben, sondern die Ausschließung nur auf die Besitzer von Lokalen mit rein sozialdemokratischem Charakter zu beschränken.

**Wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen,** die er an seiner Stief-tochter begangen, ist gestern der Schneider Kasimir Sepinsky, Frankfurter Allee 84, durch die Kriminalpolizei verhaftet worden.

Den Fleischereibetrieben soll, wie eine Korrespondenz zu berichten weiß, die Polizei jetzt eine erhöhte Aufmerksamkeit schenken und speziell darauf achten, daß die Arbeitsräume für die Gesellen den durch das Gesetz vorgeschriebenen Bestimmungen entsprechen. In den älteren vorhandenen Betrieben findet vielfach noch die Wurfschablonen in Kellerräumen statt, welche nicht die vorgeschriebene Höhenlage besitzen. Soweit in solchen Räumen Änderungen nicht vorgenommen werden, ist ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde nicht möglich. Wird jedoch auch nur durch Aufstellung einer neuen Maschine usw. der Zustand in dem alten Raume umgewandelt, so benutzt die Polizei die Gelegenheit, derartige Betriebe zu schließen. So ist aus diesem Grunde dieser Tage eine Fleischerei in der Neuen Königstraße geschlossen worden.

**Hundert Mark Belohnung** sind von den Elektrizitätswerken der Stadt Oranienburg für Ermittlung derjenigen Diebe ausgesetzt worden, welche seit einiger Zeit die Stromkabel zerreißen und stehlen. Wie meldeten schon vor kurzem, daß zahlreiche Geschäftsleute in den nördlichen Vororten dadurch in Verlegenheit kamen, daß infolge der Drahtdiebstähle Strom nicht geliefert werden konnte. Obwohl nun die Elektrizitätswerke die Leitungen ständig unter Strom halten, sind in letzter Zeit doch wieder die Drähte zerschnitten und gestohlen worden. Die Diebe müssen, um sich vor Verletzungen zu schützen, Vorsichtsmaßregeln treffen und tragen vermutlich Gummihandschuhe, um ohne Gefahr die Leitungen zerschneiden zu können.

Die Arbeiterinnenheime in der Wälsenstr. 8 und Uferdomstraße 7 wurden im vergangenen Jahre von 90162 Gästen besucht. Die abends stattfindenden Gesänge, Tanz-, Schneider- und Kochstunden fanden rege Beteiligung. Die Heime bieten in ihren freundlichen Räumen von 12—2 Uhr einen schmackhaften Mittagstisch zu 20 und 30 Pf. und angenehmen Aufenthalt, abends zu beliebiger Beschäftigung. Fremde und Alleinlebende finden dort Anstalt, Gesellschaft und Anregung. Seit kurzem befindet sich ein drittes Heim dieser Art Kottbuser Ufer 33. In diesem wurden als Neuierung Schlafstellen eingerichtet, welche alle vermietet sind.

In der Versammlung am 22. d. M. in der Berliner Hofbrauerei ist ein Kampfabend gefeiert worden; abzuholen bei dem Kassierer Gustav Schmidt, Wilmsstr. 92, Aufgang 4, parkierte.

**Feuerwehbericht.** Die große Kälte hat zu einer Vermehrung der Alarmierungen geführt. In der letzten Nacht brannten in der Münzstraße 11 Regale, Möbel, Schuhwaren, Fußböden usw. Der 1. Zug mußte dort kräftig Wasser geben, das dabei in den Schächeln froz; der 8. Zug mußte in der Oranienstraße 158 einen Lebensbrand löschen und der 13. Zug ein Feuer, das in der Uferstraße 14 in einer Kellerwohnung ausgekommen war. Am Mariannenufer 2 brannten Pflanzkübel und vor dem Hause Universitätsstraße 1 nachts um 2 Uhr ein Automobil. Die Feuerwehr nahm ein Rohr vor, konnte aber nicht verhindern, daß das Auto verbrannte. Im 2. Stock des Hauses Klosterstraße 92 brannten bei Rosenfeld Regale, Stoffe, Kleider u. a. in großer Ausdehnung. In der Köthenerstraße 41 und Charlottenstraße 95 brannte Stroh in Kellerräumen. Gardinen, Teppiche, Schreibtisch, Stühle usw. wurden unter den Linden 47 ein Raub der Flammen. Ein Spiritusfah stand in der Frankfurter Allee 74 in einem Keller in Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Mühlentstraße 35, Amalienstraße 16, Rendselsohnstraße 6, Greifenaustraße 59, Prinzenstraße 72, Friedenstraße 22, Prenzlauerstraße, Hohenzollernstraße und anderen Stellen zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Wilmsdors.

Die vor ein paar Tagen stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen haben die Schändlichkeit des Dreiklassenwahlsystems wieder einmal in die greifbare Deutlichkeit gerückt. Was bei dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht nicht möglich ist — nämlich die kleinen Beamten und städtischen Arbeiter für die Zwecke der besitzenden Klassen zu gebrauchen — das wird bei dem Dreiklassenwahlrecht in der Kommune durchgeführt. Hier muß auch der letzte an die Urns, um „seine Pflicht“ zu erfüllen. Es kommt hinzu, daß für Wilmsdors ein Wahlmodus zur Anwendung kam, wie er in Städten gleicher Größe nicht mehr angewendet wird. Auf diese Weise hat die bürgerliche Klasse diesmal noch eine bedeutend größere Stimmenzahl auf sich vereinigt, als die sozialdemokratische.

Die Arbeiterklasse Wilmsdors hat nun bei der morgen stattfindenden Reichstagswahl Gelegenheit, durch das Eintreten für die Sozialdemokratie aus gegen das schändliche Dreiklassenwahlrecht zu demonstrieren. Sie muß auch den letzten Mann an die Urns bringen, um zu zeigen, daß das Kommunalwahlrecht nur ein Wahlrecht für die besitzende Klasse ist.

### Lichtenberg.

#### An die Frauen und Mädchen Lichtenbergs!

Genossinnen! Nur noch wenige Stunden trennen uns von der Wahl. Benutzt noch diese kurze Spanne Zeit und agitiert in Euren Bekanntenkreisen sowie bei Euren Hausgenossen und Hausgenossinnen. Gerade die jetzige teure Zeit, in der alle Lebensmittel im Preise gestiegen sind und noch steigen, gibt Euch die beste Gelegenheit, allen denen, die sich nie um Politik gekümmert, die nur das Schimpfen unserer Gegner gegen die Sozialdemokraten gehört haben, zu sagen, wodurch die notwendigsten Nahrungsmittel so teuer geworden sind und wer jene Leute sind, die dazu mit beigetragen haben, daß sie so teuer geworden sind. Gebt unsere besonders jetzt zur Wahl herausgegebenen Flugblätter, die Flugblätter der sozialdemokratischen Partei auf und studiert sie gründlich, sie sollen und werden Euch in der Agitation ein guter Helfer sein. Nur ein aufklärer, wissender Mensch kann andere belehren.

Bei Euren Einkäufen beim Schlächter, Kaufmann und auf dem Markt, wo Ihr täglich mit vielen Frauen zusammenkommt, bietet sich Euch die beste Gelegenheit, auf die Wahl zu sprechen zu kommen. Nutzt diese Gelegenheit aus. Sagt ihnen, daß derjenige, der dem Kandidaten der nationalen oder liberalen Partei seine Stimme gibt, mit Schuld daran trägt, daß durch die indirekten Steuern, die zur Erhaltung und Vermehrung des Heeres und der Marine dienen, durch Zölle und Grenzabperrungen unsere notwendigsten Nahrungsmittel verteuert werden. Sagt ihnen, daß ihre Männer nur einen Stimmgeld mit dem Namen des Kandidaten der Arbeiterpartei — Stadtverordneter Artur Stadthagen — in die Wahlurne stecken können; sie würden sonst ihr eigenes Geld, das sie zu Hunger, Not und Elend, zur Entdeckung und Knechtschaft verdammt, unterschreiben. Genossinnen! Erscheint in Massen am heutigen Abend in der öffentlichen Versammlung im Schwarzen Adler; zeigt, daß die Interessen Eurer Männer, Eurer und Eurer Euren eigenen Interessen sind. Die Vertrauensperson.

### Ober-Schöneeweide.

**Fortbildungsschule.** Dem Kuratorium lag ein Gesuch des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter vor, den Schulunterricht in die Zeit von 4—6 Uhr nachmittags zu verlegen. Begründend wurde angeführt, daß bei der jetzigen Schulzeit (6 bis 8) solche Lehrlinge, die auswärtig wohnen, erst gegen 7/10 Uhr nach Haus gelangen. Unsere Genossen beschwerten dieses Gesuch. Beschlossen wurde, eine Schulzeit von 6—7 vorzuschlagen.

Da die Einziehung des Schulgeldes bei auswärtig wohnenden Lehrlingen Schwierigkeiten begegnet, soll das Statut die Kündung erhalten, daß nur im Gemeindebezirk arbeitende Lehrlinge zum Besuche der Schule verpflichtet sind. Es soll damit auch eine Uebereinstimmung mit den Statuten der Nachbargemeinden erzielt werden.

### Reinickendorf-West.

Ein bedauerlicher Vorfall ereignete sich gestern in dem Hause Augusta Viktoria-Allee 33. Dorselbst verbrannte das vierjährige Kind der Rischtschen Eheleute in Abwesenheit der Mutter.

### Vorsigwalde-Wittenau.

Die Wählerliste zu der im Frühjahr stattfindenden Gemeindevahl liegt in Vorsigwalde im Besitze von Neuter zur Einsichtnahme für jedermann aus. In Wittenau liegt die Liste im Gemeindebureau während der Dienststunden bis zum 30. Januar aus. Es ist Pflicht jedes Wahlberechtigten, sich zu überzeugen, ob er darin verzeichnet steht, sonst geht er seines Wahlrechts verlustig. Der Vorstand des Wahlvereins.

### Nowawes-Neuendorf.

Mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie hat die am Montag und Dienstag stattgefundene Neuwahl der Vertreter der dritten Abteilung für die Gemeindevertretung der erweiterten Gemeinde Nowawes abgeschlossen. Während auf die gegnerische Kandidatenliste, die von sämtlichen bürgerlichen Parteien aufgestellt war, 255 Stimmen entfielen, erhielt die sozialdemokratische Liste 1216 Stimmen. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschlagen, als die Gegner alles mögliche verjuchten, um uns den Sieg streitig zu machen. Allen voran waren es die Hirs-Dunckersche, die mit einer kaum zu überbietenden Niederträchtigkeit arbeiteten; noch am Sonntagmorgen verbreiteten sie ein Flugblatt, welches von Verleumdungen der Sozialdemokratie geradezu strotzte. Genügt hat dies alles nichts, es scheint vielmehr, als ob die anständigen Gegner unserer Partei von diesem Treiben beart angewidert worden sind, daß sie der Wahl fern blieben; besonders aus Neuendorf ist eine außerordentlich schwache Beteiligung der Wähler zu verzeichnen, wonil übrigens den dortigen bisherigen bürgerlichen Vertretern der III. Abteilung, die zum Teil diesmal wieder kandidierten, für ihr trauriges Verhalten eine gehörige Quittung ausgeht worden ist. Da bei den vorigen Gemeindevorteilwahlen in Nowawes und Neuendorf für die bürgerlichen Kandidaten der III. Abteilung zusammen 468 Stimmen abgegeben worden und auf die Sozialdemokratie 901 Stimmen entfielen sind, so resultiert für uns bei der diesmaligen Wahl ein Gewinn von 314 Stimmen, während die Gegner einen Verlust von 211 Stimmen zu verzeichnen haben. Dieser erfreuliche Fortschritt muß und ein Ansporn zu intensiver Agitation sein, um alle Wähler, welche für unsere Kandidaten gestimmt haben, aber unserer Organisation noch fernstehen, derselben zuzuführen und auch unserer Presse weitere Ausbreitung zu verschaffen. Darum vorwärts zu neuer Arbeit, zu neuen Erfolgen!

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Händelsstraße) Donnerstags, Dienstag und Donnerstag, 10 Uhr, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. — Offener 7 Uhr. — Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. — Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

**Gundzähne.** Sie können Schadenersatz verlangen. Die obbe bestellenden hängt von dem Ermessen des Gerichts ab. Die vom Goldarbeiter angebotene Entschädigung dürfte als angemessen erachtet werden. — A. K. 57. Sie können Anspruch auf das Geld erheben. — Walter-Stegelerstraße. Sieht kein schriftlicher Vortrag vor, so ist in Ihrem Falle der Vertrag überhaupt ungültig. Sieht ein schriftlicher Vertrag vor, so würde die Klage auf Uebertretung und Schadenersatz Klage auf Erfolg haben. — Mann 14. 1. Die Klage, die beim Amtsgericht anzurechnen wäre, hätte Aussicht auf Erfolg. — G. M. 8. Nicht verwendbar. — A. G. 100. Probiere Sie es. — D. 39. Einen Weg zur Eichenstellung in dem von Ihnen gemähten Sinne kennen wir nicht. — G. 16. Da die Bestreffe minderjährig ist, wäre eine Klage aussichtslos. — D. D. 134. Rein. — G. R. 999. Ja. — 300. Dessau. Sie können Rückgabe verlangen und eventuell bei Gericht auf Rückgabe klagen. — D. D. 2. Rein. — B. S. 101. 1. Rein. 2. Gambrengaranten und Schlafburgen, die monatlich gemietet haben, können bis am 15. zum 1., nicht aber umgekehrt am 1. zum 15. kündigen. — P. M. 117. Das müssen Sie sich selber gefallen lassen. — A. R. 100. Ja. — G. G. 36. 1. Vom 1. Januar 1908 ab. 2. Als Zeuge muß man auf Erfordern alle Strafen angeben. — P. G. 100. Glaubt der Bestreffe demnachteiligt zu sein, so kann er klagen. Ihre Darlegungen lassen nicht erkennen, daß eine Benachteiligung geplant war. — P. R. 100. Die Klagen werden in der Länge der einzelnen Staaten hergestellt. — Verlust 80. 1. bis 3. Rein. — C. R. Ja.

Witterungsbericht vom 23. Januar 1907, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-stand man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Schwetzingen	765,0	W	3	Wolkenlos	-16	Haparanda	768,0	W	4	bedeckt	-8
Darmstadt	792,0	W	4	Wolkenlos	-14	Petersburg	795,0	W	3	1 Wolken	-24
Berlin	792,0	W	4	Wolkenlos	-17	Seitz	781,0	W	3	bedeckt	2
Kranichfeld	781,0	W	5	Wolkenlos	-15	Berdeen	779,0	W	3	bedeckt	2
Nürnberg	779,0	W	5	Wolkenlos	-19	Baris	787,0	W	4	Wolkenlos	-11
Wien	790,0	W	4	better	-19						

Wetterprognose für Donnerstag, den 24. Januar 1907. Trocken und vorwiegend heiter bei strengem Frost und kalten Winden. Berliner Wetterbureau.

# 1. Wahlkreis.

Heute Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr, in Dräfels Festsälen, Neue Friedrichstraße Nr. 35:

## Wähler-Versammlung

Tages-Ordnung:

**Auf zur Wahl!** Referent: **Dr. Leo Arons.** Diskussion. Der sozialdemokratische Wahlausschuß.

# 2. Wahlkreis.

Freitag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

## 5 Volksversammlungen

in folgenden Lokalen:

- „Bock-Brauerei“, Tempelhofer Berg.
- „Kliems Festsaal“, Hasenheide 13/15.
- „Koffjäger-Palast“, Hasenheide 52/53.
- „Alter Bürgergarten“, Lindenstraße 105.
- „Zühlkes Festsaal“, Dennewitzstraße 13.

Tages-Ordnung: **Verkündigung des Wahlergebnisses.** Der sozialdemokratische Wahlkomitee.

# 3. Wahlkreis.

Heute Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

## 4 Wählerversammlungen

in folgenden Lokalen:

**Buggenhagen, am Moritzplatz.** Referent: Genosse Richard Fischer.  
**Arminhallen, Kommandantenstr. 20.** Referent: Stadtb. Joh. Sassenbach.  
**Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.** Referent: Genosse Adolf Cohen.  
**Märkischer Hof, Admiralsstr. 18a.** Referent: Stadtb. Richard Augustin.

Tages-Ordnung:

1. **Auf zur Wahl!** 2. Freie Aussprache.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Einberufer.

## Posamentierer Berlins.

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr:

### Öffentliche Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 5). Tages-Ordnung: Die Aussperrung in der Möbelbranche. Der Vorstand.

12 Jahre Garantie! Sprechstunde 9-7. Zähne 2 Mk. Vollst. schmerzlos. Bohnd. Zahnz., Plombieren 1 Mk. Reparaturen sofort.

Deutsch-Amerikanische Zahnklinik, 45. Prinzenstraße 45.

Achtung! Genossen! Achtung!

Freitag, den 25. Januar, früh:

### Wellfleisch

und frische Wurst beim Genossen Max Wehner, Oranienstraße 32.

Weidenweg 12, ab 1/2 ein Laden m. Wohnung, 60 R. d. Erdfl. L.

Schöne Wohnungen Berlin N., Lärchenstr. 19. Vorder- und Gartenhaus-Wohnungen d. zwei Zimm., Bad, Hof, u. Kammer, mit Umzugsgeld billig z. verm. Näheres daselbst beim Verwalter 1 Tr. vorn.

# 4. Wahlkreis.

## 10 öffentliche Wähler-Versammlungen

am Donnerstag, den 24. Januar 1907, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:

**Louis Keller, Koppenstraße Nr. 29.** **Boeker, Weberstraße Nr. 17.** **Graumann, Naunynstraße Nr. 27.**  
**„Elysium“, Landsberger Allee Nr. 41.** **Walter, Andreasstraße Nr. 21.** **„Urania“, Wrangelfstraße Nr. 9-10.**  
**Litfin, Memelerstraße Nr. 67.** **„Drachenburg“, Vor dem Schlesiſchen Lore.** **„Süd-Ost“, Waldemarstraße Nr. 75.**  
**Markgrafensäle, Markgrafendamm.**

Tages-Ordnung: 1. **Wem geben wir morgen unsere Stimme?** 2. Freie Diskussion.

Referenten sind:

**Der Kandidat des Kreises, Stadtverordneter Paul Singer.**

Sekretär Späthe. Hugo Helmann. Sekretär Hermann Jaek. Sekretär Dittmer. W. Schenk. Robert Fendel. Küter. Oskar Jensch. Rechtsanwalt Roth.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Wahlkomitee.

## Achtung! 5. Wahlkreis. Achtung!

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr:

## Vier öffentl. Wählerversammlungen

**Lipps Brauerei, am Friedrichshain.** **Altes Schützenhaus, Linienstr. 5.**  
**Schweizer Garten, am Königstor.** **Johannis-Säle, Johannisstraße 20.**

Referenten: Friedländer, Liepmann, Wels, Dr. Weyl.

Tages-Ordnung:

1. **Volksrecht oder Kommandogewalt.**

2. Diskussion. — In allen Versammlungen hält der Kandidat des Kreises

**Robert Schmidt**

eine Ansprache. — Alle Wähler des Kreises sind eingeladen. — Die Genossen und Genossinnen sind zu pünktlichem Erscheinen verpflichtet.

**Vorher, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung**

von den bekannten Stellen. Die Genossen des Kreises sowie die Helfer aus dem 4. Kreise (Ost) treten an den Stellen an, an denen sie schon früher tätig waren. Tue jeder seine Schuldigkeit!

## Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands.

Ortsverein Berlin. 129/1

Bureau: O. 54, Steinstr. 38, 1. Stiege. — Fernsprecher: Amt III, 3100.

Wir machen unseren Mitgliedern hiermit bekannt, daß unser Bureau Freitag, den 25. Januar, wegen der Reichstagswahl geschlossen ist.

Wir erwarten von unseren Mitgliedern, daß Sie nicht nur am Tage der Wahl ihr Wahlrecht ausüben, sondern sich auch der Partei zur Verfügung stellen.

## Buchhandlung Vorwärts

Berlin S.W. 68. Lindenstraße 69.

In unserem Verlage erschien soeben:

### Rotdeutschlands Aufstieg.

Wahlkampf-Lieder von C. M. Schäfers.

Preis 20 Pfennig. — Porto 3 Pfennig.

Worte voller Begeisterung und Feuer richtet der Dichter, der bekannte Verfasser von: „12 Jahre der Verbannung“, an die Wähler. Jedermann sollte im Besitze des hübschen Heftes sein.

## Verband der baugewerbli. Hilfsarbeiter Deutschl. Zweigverein Berlin und Umgegend.

Wir machen unseren Mitgliedern hiermit bekannt, daß unser Verbandsbureau am

**Freitag, 25. Januar, geschlossen**

ist wegen der Reichstagswahl.

Ebenso machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 27. Januar, vormittags von 10-12 Uhr, die Wahlen des Zweigvereinsvorstandes stattfinden. Die Wahllokale sind bereits überall in den Bezirken bekanntgegeben durch Flugblätter, welche mit dem letzten Verbandsorgan ausgegeben worden sind. Wir fordern auch zu dieser Wahl unsere Kollegen auf, Mann für Mann zur Wahl zu kommen. Jeder Wähler erhält einen Stempel ins Mitgliedsbuch.

### Gewählt.

Auf diesen Stempel ersuchen wir hauptsächlich die Mandatierten Obacht zu geben. Der Zweigvereinsvorstand. F. W. E. Kribow.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 25. Januar, bleiben Bureau, Arbeitsnachweis und Krankenkasse wegen der Reichstagswahl den ganzen Tag geschlossen.

Eine Kontrolle der Ausgesperrten und Arbeitslosen findet an diesem Tage nicht statt.

Die Ortsverwaltung.

## Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. Filiale Berlin.

Freitag, den 25. Januar 1907

bleibt das Bureau wegen der Reichstagswahl

den ganzen Tag geschlossen.

Die Ortsverwaltung.

# 6. Wahlkreis!

Heute Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr:

## 7 öffentl. Wählerversammlungen

Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148. Hensel, Invalidenstr. 1a. Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58. Marienbad, Badstr. 35/36. Raabes Salon, Kolbergerstr. 23. Bockbrauerei II (fr. Norddeutsche), Chausseest. 58. Moabiter Gesellschaftshaus, Wicléstr. 24.

**Tagesordnung: Auf zur Reichstagswahl!**

Referenten sind die Genossen: Dr. Oskar Cohn, Düwell, Ebert, Julian Borchardt, Leid, Litfin, Rosenfeld.

Freitag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

## 12 Volks-Versammlungen!

Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148. — Groterjan, Schönhauser Allee 130. — Wilke, Brunnenstr. 188. — Daase, Brunnenstr. 154. — Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42. Schirm, Badstr. 19. — Marienbad, Badstr. 35/36. — Bock-Brauerei (früh. Norddeutsche), Chausseest. 58. Kösliner Hof, Köslinerstr. 8. — Sachon, Müllerstr. 136. — Moabiter Gesellschaftshaus, Wicléstr. 24. Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

### Verkündigung der Wahlergebnisse.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

246/16

## Charlottenburg.

Donnerstag, den 24. Januar 1907, abends 8 Uhr:

### 3 Volksversammlungen

im „Volkshaus“, in Schulz' Festsälen, im Lokale v. Kirshkowsky, Rosinenstr. 3. Kaiser Friedrichstr. 24. Beusselstr. 9.

Tages-Ordnung:

#### Ein letztes Wort an die Reichstags-Wähler.

Das Erscheinen aller Männer und Frauen Charlottenburgs erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee, Rosinenstr. 3. Telefon: Charlbg. 6986.

NB. Da vermutlich von unseren Gegnern unsere Skizzenanschläge mit der Aufschrift „Wählt Jubel!“ abgerissen werden, so ersuchen wir jeden Genossen, falls er einen derartigen Schänder erwischt, unverzüglich dessen Name und Adresse feststellen zu lassen und denselben uns zu übermitteln.

## Schöneberg!

Donnerstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr:

### 4 Volks-Versammlungen

in den Lokalen:

E.Obsts Festsäle, Melningerstr. 8. Wilhelmshof, Ebersstraße 80. Klubhaus, Hauptstraße 5-6. Wieloch, Grunewaldstraße 110.

Tages-Ordnung:

#### Wen wählen wir?

Referenten sind: Paul Hirsch, August Gebert, Emil Kloth, Fritz Kasper. Gegner sind willkommen!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

## Achtung! Rixdorf. Achtung!

### Reichstags-Wähler!

Donnerstag, den 24. Januar 1907, abends 8 Uhr:

#### Fünf öffentl. Versammlungen

in folgenden Lokalen: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49. Thiels Festsäle, Bergstr. 151/152. Gröplers Bürgersäle, Bergstr. 147. Heickaus Festsäle, Karldgartenstr. 6/10. Bruses Festsäle, Knechtstr. 113.

#### Tagesordnung: Unser letztes Wort an die Wähler!

Referenten: Schriftsteller Katzenstein, Stadtvordneter Dr. Silberstein, Wutzky, Groger und Thurow.

Freie Diskussion. — Es ist Pflicht aller Wähler, in diesen Versammlungen zu erscheinen.

### Zentralverein d. Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin.

Unabhängig der Reichstagswahl am Freitag, 25. Januar, bleibt unser Bureau den

#### ganzen Tag geschlossen.

Die Auszahlung der Unterstützung für Arbeitslose ist Sonnabend vormittag bis 11 1/2 Uhr für Ausgesperrte von 12-1 Uhr.

Die Ortsverwaltung.



Sanssouci Rotbuserstr. 4a. Direction Wilhelm Reimer. Sonnt. Kontg. Donnerst. Hoffmanns Nord. Sänger und Tanzfränzchen. Großer Erfolg! Vor der Reichstagswahl! Lustspiel in 1 Akt. Sonnt. 8g. 5. Bodenst. 8 u. J. Dienstag: Theaterabend

### Arbeiter - Raucher - Bund

Berlins und Umgegend.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Ehefrau des Mitgliedes

#### Schurig

aus Klub „Feste Brüder Noabit“ am 21. d. M. verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Pauls-Kirchhofes, Pöhlgenstr., aus statt.

Der Vorstand.

#### Todes-Anzeige.

Am 22. Januar verschied nach längerem Leiden der Töchter

#### Emil Schulz

Ragstraße 13 a.

Dies allen seinen Freunden und Bekannten zur Nachricht.

Beerdigung am Freitag, den 25. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Bonifacius-Kirchhofes, Reinickendorfer-Weit, Berlinstraße, aus.

10656

#### Allen Freunden, Bekannten und Kollegen zur Nachricht, daß mein

Ramm, unser guter Vater, der Töchter

#### August Müller

am 22. d. M. nach langen, schweren

Leiden sanft entschlafen ist.

Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bonifacius-Kirchhofes in Säbende aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen

#### Dankfagung.

Für die rege Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des früheren Expedienten

Robert Herzfeldt

sage ich allen Bekannten, insbesondere den Angestellten der „Vorwärts“-Expedition meinen herzlichsten Dank.

Blume Auguste Herzfeldt.

#### Für die große Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres treuerlebenden Vaters, Daniels

und Schwagers, des Bußers F. Gollin

sagen allen Beteiligten, besonders dem Gefangenverein Zukunft I, den Bußern

und Maurern sowie dem sozialdemokratischen Wahlverein Steglitz herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

37602

#### Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,

nur Mariannen-Straße 2.

#### Das Wahlkomitee.

Moritzplatz.

Täglich:

### Bock-

Doppel-Konzert

der Ober-

bauern u.

Dahlemer

Bauern-

kapelle.

### Fest-

Bier-

Austr. d. ersten Waffler

u. des berühmten J. J. S.

die mit J. Bundespreid.

#### Dr. Simmel,

Prinzen-

Str. 41,

Spezialarzt für

Haut- und Harnleiden.

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

#### Maskenanzüge

verleiht Quanter,

Charlottenburg, Wallstr. 35.

### Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68

Linden-Straße 69.

von

## Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit

von Hugo Schulz

Allgemeinverständliche, populäre Abhandlungen aus der Kulturgeschichte

ist soeben Heft 17 zur Ausgabe gelangt.

Preis pro Heft 20 Pf.

Abonnenten können jederzeit eintreten.



## Berliner Bock-Brauerei

Aktien-Gesellschaft

Tempelhoferberg und Chausseestraße 58

Die Eröffnung der

### 69. Urhock-Saison 1907

findet am

Sonntag, den 27. Januar, vormittags 12 Uhr statt.

**Einzig! • Täglich großer Bock-Jubel! • Original und unerreicht!**

Original-Bockbier — bester Ersatz für sogenannte echte Münchener Biere — kommt in Flaschen und Gebiaden vom 25. Januar ab zum Verkauf.

Nur echt in Korkflaschen mit Kapseln und zwei eingeblasenen Böcken.

Bestellungen erbeten: Telefon Amt VI, 3019, 9191 (Abt. I, Tempelhoferberg) Telefon Amt III, 2603, 2623 (Abt. II, Chausseestr. 58)

#### Allein-Verkauf für Kannen und Syphons:

Kannenbier-Versand-Gesellschaft m. b. H. BERLIN NW, Länoburgerstraße 17/18. Telefon: Amt III, 2018, 3214.



875AL\*

## Inventur-Extrapreis!

Eine Partie große

### Divandecken

auf beiden Seiten benutzbar

Mk. 4,35 (Wert 6,75)

Buntepersische doppelseitige

### Divandecken

Mk. 7,50-8,75 (Wert 12-15 Mk.)

Bunte Mocquett-Plüsch-Divandecken

Größe 150/200 cm 23,50 (Wert 33 Mk.)

#### Teppich-Spezial-Kaus

## Emil Lefèvre

Berlin Süd. Seit 1882

nur Oranienstraße 158.

Habe nirgends Filialen!

Nach auswärts per Nachnahme.

#### Inventur-Extralistie

billige Sonderangebote

gratis u. franko!

## Colosseum

Dresdenstraße 97.

Spezialitäten - Theater.

Im Konzertsaal: Großer

### Bockbier-Jubel.

„All-Deutschland im Bod.“

Rationale Dekoration! Ueberraschungen aller Art.

### Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

Zum Schluss: Reu!

### Christmarkt.

Anfang

Montags

8, Sonntags

7 Uhr.

## Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Kolonnen-Loz.

Deute abend 8 Uhr:

Die erste Sensation von 1907:

Kosta, der Mann

mit dem

drehbaren Kopf.

gänzlich neue

14 Karneval-Spezialitäten 14

Verfassungen.

Verband der Bäcker. Die Mitgliedschaft Groß-Berlin hielt am Dienstag eine Generalversammlung ab, wo der Jahresbericht für 1906 gegeben wurde.

moralische Erfolge zu verzeichnen. Die Spielhöllen, welche früher eine große Menge der Bäckergesellen anzogen, sind zum größten Teil verschwunden.

Der Rechnungsbericht, den der Kassierer Barth erstattete, weist eine Einnahme auf von 53.920,11 M., eine Ausgabe von 51.453,89 M. und einen Bestand von 2.466,22 M.

Darauf sprach Henschold über die Reichstagswahlen. Er forderte die Kollegen auf, im Interesse der Sozialdemokratie zu wählen und zu wirken.

Zentralverband der Konditoren. Die letzte Generalversammlung nahm zuerst den Jahresbericht entgegen und billigte die Wahl der Devisenverwaltung.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 24. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr. Sgl. Oberhaus. Wagon. Sgl. Schauspielhaus. Wallenstein.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Donnerstag, abends 8 Uhr. Zum ersten Male: Der Kaiserjäger.

Arnold Scholz Neue Welt Hasenheide 108/14. Von Sonntag, den 27. Januar 1907 an täglich im festlich dekorierten Saale Gr. Münchener Bockbier-Fest.

Wen wählen Sie? Nur den, der es gut mit Ihnen meint und hält, was er verspricht, nicht wahr? Ich verspreche Ihnen dreierlei: 1. Ich biete Ihnen den gleichen Genuß wie der beliebte Bohnenkaffee;

Berliner. Der Hund von Baskerville. Zeffing. Wenn wir Taten erwachen. Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Kaiserjäger.

Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Die Condottieri. Morgen und folgende Tage: Die Condottieri.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Heute im Theater 8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.

Zirkus Busch. Heute abend 7 1/2 Uhr. The Novellos. Indien in Europa.

Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, den 24. Januar, abends präzis 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Gala-Programm.

Stadt-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49. Gastspiel Bernhard Rose-Theater: Sherlock Holmes.

Ferdinand Bonn Berlin Theater. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Hund von Baskerville.

Lotzinger-Theater. Palladianenstr. 7/8. Abends 7 1/2 Uhr: Die Regimentstochter.

Metropol-Theater. Abends 8 Uhr: Der Teufel lacht dazu.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Heute und jeden Abend 8 Uhr: Gastsp. Ad. Philipp.

St. Hubertus. Um 9 Uhr zum 35. Male: Das größte Bracht-Kanarienvogelhaus.

Gebr. Herrnfeld-Theater. Einlog 8 Uhr. Kommandantenstr. 57. Nur noch wenige Tage: Familientag im Hause Prallstein.

Theater des Westens. Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12. Durchschlagender Erfolg! Abends 7 1/2 Uhr: Cousin Bobby.

Lustspielhaus. Täglich abends 8 Uhr: Hufarenfieber.

Residenz-Theater. Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage Anfang 8 Uhr: Florette und Patapon.

W. Noack's Theater. Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16. Benefiz für den Regisseur Karl Reich.

Palast-Theater. Burgstr. 24, 2. Min. v. Bahnhof Börso. Täglich ab 19. Januar cr., abends 7 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater. Fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148. Jeden Sonntag Anfang 6 Uhr: Konzert, Theater u. Spezialitäten.

Komische Oper. Anfang 7 1/2 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Apollo Theater. Hervorragende Spezialitäten und Die schöne Vestalin.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Berlin paß' auf!

Wintergarten. SAHARET. Otto Reutter. Kaufmann-Truppe, weibl. Radfahrer.

Folies Caprice. Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße. Dir. Felix Berg. Das Modell.

Prater-Theater. Kottbuser-Platz 7-9. Abends 8 Uhr: Wilhelm Tell.

# Victoria = Brauerei

## Aktien-Gesellschaft

Fernsprecher: **Berlin und Stralau** Fernsprecher: Amt VI Nr. 728 **empfehlen ihr** Amt VII Nr. 3835 **8767L\***

**Victoria Saazer-Bräu (Pilsener Art)**  
**Victoria Export-Bier (Münchener Art)**  
**Victoria Tafel-Bier (ganz hell)**  
**Bock-Bier in Gebinden und Flaschen.**

# Brauerei Germania

## Aktien-Gesellschaft

**Berlin O., Frankfurter Allee No. 53/55.**  
**In sämtlichen Geschäften:**

# Bockbier 4/10 Ltr. 10 Pf.

**1 Flasche 10 Pfennig. 15 Flaschen 1,50 Mark.**  
**1 gr. doppelte Weiße 15 Pfg. 2 kl. doppelte Weißen 15 Pfg.**

# Freie Volksbühne

Donnerstag, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr,  
 im großen Saale des Gewerkschaftshauses:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag Kurt Eisner: „Die Intellektuellen“.  
 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes, Bericht der Revisoren. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.  
 Der Eintritt ist nur gegen Vorweisung der Mitglieds-karte gestattet.

**Sonntag, den 27. Januar er., nachmittags 3 Uhr:**  
 Neues Schauspielhaus. 18. Abteilung:  
**Das Glas Wasser.**

**Berliner Theater. 11./12. Abteilung:**  
**Die Häuser des Herrn Sartorius.**

## Mozartkonzert im Mozartsaal

unter Leitung des Hofkapellmeisters **Paul Prill** mit dem **Mozartsaal-Orchester** (60 Künstler)

**Sonnabend, 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr.**  
 Anfang der Billetverlosung 7 1/2 Uhr.  
 Nach dem Konzert findet im Mozartsaal gleichzeitig ein **Ball und Gesellschaftsabend** statt.  
 Festmarken a 75 Pf., Gastkarten a 1 M. in allen Zahlstellen sind nur bei sofortiger Bestellung zu haben.

**21. Kunstabend** im Rathaus Montag, den 4. Februar.  
 — **Julius Rutström-Trio** —  
 für skandinavische Musik.  
 228/4 **Der Vorstand. I. Vertr.: G. Winkler.**

## Für Kolporture!

Soeben erschienen:  
**Ein Kulturgruß aus Afrika.**

Diese künstlerisch gezeichnete **Ansichtskarte**, welche die Taten der Kolonialhelden darstellt, bietet lohnenden Abverkauf. Wir liefern 100 Stück zu 3 M., 500 Stück 12 M. bei Vorauszahlung des Betrages oder franko Nachnahme.  
**G. Birk & Co., München.**



**Guslav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 65.**

Das einzig dastehende **Elite-Jänner-Programm. 24 Nummern.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 4 1/2 Uhr.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
**Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)**  
 Theater lebender Photographien.  
 Auf Wunsch Vorführung in Vereinen jederzeit.  
 Verbindung mit größter Film-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
 ♦ Den ganzen Tag Vorstellung. ♦

**Hygienische**  
 Bedarfsartikel. Neueste Katalog. Empfehlung viel. Ärzte u. Prof. grat. u. n. H. Dager, Gumbelwerstraße Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

# Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.  
 Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

**ANZEIGEN**  
 für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Teppiche mit farbenschönen Fabrikniederlage** Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Rauerhoff. +1  
**Steppdecken billig** Robert Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1  
**Gardinenhand** Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Rauerhoff. +1  
**Inventur-Ausverkauf!** Teppichfabrikanten mit 10 Prozent Rabatt. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 22168\*
**Steppdecken, Fabrikmutter** jetzt 2,95, 3,95, 4,95 u. Große Frankfurterstraße 125. 22178\*
**Inventur-Ausverkauf!** Teppichdecken Stück 1,95, 2,95, 3,95, 3,75 u.; Gardinenreste 1 bis 6 Fenster 10 Prozent Extrarabatt 1,25, 1,85, 2,45 u. 22188\*
**Wohlfühlende Tisch- und Tischdecken (Fabrikmutter)** spottbillig Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 22198\*
**Sofabezüge (Kette), Wolle und Wäsche** 15 Prozent Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 22208\*
**Teppiche mit farbenschönen Fabrikniederlage** Frankfurter Allee 107.  
**Gardinenhand, Reste und einzelne Fenster** jetzt bedeutend billiger. Frankfurter Allee 107. 22228\*
**Steppdecken, Fabrikmutter** spottbillig. Portieren (2 Schals, 1 Randregain) 3,50, 3,95, 4,95, 6.— u. Frankfurter Allee 107. 22238\*
**Teppiche! (Feststoffe) in allen Größen** für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odeonplatz Markt 4, Bahnhof Seite. 225/2\*
**Wandbildhand** Heidenweg 19. Schlemmer-Blumenverkauf! Winterpaletts, Winteranzüge, Beilensverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Messerverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Nähmaschinen, staunenerregende Spottpreise. Verbindungen allerorts. 8/8\*
**Inventur-Ausverkaufspreise** nur kurze Zeit. Extrarabatt gratis und franco. Teppichhaus Emil Leffore, Drantenstraße 158. 22288\*
**Stimmföhne Steppdecken** 4,25 (Selbenerfabrik), Kollasch-Steppdecken 6,75. Inventur-Ausverkaufspreise. Teppichhaus Emil Leffore, Drantenstraße 158. 22298\*
**Wäbelfabrik, Drantenstraße 58.** direkt Rortplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfaßten bis zum Eleganten. Besonders Gelegenheitsbiete ich in vertriehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Aufstehend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 19, Schlafsofa 29, Saitellafensofa 45, Wanneelsofa 55, hochlegante Garnitur 75, Schalenarmeeuau 32, Bettstelle mit Matratze 16, Küchleinisch 18, Küchleinisch, Bettso 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Rauerhoff buch gratis. 2192K\*
**Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.**

**Nähmaschinen, Käufer dieser Woche** ohne Anzahlung, Woche 1,00, erhalten Gratzungabe, Delgemälde, Handmalerei. Köpferstraße 43, Grenzlerstraße 59/60. 788\*
**Nähmaschinen! Vergüte bis 15,00** mit Teilzahlung kauft oder nachweist. Postfach. Drauser, Tüftlerstraße 90. 7124
**Steppdecken (spottbillig), Fabrik** Große Frankfurterstraße 61. 21678\*
**Geschäftsbüchlein, superst. Kallig.** 50,00. Holz, Blumenstraße 36 B.
**Herrenrad, Damenrad, mit neu. 45,00.** Holz, Blumenstraße 36 B. 22158\*
**Kinderwagen, Kinderbestellen,** Sportwagen, gebrauchte, zurückgelte (selbst): Sommer, Wienerstraße 51.  
**Wäbelfabrik** liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bitte Rufen. Keine Arbeit. Beschäftigung meines Mannes großen Lager erbeten. Auch Ratenszahlung. Nur Keller und Hinterzimmer. Darnad, Tischlermeister, Dresdenstraße 124, zwischen Drantenplatz und Rotthauser Tor. 17088\*
**Kinderwagen, Kinderbestellen,** Sportwagen, gebrauchte, zurückgelte (selbst): Schneider, Kurfürstentstraße 172. 21628\*
**Wadronen, Petroleumföhrnen ohne** Anzahlung, Woche 1,00. Louis Köpfer (selbst): Boghagenerstraße 22 (Bahnverbindungs-Bahnhofstraße), Reinoldenstraße 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 247. \*
**Opfervornehme Herrenanzüge,** Herrenpaletts aus feinsten Stoffen 18 bis 38,00, Hosen 7—12,00 verkauft täglich, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I. \*
**Wäbel-Lager** speicher Brunnstraße 182 stehen zum Schlemmer-Verkauf: Schreistühl, Kuchenaumfeld, Pannellsofa, Tafelsofa, Wäbelschrank 28.—, Teppiche, Trumeau, Garderobenspiegel, Wäbelschrank 25,00, Wäbelschrank, Spiegel, Spiegelständer, Tisch, Kommoden, Küchenselbst, alles spottbillig. 21558\*
**Pianos, 190.—, freuzföhrig, Turm-**straße 8 I. 9/10  
**Kolonial-, Wäbelschrank** reich, verläßlich, Neu-Lichtenberg, Brennerstraße 5. Vermittler verbeten. +130  
**Kollegen! Nähmaschinen, Schneid-**näher, Originalnähler, Singermodell, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Reparaturen. Stephanstraße 43. 780  
**Restaurations, gutgehend, billige** Preise, passend für Künstler, verkauft billig. Zu erfragen Komintenerstraße 28. +130  
**Klavier verkauft** Buslo, Darnunstraße 3. +142  
**Elektrisches Piano, tadellos,** 200 Noten, billigst Sebastianstraße 87, parterre. Wab. 10695  
**Achtung! Konfidenz-Geschäft,** Lage Köpferstr., billig zu verkaufen. Zu erfragen bei Kengel, Alexanderstr. 81. 10605  
**Wäbelfabrik, Kott gebend, in** billig zu verkaufen. 30 Wäbelsch. Nähmaschinen. Offerten unter K. 2306 an die Expedition der „Vollst. Zeitung“, Große Frankfurterstraße 87 erbeten. 9/7
**Freitagen, gut jagend, billig, ver-**kauft Hedder, Ober-Schöneweide, Wilhelmshofstraße 47, Portal I, III.  
**Defikation, gutgehend, 22 bis** 25 Halbe, günstig für Parteigenossen, billig veräußert. Brauereischiffe, Reichsbergerstraße 73a. +22
**Komiker Holz, Grob- und** Straße 6. 9345\*
**Patentanwalt Bessel, Odeon-**straße 94a. 9278\*
**Kunstkopiererei von Frau Rosina,** Charlottenburg, Goethestraße 84, I. \*
**Rixdorf, Neues Hofklo, Knele-**bedstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettaal (500 Personen), Sonntag Ball. +117\*
**Wandbühne** kauft Wandbühne Brunnstraße 63. 5/14\*  
**Bereinszimmer, neu ausgebaut,** bis zu 80 Personen, gut geeignet zu allen Zwecken zu vergeben. Hugo Bergemann, Gerichtstraße 74. \*
**Wäsche wird sauber gewaschen,** freies getrocknet. Abholung Sonntag abends. Emil Konrad, Köpferstr. 18/19, Rüggelehmerstraße 40. 10565  
**Schulbücher, in jeder Größe an-**zubringen. Berger, Kleine Frankfurterstraße 7. 10678  
**Hollhumorist Gerhardt** Drangenstraße 22. +22\*
**Moderne zwei Zimmerwohnungen** mit großer Kammer, Bad, Balkon u. preiswert pro April (ab 1. April) 18/19 (an Preussener Allee) zu vermieten. 8915\*
**Zimmer.**  
**Möbliertes Zimmer** für 1 oder 2 Herren vermietet Frau Salobek, Kolbergerstraße 26.  
**Möbliertes Zimmer** zu vermieten Frau Kasse, Viktoriastraße 7, vorn IV, 4 Minuten bis Bahnhof Warschauerstraße.  
**Möbliertes Zimmer oder Schlaf-**stelle für zwei Herren, Gringel, Frankfurter Allee 94, vorn IV. +41  
**Möbliertes Zimmer** zu vermieten Stralauerstraße 29, vorn III links.  
**Schlafstellen.**  
**Möblierte Schlafstelle** Urbanstraße 65, vorn, rechter Aufgang II links. 5908  
**Bessere Schlafstelle** für Herren. Reumann, Reibstraße 3, nahe Alexanderplatz. +142  
**Möblierte Schlafstelle, allein,** Elbingerstraße 76, Seitenflügel 4 Treppen. +142  
**Mietsgesuche.**  
**Gehpaar** sucht möbliertes eventuell leeres Zimmer oder Küche, wo nach tagsüber in Pflege genommen wird. Gerlach, Remlerstraße 72 (Baden). 9/7

## Verschiedenes.

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
 Kinder Schuhmacher bietet um Arbeit. Mühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glaser, Rindstraße 27. 14688  
**Stellenangebote.**  
 Lehrling für chirurgische Instru-mente. Sauer, Kastanien-Allee 46.  
 Verlässlicher verlangt Waibe, Köpferstraße 127. 10665  
 Kletterer erfahrener Bauhölzer zur Aufsicht und zum Anlernen von Lehrlingen sofort gesucht. Offerten unter A. B. 100 hauptpostlagernd Spandau. 22298  
 Zuschneider für Kravatten auf Seide, Jute und Einlagen suchen Knopch u. Kirchberger, Gertraudenstraße 18/19. 10638  
 Belegerrinnen verlangt Holz-leistenfabrik Rixdorf, Köpferstraße 18. Gebiete Arbeiterinnen auf bessere Stoffpartel verlangen sofort Strich u. Ramon, Klosterstraße 20. 10615  
 Wamielle auf Jodellis, Boleros verlangt Grohn, Tharstraße 21. +125  
 Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Köpferstraße 56/57. \*  
 50 Wamielle auf Paletts verlangt Strich, Grenzstraße 11. +85  
**Im Arbeitsmarkt durch** befonderen Druck hervorgehobene Nachrichten kosten 50 Pf. die Zeile.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
 Kinder Schuhmacher bietet um Arbeit. Mühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glaser, Rindstraße 27. 14688  
**Stellenangebote.**  
 Lehrling für chirurgische Instru-mente. Sauer, Kastanien-Allee 46.  
 Verlässlicher verlangt Waibe, Köpferstraße 127. 10665  
 Kletterer erfahrener Bauhölzer zur Aufsicht und zum Anlernen von Lehrlingen sofort gesucht. Offerten unter A. B. 100 hauptpostlagernd Spandau. 22298  
 Zuschneider für Kravatten auf Seide, Jute und Einlagen suchen Knopch u. Kirchberger, Gertraudenstraße 18/19. 10638  
 Belegerrinnen verlangt Holz-leistenfabrik Rixdorf, Köpferstraße 18. Gebiete Arbeiterinnen auf bessere Stoffpartel verlangen sofort Strich u. Ramon, Klosterstraße 20. 10615  
 Wamielle auf Jodellis, Boleros verlangt Grohn, Tharstraße 21. +125  
 Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Köpferstraße 56/57. \*  
 50 Wamielle auf Paletts verlangt Strich, Grenzstraße 11. +85  
**Im Arbeitsmarkt durch** befonderen Druck hervorgehobene Nachrichten kosten 50 Pf. die Zeile.

## Achtung, Töpfer!

Die geperrte Firma **A. M. Berndt & Co.** in Wilmersdorf, Hildbergstraße 15, führt jetzt folgende Bauten aus:  
**Charlottenburg, Bernburgstr. 47** und **Quarestr. 3;**  
 dieselben sind strengstens zu meiden, sämtliche Bauhandwerker werden ersucht dieses zu beachten. 212/3  
 Die Verbandsleitung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.

## Achtung! Bauarbeiter!

Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt:  
**Bau Kupke, Württembergische** Straße 36 u. 37, Ecke Köpferstr.  
**Bauten der Firma M. H. Wegner,** Holzgerstr. 27;  
 Billa Witt, am kleinen Wannsee, Bismarckstr. 36.  
**Bau Beck u. Glöppenburg, Gertrauden-**straße, Ecke Köpferstr.  
**Bau Rixdorf, Potsdamer Platz.**  
**Bau Fiedlerhaus, Köpferstraße** (Küche).  
**Bau Kurt Berndt, Wilmannstraße,** Ecke Köpferstr.  
**Bau Hüfner u. Schwarzkopf,** Schmargendorf, Kollaschstr. 20/21 (Sandsack).  
**Bau Juchacz, Dahlen.**  
**Bau Sedelstr. 10/12 (Gefäßfabrik),** Köpferstr.  
**Bau Reichsbank, Köpferstr. 8.**  
**Bau Rixdorf, Köpferstr. 67.**  
**Bau Fiedler, Köpferstr. 63a.**  
 Bauten der Firmen:  
 Heinrich Wittig;  
 Brode, Dahlmannstr. 26;  
 Zehmann, Rixdorfendamm, gegen-über der Dahlmannstraße;  
 Weillner, Rixdorfendamm 144;  
 Erjakommission, Halberstrassen-Ecke; Köpferstr., Charlottenburg;  
 Steglitz, Kaiser Wilhelmstr. 13;  
 Hauptstr. 13;  
 Wilmersdorf, Dalmatierstr. 2;  
 Schmidt, Prager Platz;  
 Krich, Weillner, Ecke Köpferstr.;  
 Elektrische Werk, Köpferstr.;  
 Rauen, Kranenhaus;  
 Wilmersdorf, Schloßbau.  
**Bau Adrting, Köpferstr. 6.**  
**Bau Große, Marienfelde, Rixdorfstr.**  
**Bau Kimm, Rixdorf, Bergstr. 50.**  
 Bauten der Firma Grün u. Helmig.  
 Bau Oldenburgerstraße und Klosterstraße.

## Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“

**Zentrum:**  
 Fritj Rink, Rauerstr. 59.  
 H. Bahlsch, Auguststr. 50.

**Westen:**  
 G. Schmidt, Döllowstr. 52.

**Osten:**  
 W. Mann, Peterburgerplatz 4.  
 H. Wengel, Köpferstr. 2.  
 Gustav Vogel, Köpferstr. 83.

**Nordosten:**  
 E. Jucht, Köpferstr. 42.  
 J. Reul, Darnunstr. 42.

**Norden:**  
 G. Kofsch, Köpferstr. 36.  
 F. Krapp, Köpferstr. 24.  
 Karl Wab, Köpferstr. 120.  
 Karl Weide, Köpferstr. 41/42.  
 E. Dechard, Köpferstr. 24.  
 P. Vogel, Köpferstr. 37.  
 H. Tich, Juchaczstr. 124.

**Nordwesten:**  
 Karl Anders, Salomiedlerstr. 6.  
 W. Scholle, Köpferstr. 29.

**Südwesten:**  
 G. Werner, Rittenwalderstr. 30.  
 G. Schröder, Köpferstr. 27.

**Süden:**  
 St. Fritj, Köpferstr. 31.  
 F. Gutschmidt, Köpferstr. 8.

**Südosten:**  
 Paul Böhm, Köpferstr. 14/15.  
 F. Gorch, Engelstr. 15.

**Charlottenburg:**  
 G. Scharnberg, Schenkestr. 1.  
**Friedrichshagen:**  
 C. Seitel, Kronprinzstr. 50.

**Rixdorf:**  
 W. Heinrich, Redarstr. 7.  
 Courad, Hermannstr. 50.

**Rammelsberg:**  
 H. Rosenkranz, Alt-Köpferstr. 56.

**Schöneberg:**  
 W. Bäumer, Rixdorfstr. 51.

**Wollensee:**  
 A. Nehmann, Sedanstr. 105.  
 Jul. Schillert, Köpferstr. 39a.

**Reinickendorf:**  
 P. Gurich, Köpferstr. 108.

## Verkäufe.

**Teppiche mit farbenschönen Fabrikniederlage** Große Frankfurterstraße 9, parterre, kein Laden. Rauerhoff. +1  
**Steppdecken billig** Robert Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1  
**Gardinenhand** Große Frankfurterstraße 9, parterre. Kein Laden. Rauerhoff. +1  
**Inventur-Ausverkauf!** Teppichfabrikanten mit 10 Prozent Rabatt. Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 22168\*
**Steppdecken, Fabrikmutter** jetzt 2,95, 3,95, 4,95 u. Große Frankfurterstraße 125. 22178\*
**Inventur-Ausverkauf!** Teppichdecken Stück 1,95, 2,95, 3,95, 3,75 u.; Gardinenreste 1 bis 6 Fenster 10 Prozent Extrarabatt 1,25, 1,85, 2,45 u. 22188\*
**Wohlfühlende Tisch- und Tischdecken (Fabrikmutter)** spottbillig Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 22198\*
**Sofabezüge (Kette), Wolle und Wäsche** 15 Prozent Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 22208\*
**Teppiche mit farbenschönen Fabrikniederlage** Frankfurter Allee 107.  
**Gardinenhand, Reste und einzelne Fenster** jetzt bedeutend billiger. Frankfurter Allee 107. 22228\*
**Steppdecken, Fabrikmutter** spottbillig. Portieren (2 Schals, 1 Randregain) 3,50, 3,95, 4,95, 6.— u. Frankfurter Allee 107. 22238\*
**Teppiche! (Feststoffe) in allen Größen** für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Odeonplatz Markt 4, Bahnhof Seite. 225/2\*
**Wandbildhand** Heidenweg 19. Schlemmer-Blumenverkauf! Winterpaletts, Winteranzüge, Beilensverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Messerverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Nähmaschinen, staunenerregende Spottpreise. Verbindungen allerorts. 8/8\*
**Inventur-Ausverkaufspreise** nur kurze Zeit. Extrarabatt gratis und franco. Teppichhaus Emil Leffore, Drantenstraße 158. 22288\*
**Stimmföhne Steppdecken** 4,25 (Selbenerfabrik), Kollasch-Steppdecken 6,75. Inventur-Ausverkaufspreise. Teppichhaus Emil Leffore, Drantenstraße 158. 22298\*
**Wäbelfabrik, Drantenstraße 58.** direkt Rortplatz. In meinen fünf Etagen stehen komplette Wohnungseinrichtungen in jeder Preislage vom Einfaßten bis zum Eleganten. Besonders Gelegenheitsbiete ich in vertriehen gewesenen, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Aufstehend billig verkaufe ich neue Chaiselongues 19, Schlafsofa 29, Saitellafensofa 45, Wanneelsofa 55, hochlegante Garnitur 75, Schalenarmeeuau 32, Bettstelle mit Matratze 16, Küchleinisch 18, Küchleinisch, Bettso 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Kein Laden, direkt Fabrik. Auch Sonntags geöffnet. Rauerhoff buch gratis. 2192K\*
**Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Fortwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.**

## Verschiedenes.

**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
 Kinder Schuhmacher bietet um Arbeit. Mühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glaser, Rindstraße 27. 14688  
**Stellenangebote.**  
 Lehrling für chirurgische Instru-mente. Sauer, Kastanien-Allee 46.  
 Verlässlicher verlangt Waibe, Köpferstraße 127. 10665  
 Kletterer erfahrener Bauhölzer zur Aufsicht und zum Anlernen von Lehrlingen sofort gesucht. Offerten unter A. B. 100 hauptpostlagernd Spandau. 22298  
 Zuschneider für Kravatten auf Seide, Jute und Einlagen suchen Knopch u. Kirchberger, Gertraudenstraße 18/19. 10638  
 Belegerrinnen verlangt Holz-leistenfabrik Rixdorf, Köpferstraße 18. Gebiete Arbeiterinnen auf bessere Stoffpartel verlangen sofort Strich u. Ramon, Klosterstraße 20. 10615  
 Wamielle auf Jodellis, Boleros verlangt Grohn, Tharstraße 21. +125  
 Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Köpferstraße 56/57. \*  
 50 Wamielle auf Paletts verlangt Strich, Grenzstraße 11. +85  
**Im Arbeitsmarkt durch** befonderen Druck hervorgehobene Nachrichten kosten 50 Pf. die Zeile.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
 Kinder Schuhmacher bietet um Arbeit. Mühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glaser, Rindstraße 27. 14688  
**Stellenangebote.**  
 Lehrling für chirurgische Instru-mente. Sauer, Kastanien-Allee 46.  
 Verlässlicher verlangt Waibe, Köpferstraße 127. 10665  
 Kletterer erfahrener Bauhölzer zur Aufsicht und zum Anlernen von Lehrlingen sofort gesucht. Offerten unter A. B. 100 hauptpostlagernd Spandau. 22298  
 Zuschneider für Kravatten auf Seide, Jute und Einlagen suchen Knopch u. Kirchberger, Gertraudenstraße 18/19. 10638  
 Belegerrinnen verlangt Holz-leistenfabrik Rixdorf, Köpferstraße 18. Gebiete Arbeiterinnen auf bessere Stoffpartel verlangen sofort Strich u. Ramon, Klosterstraße 20. 10615  
 Wamielle auf Jodellis, Boleros verlangt Grohn, Tharstraße 21. +125  
 Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Köpferstraße 56/57. \*  
 50 Wamielle auf Paletts verlangt Strich, Grenzstraße 11. +85  
**Im Arbeitsmarkt durch** befonderen Druck hervorgehobene Nachrichten kosten 50 Pf. die Zeile.

## Arbeitsmarkt.

**Stellengesuche.**  
 Kinder Schuhmacher bietet um Arbeit. Mühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glaser, Rindstraße 27. 14688  
**Stellenangebote.**  
 Lehrling für chirurgische Instru-mente. Sauer, Kastanien-Allee 46.  
 Verlässlicher verlangt Waibe, Köpferstraße 127. 10665  
 Kletterer erfahrener Bauhölzer zur Aufsicht und zum Anlernen von Lehrlingen sofort gesucht. Offerten unter A. B. 100 hauptpostlagernd Spandau. 22298  
 Zuschneider für Kravatten auf Seide, Jute und Einlagen suchen Knopch u. Kirchberger, Gertraudenstraße 18/19. 10638  
 Belegerrinnen verlangt Holz-leistenfabrik Rixdorf, Köpferstraße 18. Gebiete Arbeiterinnen auf bessere Stoffpartel verlangen sofort Strich u. Ramon, Klosterstraße 20. 10615  
 Wamielle auf Jodellis, Boleros verlangt Grohn, Tharstraße 21. +125  
 Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Köpferstraße 56/57. \*  
 50 Wamielle auf Paletts verlangt Strich, Grenzstraße 11. +85  
**Im Arbeitsmarkt durch** befonderen Druck hervorgehobene Nachrichten kosten 50 Pf. die Zeile.

## Achtung, Töpfer!

Die geperrte Firma **A. M. Berndt & Co.** in Wilmersdorf, Hildbergstraße 15, führt jetzt folgende Bauten aus:  
**Charlottenburg, Bernburgstr. 47** und **Quarestr. 3;**  
 dieselben sind strengstens zu meiden, sämtliche Bauhandwerker werden ersucht dieses zu beachten. 212/3  
 Die Verbandsleitung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
 Zahlstelle Berlin.

## Achtung! Bauarbeiter!

Wegen der Aussperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt:  
**Bau Kupke, Württembergische** Straße 36 u. 37, Ecke Köpferstr.  
**Bauten der Firma M. H. Wegner,** Holzgerstr. 27;  
 Billa Witt, am kleinen Wannsee, Bismarckstr. 36.  
**Bau Beck u. Glöppenburg, Gertrauden-**straße, Ecke Köpferstr.  
**Bau Rixdorf, Potsdamer Platz.**  
**Bau Fiedlerhaus, Köpferstraße** (Küche).  
**Bau Kurt Berndt, Wilmannstraße,** Ecke Köpferstr.  
**Bau Hüfner u. Schwarzkopf,** Schmargendorf, Kollaschstr. 20/21 (Sandsack).  
**Bau Juchacz, Dahlen.**  
**Bau Sedelstr. 10/12 (Gefäßfabrik),** Köpferstr.  
**Bau Reichsbank, Köpferstr. 8.**  
**Bau Rixdorf, Köpferstr. 67.**  
**Bau Fiedler, Köpferstr. 63a.**  
 Bauten der Firmen:  
 Heinrich Wittig;  
 Brode, Dahlmannstr. 26;  
 Zehmann, Rixdorfendamm, gegen-über der Dahlmannstraße;  
 Weillner, Rixdorfendamm 144;  
 Erjakommission, Halberstrassen-Ecke; Köpferstr., Charlottenburg;  
 Steglitz, Kaiser Wilhelmstr. 13;  
 Hauptstr. 13;  
 Wilmersdorf, Dalmatierstr. 2;  
 Schmidt, Prager Platz;  
 Krich, Weillner, Ecke Köpferstr.;  
 Elektrische Werk, Köpferstr.;  
 Rauen, Kranenhaus;  
 Wilmersdorf, Schloßbau.  
**Bau Adrting, Köpferstr. 6.**  
**Bau Große, Marienfelde, Rixdorfstr.**  
**Bau Kimm, Rixdorf, Bergstr. 50.**  
 Bauten der Firma Grün u. Helmig.  
 Bau Oldenburgerstraße und Klosterstraße.

## Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“

**Zentrum:**  
 Fritj Rink, Rauerstr. 59.  
 H. Bahlsch, Auguststr. 50.

**Westen:**  
 G. Schmidt, Döllowstr. 52.

**Osten:**  
 W. Mann, Peterburgerplatz 4.  
 H. Wengel, Köpferstr. 2.  
 Gustav Vogel, Köpferstr. 83.

**Nordosten:**  
 E. Jucht, Köpferstr. 42.  
 J. Reul, Darnunstr. 42.

**Norden:**  
 G. Kofsch, Köpferstr. 36.  
 F. Krapp, Köpferstr. 24.  
 Karl Wab, Köpferstr. 120.  
 Karl Weide, Köpferstr. 41/42.  
 E. Dechard, Köpferstr. 24.  
 P. Vogel, Köpferstr. 37.  
 H. Tich, Juchaczstr. 124.

**Nordwesten:**  
 Karl Anders, Salomiedlerstr. 6.  
 W. Scholle, Köpferstr. 29.

**Südwesten:**  
 G. Werner, Rittenwalderstr. 30.  
 G. Schröder, Köpferstr. 27.

**Süden:**  
 St. Fritj, Köpferstr. 31.  
 F. Gutschmidt, Köpferstr. 8.

**Südosten:**  
 Paul Böhm, Köpferstr. 14/15.  
 F. Gorch, Engelstr. 15.

**Charlottenburg:**  
 G. Scharnberg, Schenkestr. 1.  
**Friedrichshagen:**  
 C. Seitel, Kronprinzstr. 50.

**Rixdorf:**  
 W. Heinrich, Redarstr. 7.  
 Courad, Hermannstr. 50.

**Rammelsberg:**  
 H. Rosenkranz, Alt-Köpferstr. 56.

**Schöneberg:**  
 W. Bäumer, Rixdorfstr. 51.

**Wollensee:**  
 A. Nehmann, Sedanstr. 105.  
 Jul. Schillert, Köpferstr. 39a.

**Reinickendorf:**  
 P. Gurich, Köpferstr. 108.